

Bezugpreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Saar- und Rheinland, Österreich, Ungarn, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Bildern und Kleinanzeigen“ sowie die Wochensonderbeilage „Wissen“ und freispendende „Krautentwürme“ erscheint wöchentlich zweimal, „Contos“ und „Ratgeber“ einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 7. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertriebsstellen: Berlin 37 230 - Kaufhaus: Kauf der Arbeiter, Kassenstellen und Beamten, Wallstr. 67; Disconto-Gesellschaft, Poststraße 10; Berlin 10, Poststraße 10; Berlin 10, Poststraße 10; Berlin 10, Poststraße 10.

Anzeigenpreise: Die einzeilige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Restzeile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 10 Pfennig (außer bei fertigen Worten). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Werts über 15 Rubel werden ablesen für zwei Wochen. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Kleinanzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptverlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Auf zum Volksentscheid!

Das Enteignungsgesetz vom Reichstag abgelehnt. - Volksentscheid im Juni. Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen Luther.

Der Reichstag hat gestern den Volksbegehrens-Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürstentümer in zweiter Lesung abgelehnt.

Der Gesetzentwurf des Zentrums wurde in namentlicher Abstimmung mit 282 gegen 105 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

In einfacher Abstimmung wurde der demokratische Antrag gegen die Antragsteller und die Wirtschaftliche Vereinigung abgelehnt.

Bei der namentlichen Abstimmung über die Enteignungsvorlage wurden 142 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten dafür, 236 Stimmen dagegen abgegeben. 7 demokratische Abgeordnete verließen den Saal, weil sie nicht gegen das Volksbegehren stimmen wollten. Der Volksbegehrens-Gesetzentwurf ist demnach vom Reichstag abgelehnt worden.

Nach der Ablehnung des Gesetzes erklärte Präsident Ebert: „Nachdem alle Teile des Gesetzentwurfs abgelehnt worden sind, findet eine dritte Lesung nicht statt. Der Reichstag rückt der Reichsregierung den Gesetzentwurf zurück, damit sie ohne Verzug, wie es in der Verfassung vorgeschrieben ist, den Volksentscheid vornimmt.“

Die Bahn für den Volksentscheid ist frei. An einem Sonntag im Juni wird das Volk endgültig darüber zu bestimmen haben, ob das Recht des Volkes über die Habgier der deutschen Fürstentümer triumphieren soll, oder ob zur Freude der Monarchisten und aller Gegner der Republik die ehemaligen deutschen Fürsten sich auf Kosten des leidenden deutschen Volkes bereichern sollen.

Der Reichstag hat noch einmal seine Unfähigkeit, die Fürstenfrage einer gerechten Lösung zuzuführen, dokumentiert. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages überlassen dem Volk die Entscheidung. Ihre gesetzgeberische Arbeit hat in vielen Monaten nicht vermocht, den Ansprüchen der Fürsten ein gerechtes Gesetz entgegenzustellen. Gelingt es nicht, den Volksentscheid zum Siege zu führen, so wäre die Bahn frei für die Ansprüche der deutschen Fürsten und die Urteile deutscher Gerichte, die den Fürsten gewaltige Vermögenswerte zugesprochen haben, auf die das Volk, aber nicht die Fürsten von Rechts wegen Anspruch haben. Der Reichstag hat den Übermut und die maßlosen Ansprüche der Fürsten gebildet, die alles Gerechtigkeitsgefühl betäubigen.

Nun gilt es den Kampf! In kürzester Frist hat das Volk die Entscheidung zu fällen. Die wenigen Wochen, die bis zum Tage des Volksentscheids bleiben, müssen einen Werbefeldzug gegen die Fürstenansprüche sehen, der den großartigen Werbefeldzug des Volksbegehrens in den Schatten stellt.

Eine große Entscheidung ist zu fällen unter schweren Bedingungen. Zur Durchführung des Volksbegehrens genügen oder Millionen Stimmen - 12 1/2 Millionen Stimmen sind aufgebracht worden. Ein großer Erfolg! Zum Siege des Volksentscheids gehören 20 Millionen Stimmen, 7 1/2 Millionen Stimmen mehr, als beim Volksbegehren abgegeben wurden. Die Sozialdemokratische Partei geht zuversichtlich in diesen Kampf. Die Haltung des Reichstages in den letzten Monaten hat dem Volke eingeschämert, daß es selbst das Recht schaffen muß, das es gegen die Fürsten fordert. Viele, die beim Volksbegehren noch zögernd beiseite standen, werden beim Volksentscheid ihre Stimme für die Sache des Volkes und der Gerechtigkeit in die Waagschale werfen.

Es ist eine große politische Entscheidung, die an einem Sonntag im Juni durch das Volk getroffen werden muß. Sie fällt in eine Zeit der stärksten politischen Spannung. Die Regierung Luther, die dem Volksbegehren feindlich gegenüberstand, und ihre Unlust, die Fürstenfrage einer gerechten Lösung zuzuführen, nur zu deutlich gezeigt hat, hat in den letzten Tagen Erregung und Erörterung des Volkes auf das höchste gesteigert. Sie hat in einer unverantwortlichen Kundgebung die 12 1/2 Millionen Unterzeichner des Volksbegehrens, den politisch aktiveren Teil des deutschen Volkes, geschmäht. Sie hat durch ihre schwarzweißen Flaggenerordnung Ernüchterung und Erbitterung bei allen Republikanern heraufgerufen. Sie hat im Volk das Gefühl erzeugt, daß der Führer dieser Regierung im Lager der schwarzweißen Monarchisten, im Lager der Gegner der Republik steht.

Der Sieg des Volksbegehrens war ein Urteilspruch des Volkes gegen den Monarchismus in Deutschland. Der Kampf um den Volksentscheid wird heute erst recht ein Kampf im

Zeichen der Republik gegen die Fürsten und ihre Freunde und alle politischen Tendenzen sein, die damit verknüpft sind.

Der Kampf um den Volksentscheid wird geführt im Zeichen von Schwarz-Rot-Gold. Es gilt, den monarchistischen, den schwarzweißroten Tendenzen den starken Willen der Mehrheit des Volkes zur Republik entgegenzustellen. Der Kampf des Genossen Scheidemann in seiner Reichstagsrede in der letzten Debatte des Deutschen Reichstages über die Fürstenabfindung ist der Kampf der Millionen für den Volksentscheid: für die deutsche Republik, gegen die Fürsten, gegen die Putzschisten!

Die Sozialdemokratie führt den Kampf. Sie wird im Parlament mit aller Schärfe bis zur äußersten Konsequenz dem Attentat des Reichskanzlers Luther gegen Schwarz-Rot-Gold entgegenzutreten und die antirepublikanischen Bestrebungen bekämpfen, die der schwarzweißroten Flaggenerordnung des Reichstages zugrunde liegen.

Sie ruft außerhalb des Parlaments das Volk auf, sich durch das demokratische Mittel des Volksentscheids selbst das Recht zu schaffen, das das Parlament ihm verweigert hat.

Auf zum Kampf um den Volksentscheid, für Schwarz-Rot-Gold, für die Republik!

Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachte Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft über die Verweigerung zu geben, die den Reichskanzler zur Gegenzeichnung des Flaggenerlasses veranlaßt haben?“

Hält die Reichsregierung den Erlaß mit dem Sinn der Reichsverfassung für veränderbar?

Fürchtet sie nicht, daß der Erlaß, statt zur Versöhnung beizutragen, die Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes vertiefen wird?

Ist ihr endlich bewußt, daß das Hissen der Flagge des Kaiserreiches die fremden Regierungen zu Schlußfolgerungen veranlassen kann, die der auswärtigen Politik des Reiches abträglich sein würde?“

Der Generalrat friedensbereit.

Antwort an Baldwin im „British Worker“.

London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerpräsident hat seit Ausbruch des Generalstreiks zu verschiedenen Malen und zuletzt am Mittwoch nachmittag im Unterhaus betont, daß die Regierung vor dem Generalstreik nicht kapitulieren werde; Wiederaufnahme der Verhandlungen sei erst nach Abbruch des Streiks möglich. In dem am Donnerstagabend zum zweiten Male erschienenen offiziellen Streikblatt der Gewerkschaften antwortet der Generalrat der Regierung, daß er jederzeit bereit sei, die Verhandlungen für einen ehrenhaften Friedensschluß aufzunehmen. Der Generalrat stelle hierfür keinerlei Vorbedingungen. Es sei jedoch selbstverständlich, daß ohne vorherige Kenntnis des von der Regierung geplanten weiteren Vorgehens der Generalrat der Aufforderung Baldwins, den Generalstreik zu beenden, nicht nachkommen könne. Der Generalrat betont nochmals, daß er die Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen nicht trage. Der Streik habe seine Ursache in der Weigerung der Regierung gehabt, eine Zurückziehung der Absperrung der Bergarbeiter zu veranlassen, weiter in der herausfordernden Stellungnahme der Regierung zugunsten der Bergbauunternehmer und schließlich in dem Abbruch der Verhandlungen zu einem Zeitpunkt, wo der Generalrat bestrebt war, eine Formel für eine friedliche Regelung des Konflikts zu finden. Jrgendwelche einseitigen Besprechungen mit dem Zweck, eine Basis für die Wiederaufnahme der Verhandlungen und den Abbruch des Generalstreiks zu finden, könnten ausschließlich in einer freien und ungezwungenen Atmosphäre, aber nicht unter dem Druck eines Ultimatus der Regierung stattfinden.

Die Regierung fordert Unterwerfung!

London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus hat sich auch am Mittwoch mit dem Generalstreik befaßt, ohne

Im Anschluß an die Interpellation hat die Fraktion folgendes Mißtrauensvotum gegen Reichskanzler Luther, den Vertreter der Verordnungs, eingebracht:

„Der Reichstag mißbilligt die Verordnung vom 6. Mai dieses Jahres über das Hissen der Flaggen auf den Gebäuden der deutschen Missionen im Ausland und spricht dem Reichskanzler, der die Verordnung gegenzeichnet hat, das Mißtrauen aus.“

Die demokratische Fraktion wird, wie offiziös gemeldet wird, für den demokratischen Antrag stimmen, während die Haltung des Zentrums von der vom Parteivorstand für Montag einberufenen Sitzung abhängt.

Die Interpellation wird auf Beschluß des Vorkomitees am Dienstag im Reichstag zur Verhandlung kommen.

Scheidemann rechnet ab.

Gegen Fürstenerforderungen und Monarchisten. - Kampfanfrage an Luther.

Gen. Scheidemann führte in seiner gestrigen Reichstagsrede aus:

Der Bericht aus dem Ausschuss hat gezeigt, daß wir vollständig recht hatten mit unserer Auffassung, daß eine Ausschüßberatung keinen Zweck habe, dadurch ist der Tag der Entscheidung nur weiter hinausgezögert worden. Wir haben der Ausschüßberatung nur deshalb nicht widersprochen, weil große Fraktionen sie gewünscht hatten. Nachdem meine Freunde Rosenfeld und Saenger zu dieser Frage schon ausführlich gesprochen haben, nehme ich noch einmal das Wort, um das, was von dem Grafen Westarp verzerzt worden ist, wieder ins rechte Licht zu bringen. Ich muß zunächst feststellen, daß die ganze häßliche Tonart von der rechten Seite in den Kampf hineingetragen worden ist. (Unruhe rechts.) Um die Fürsten herauszutreiben, ist der Versuch gemacht worden, uns herunterzureißen und uns zu verkleumen. Die rechte Seite sollte doch endlich diese unehrliche Politik aufgeben. Wenn wir uns in gleicher Weise verhalten wollten, wie schlecht würden Sie und das ganze Kaiserreich dabei fortkommen! Wenn auch einige schlechte Elemente bei uns sind, so können Sie nicht die ganze Partei für sie verantwortlich machen. Weil es einige schlechte Geiseln gibt und einige schlechte Richter, ist dann die ganze Geistlichkeit und der ganze Richterstand schlecht? Eine Partei, eine Fraktion, deren Vorsitzender lange Zeit der Freiheit v. Hammerstein gewesen ist, sollte doch von Korruption schweigen! (Sehr

daß die Debatte zu einem positiven Ergebnis führte. Die Regierung wurde von den Arbeiterführern wiederholt aufgefordert, aus wirtschaftlichen Gründen in den Streik einzugreifen und durch neue Verhandlungen den Versuch zu seiner Beilegung zu machen. Das hat der Ministerpräsident abgelehnt, er will nicht früher verhandeln, bis der Generalstreik bedingungslos abgebrochen ist.

Militär soll den Streik brechen!

London, 6. Mai. (WTB.) Das Unterhaus hat mit 291 gegen 86 Stimmen einen Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zu dem Beschluß abgelehnt, der der Regierung gestattet, die bewaffnete Macht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstzweige zu verwenden.

Eine Niederlage des Streikbruchs.

Zivilkommissar erbittet Gewerkschaftshilfe.

London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das wichtigste und bedeutendste Ereignis des Tages ist eine Teilerfolgung der Regierung: In Newcastle on Tyne ist die von der Technischen Nothilfe durchgeführte Lebensmittelversorgung völlig zusammengebrochen. Der Zivilkommissar, Sir Wood, ein früherer Minister, ist darauf an die Gewerkschaften herangefahren und hat sie aufgefordert, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu übernehmen. Die Regierung hat sich dagegen verpflichtet, die Technische Nothilfe und die Truppen aus dem Bezirk Newcastle zurückzuziehen.

(Weitere Meldungen auf der dritten Seite.)

richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verteidiger eines Kaiserreichs, dessen auswärtige Politik von Herrn v. Hofstein gemacht worden ist, der sich als ein ganz gewöhnlicher Börsenspieler entpuppte, sollten doch über Korruption nicht reden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp hat von einem Raub gesprochen, der an den Fürsten verübt werden sollte. Richtig ist aber, daß wie das Volk schätzen wollen vor dem Raub, den Fürsten an ihm verüben wollen! (Beifall links.)

Könnten Sie auch nur einen einzigen Fall von Korruption, wie sie sich bei den Hohenzollern ereignet hat, der Republik anhängen, wie würden Sie schreien! Ich begnüge mich mit der Anführung eines einzigen Beispiels, den Erwerb des sogenannten Akademiesträßchens in Berlin. Der preussische Staat war gezwungen, Grundstücke im Akademiesträßchen zu erwerben. Die Hohenzollern veräußerten sie dem Staat für 13 Goldmillionen. Später stellte es sich aber heraus, daß diese Grundstücke gar nicht den Hohenzollern, sondern dem Staat selbst gehört hatten. Alle Verträge, die gemacht worden sind, um diese 13 Millionen an den Staat zurückzuführen, sind nicht gelungen. Und der Preussische Landtag, in dem Sie (zu den Deutschen) geherrscht haben, hat diese schandbare Handlung der Hohenzollern nicht gutgeheißen! Es ist uns gesagt worden, wir müßten den Hohenzollern gegenüber doch auch Dankbarkeit bezeugen. Was für eine Fülle von Material bietet sich aber dar, aus dem hervorzugehen, daß die Hohenzollern nicht die Spur von Dankbarkeit zu beanpruchen haben. Ich empfehle Ihnen zur Lektüre die Hohenzollernlegende Ihres Parteigenossen Max Maurerbrecher. Es kann noch sehr viel hinzugefügt werden, was Maurerbrecher bei der Wählung seines Buches nicht wissen konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mein Freund Rosenfeld hat daran erinnert, wie schwer die Belastung der Hohenzollern mit der Schuld an dem Ausbruch des Krieges ist. Wir haben nichts von der Erklärung zurückzunehmen, die wir am ersten Tage des Krieges abgegeben haben. Die Unschuld Deutschlands an dem Krieg lehnen wir ab, wir lehnen aber auch die unrichtige Behauptung ab, daß Deutschland das allein unschuldige Land gewesen sei. Das deutsche Volk hat schließlich nicht den Krieg gewollt. Aber wenn wir vom deutschen Volke reden, dann muß die Persönlichkeit Wilhelm II. ausdrücklich ausgenommen werden. Wenn die Frage gestellt wird: Haben die damals einflussreichen Männer alles getan, um den Kriegsausbruch zu verhindern? dann sagen wir nein, und an der Spitze dieser Männer stand der Mann, um den es sich jetzt handelt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Haager Konferenz, die von Rußland angeregt worden war, um die Kämpfungen einzuschränken und den Frieden zu sichern, ist von Wilhelm II. höchst unwillig aufgenommen worden. Er schrieb damals, er wolle die Konferenz zwar mitmachen, aber auf die Beschlüsse keine Rücksicht nehmen. (Hört, hört! links.) Diese Weisheit hat noch ein anderes Wort gebraucht, ich will es hier im Reichstage nicht erwähnen. Nur soviel will ich sagen, daß das Wort sich auf keinen und keinen reimt. (Beifall Heiterkeit.)

Das Bündnis mit England hat Wilhelm II. hintertrieben, trotzdem es imstande gewesen wäre, den Westkrieg unmöglich zu machen. Wilhelm II. hat damals den schändlichsten Landesverrat betrieben, der nur möglich war! (Unruhe rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Als der Vertreter des Deutschen Reiches in Wien, Herr von Tschirsky, dem Auswärtigen Amt mitteilte, daß Österreich der Krieg mit Serbien vorbereitete. (Schrei: Wilhelm! Jesh oder nie!) Der deutsche Botschafter in Wien warnte vor unüberlegten Schritten. Wilhelm II. antwortete: „Er schreibt Unsinn, wer hat ihn denn ermächtigt, wer hat ihn beauftragt, für den Frieden in Wien zu sorgen?“ (Hört, hört! links.) Ich erinnere an andere Dinge, die im Namen der kaiserlichen Regierung gesagt wurden. Herr Michaelis, der frömmste Reichstagsredner, den das Reich besaß, hat ganz zielbewußt die Friedensresolution zurückgeschlagen, die der Reichstag im Juni 1917 beschloß hatte. Später, als der Papst sich bemüht hatte, den Frieden zu vermitteln, nachdem wir uns diese Stunden lang überlegt hatten, wie eine klare Antwort über Befehle herauszufinden formuliert werden könne, wurde uns gesagt, daß in England Dinge vorgähen, die eine solche Antwort unmöglich machten. Wir sind damals belogen und betrogen worden. Es kam eine Antwort heraus, die nicht gehalten und nicht gehalten war. Aber neben dieser offiziellen Antwort wurde von der kaiserlichen Regierung noch eine geheime Antwort gegeben, die auf das kräftigste die Friedensversuche des Papstes zurückwies.

Zur Reform des Kasperletheaters

Jum 50. Todestage Franz v. Pocci.

Das Kasperletheater hat von jeher auf das Gemüt des Kindes einen starken und nachhaltigen Eindruck gemacht, genau wie die Märchen, die durch mündliche Ueberlieferungen von Generation zu Generation in den Winterabenden am warmen Kachelofen von Müttern und Großmüttern und alten Großpapas den Kindern erzählt wurden. Hans Sachs war mit der erste Dichter, der diese Spiele für die kleinen Kinder in seinen Schwänken für die „großen Kinder“ verarbeitete. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Kasperletheater ziemlich in Vergessenheit geraten und führte ein kümmerliches Dasein in den wackeligen und windigen Nebenbuden auf den Jahrmärkten der Dörfer.

Nun mag zu Franz von Pocci, dem Zeichner, Musiker und Dichter, der am 7. März 1807 in München geboren wurde und dort am 7. Mai 1876 starb, künstlerisch stehen wie man will, das eine positive Verdienst hat seinen Namen der Nachwelt erhalten, daß er es war, der das alte Kasperletheater wieder aus der Vergessenheit herausnahm und mitten in die große und kleine Kinderwelt hineinsetzte.

Daß seine Kasperlespiele, wie auch seine anderen Dichtungen, so seine Jäger- und Studentenlieder, Rücklinge vor Königshöfen machen, ist selbstverständlich, wenn man sich erinnert, daß er Hofmusikintendant, Oberkammerer am bayerischen Hofe war. Selbstverständlich sind alle Prinzessinnen und Prinzen in seinen Kasperlespielen wunderwilde Leute, während das Volk ziemlich schlecht dabei wegkommt. Maler, Schauspieler und Sänger nahmen sich in der Folgezeit des Kasperletheaters mit viel Liebe an, und es sei nur erinnert an den großen Erfolg, die der Baden-Badener Künstler Leo Ruhomy mit seinen Spielen zu verzeichnen hatte.

Bei dem starken und nachhaltigen Eindruck, den das Kasperletheater gerade auf unsere Jugend auszuüben vermag, erscheint es als eine Notwendigkeit, daß auch wir Sozialisten ernstlich daran denken müssen, wie wir das alte Kasperletheater mit seinen verlogenen Prinzen und Krieg verherrlichenden Landesen bekämpfen und ihm ein anderes, keine elden Prinzen und arme Hühnerpuddele feindendes Kasperletheater entgegenstellen können, indem wir unserer Jugend in dichterischer Form, oder dennoch ausgestattet mit der ganzen Vermittlung der alten Marionettenspiele vorsehen, die in unserer Jugend den Keim legen für Pazifismus gegen Kriegshege, für Menschlichkeit gegen Feindschaft und ihnen Achtung einflößen für positive produktive Arbeit.

Es ist erfreulich, daß in diesem Sinne die Kinderbelagerung des „Vorwärts“, „Der Kinderfreund“, Arbeiten zu einem solchen modernen Kasperletheater-Spielplan in seinen Spalten aufnimmt. Auch der „Fürstentum Gottesdienens“ und der „Blut Tausel“, den noch kein Mensch selbstständig gesehen hat, wie alle mystisch-metaphysischen

So ist das Volk nicht nur belogen, sondern um jede Möglichkeit der Herbeiführung des Friedens gebracht worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es steht fest, daß Wilhelm II. jahrzehntelang nach seine törichtesten Reden die ganze Welt gegen Deutschland ausgebracht hat. Ich empfehle Ihnen als Lektüre über diese Zeit seiner Regierungs-tätigkeit das Buch des Freiherrn von Sedlitz: „12 Jahre am Kaiserhof“. Verlogenheit, Korruption und hündische Verschwendung waren das Merkmal des kaiserlichen Hofes. Wilhelm's Macht schien unbegrenzt; es herrschte ein rein persönliches und willkürliches Regiment. Dieser Mann mußte ja geradezu zu seiner großmahnigen Einstellung kommen, dieser Mann, der einmal gegenüber streikenden Straßenbahnern schrie, es müßten von ihnen, mindestens 500 Mann zur Strafe gebracht werden! (Hört! hört!) Das war ein Held?

Sein Sohn lag krank in Potsdam; er fuhr zwar mit seiner Gemahlin hinaus, aber er blieb vor dem Schloß stehen, weil er nicht angestekt werden wollte. Und sein Sohn war an Dingen-entzündung erkrankt! (Hört! hört!)

Dieser Mann, für den das Volk jetzt hüten soll, hat von demselben Volke als von einem Lumpenpaß geredet.

(Graf Westarp fordert bei diesen Worten die deutschnationalen Abgeordneten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Deute begleitet den Auszug der Deutschnationalen mit minutenlangem stürmischen Zurufen.)

Hg. Scheidemann fortfahrend: Graf Westarp hat eine sehr seine Rede. Er verläßt uns gerade in dem Augenblick, wo ich anfangen will, mich besonders mit ihm zu beschäftigen. (Heiterkeit.) Er hat zwei Beschuldigungen gegen uns vorgebracht, die des Novemberverbrechens und die andere, daß wir mit der Ermahnung der Fürstentum gegen den Bolschewismus fördernd. Gegen die erste Beschuldigung will ich

Wilhelm II. selber als Zeugen nennen. Während des Krieges sagte er dem Rantius Vaccelli, als dieser in der Mission der Botschaft zu ihm kam: „Die Sozialdemokratie hat die Bedeutung dieses Problems für den Frieden richtig erkannt; als erste hat sie den Mut gehabt, sich in den Dienst des Friedens zu stellen. Das bleibt ein dauerndes Verdienst der Sozialdemokratie.“ Ein anderer Zeuge ist der

Prinz Max von Baden.

Als dieser am 9. November zur Ueberzeugung kam, daß das alte Regime nicht mehr zu halten sei, sagte er dem Sinne noch in einer Unterredung, an der mein Freund Ebert, der jetzige Ministerpräsident Braun, ich und ein paar andere teilnahmen, meine Herren, wenn noch jemand imstande ist, diesen kaiserlichen Bankrott zu übernehmen, dann sind Sie es; nur Sie sind noch imstande, Deutschland vor dem Untergang, vor dem Auseinanderfallen zu retten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben dann sofort das getan, was zu dem notwendig war. Nun zu dem davon-gelassenen Grafen Westarp selbst. Vor dem Kriege ist Graf Westarp jeden Tag mit dem Säbel an der Seite im Reichstag erschienen. Jedesmal, wenn er das Wort nahm, hat er von Eroberungen gesprochen und daß er bereit sei, den letzten Tropfen Blut für den Kaiser zu vergießen. (Heiterkeit.) Nach dem Urteil eines konservativen Mannes aus diesem Hause war es die Politik der vom Grafen Westarp geführten Konservativen, die die Zermürbung und den Zusammenbruch des Reiches herbeigeführt hat. Wäre und Terrorismus, sagt Graf Westarp, sollen die Kampfmittel der Republikaner sein? Wer hat denn im Kriege jeden Tag neue Siege angezeigt? Etwa wir? Haben wir etwa die Heeresleitung und den General Ludendorff unterstützt bis zum letzten Tage? Das waren die Konservativen, die sich nach dem Zusammenbruch geschämt hatten, unter dem alten Namen aufzutreten und einen neuen Namen annehmen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie reden von Zug und Trug. Schließlich waren wir es wohl, die in der Nachkriegszeit die Inflation heraufbeschworen, die die Aufwertung versprochen haben, die zu 50 Prozent dem Dawes-Abkommen zugestimmt haben und nur bis zu dem Augenblick in der Regierung geblieben sind, bis zu dem sie sich an den Zöllen und Steuern bereichert hatten.

Sie reden von Zug und Trug. Sie, die Sie Zug und Trug zu einem politischen System gemacht haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sie reden aber auch von Terror! Wer hat denn das deutsche Volk lange Zeit terrorisiert? Wer hat dem Volke das gleiche Wahlrecht vorenthalten. Es waren die über 200 Konservativen,

die das preussische Abgeordnetenhaus beherrschten, trotzdem hinter ihnen weniger Stimmen standen als hinter den 11 Sozialdemokraten. Das war Terrorismus! Erst jetzt wieder beim Volksbegehren zeigte es sich, welcher Terror in den ostelbischen Gefilden verübt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Herren, haben sich als treue Triarier seiner Majestät aufgelistet und getan, als ob sie ihr Leben für den König hingeben wollten. Aber am 9. November 1918 wollten sie doch lieber republikanisch leben, als monarchisch sterben. Es gab damals gar nicht genug Mausefänger, in die sie spürlos zu verschwinden trachteten. (Beifall Heiterkeit.) Oberst Bauer berichtet, daß der Kaiser im Großen Hauptquartier ständig von 500 Offizieren umgeben war, sie haben ihn aber nicht geschützt, weil man sie nicht gefürchten habe. Uns Sozialdemokraten braucht man in der Stunde der Not nicht erst zu rufen. Das hat auch 1918 der jetzige Reichspräsident erkannt, als er eine merkwürdige Vorliebe für uns „Republikverbrecher“ an den Tag legte.

Der Graf Westarp will jetzt die Fürstentumforderungen zur Parole im Kampfe für die Monarchie machen. Wir akzeptieren das! Aber wie werden in diesem Kampfe deuslicher werden als je zuvor. Wie werden dem deutschen Volke sagen, was es heißt: Republik oder Monarchie.

Wir werden das Volk daran erinnern, welchen herrlichen Seiten uns die Monarchie entgegengestellt hat. Wir werden es daran erinnern, wie es während des Krieges bis in den Herbst 1918 hinein belogen und betrogen worden ist, wie ihm die alten Nachrichten bis zuletzt die Reichsgleichheit verweigert haben. Monarchistische Gesinnung, d. h. Putschismus, Ermordung der Republikaner, Mordtäter, (Terror, das ist der Weg, den die Politik der rechten Seite geht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kampf um den Volksentscheid wird leichter sein, wenn nicht nur um die Fürstentumforderungen, sondern um mehr, um Sein oder Nichtsein der Republik gekämpft wird.

Alle Rorde und Putsche sind unter dem Zeichen der schwarzweißroten Fahne begangen worden. Und nun hat der Reichspräsident und der Reichskanzler eine Verordnung herausgegeben, die jeden Republikaner aufs tiefste empören muß. (Sehr richtig links.) Die Welt hat sich noch nicht beruhigt über den Vertrag mit Rußland, weil ein Zeitpunkt zu seinem Abschluß gewählt worden war, der zu Mißverständnissen Anlaß geben konnte. Nun wird durch die Flaggenverordnung neues Mißtrauen gegen uns hervorgerufen. Die Regierung scheint von allen guten Wertern verlassen zu sein. Herr Dr. Luther hat einmal gesagt, daß er kein Politiker sei. Hier hat er den glänzendsten Beweis dafür geliefert. Die Verordnung ist ein Schlag für alle Republikaner, die in der schwarzrotgoldenen Fahne das Zeichen für die freibliche Entwicklung des Volkes sehen. (Sehr wahr! links.)

Gegen die Warnungen der sozialdemokratischen Partei, der Demokraten und des Zentrums hat die Regierung doch ihre Verordnung veröffentlicht und den schlimmsten Hebern gegen die Republik damit Konzeptionen gemacht.

Es ist nur eine faule Ausrede, daß jetzt zwei Flaggen gezeigt werden können. Im Auslande wird man dazu nur sagen, das stellt das jetzige Deutschland dar, das alte und das neue Deutschland, und dieses alte Deutschland hat die Regierung Luther die alte Flagge wieder gegeben.

Die Regierung sagt, daß die diplomatischen Vertreter im Auslande die Neuordnung verlangt hätten. Warum haben sie das verlangt? Weil sie zum großen Teil gar keine Berührung mit der großen Masse der Deutschen, die im Auslande leben, haben, sondern nur mit einer kleinen Clique.

Mußt ich Dr. Luther nicht sagen, daß er nicht Rücksicht auf die 60 Millionen Deutschen zu nehmen hätte, als auf die paar Millionen, die ihm in dieser Frage in den Ohren gelegten haben? Hätte der Reichsaussenminister nicht die Pflicht gehabt, den diplomatischen Vertretern Rathion beizubringen? (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Anhänger der schwarzweißroten Fahne hätten sich schon längst mit der Idee abfinden müssen, daß die Nationalversammlung Schwarzrot-Gold als die Farbe des Reiches bestimmen hat, und daß sich die Farben, die das Reich überall zeigen muß, nicht die schwarzweißrote Fahne, die nun einmal zur Fahne der Putschisten gemorden ist. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Dem Reichskanzler sagen wir: er soll die Fahne wegwerfen von solchen Dingen, wenn er sie sich nicht dabei verbrennen will. Die neue Verordnung hat einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande gewirkt. Auf einem einfachen Marktplatz sind gestern abend 20 000 Menschen zum Protest gegen diese Verordnung aufmarschiert.

Unwahrscheinlichkeiten können und müssen aus unseren Spielen herauswachsen.

Es erscheint eine Bagatelle neben den großen Tagesfragen, auch an diese Reform des Kasperletheaters heranzugehen. Und doch ist es keine Kleinigkeit, sondern sogar ziemlich bedeutsam, sich für die Erziehung unserer Kinderwelt in einem neuen Geiste einzusetzen. Man stelle sich nur vor, wie die Unterhaltungsabende unserer Arbeiterjugend, die Spielnachmittage unserer Kinderfreunde, ja selbst die geselligen Zusammenkünfte der Erwachsenen unserer Partei und Gemertschaften durch irgendein gutes Kasperletheater belebt und abwechslungsreich gestaltet werden können.

Vor mir liegt das Buch des Sekretärs der sozialistischen Jugendinternationale — ein nebenbei sehr gut ausgestattetes Heft über die Jugendbewegung aller Völker —, in diesem Heft finde ich ein sehr hübsches Bild der Dresdener Arbeiterjugend, die auf öffentlichem Markt ein selbstgefertigtes Kasperletheater aufgeschlagen hat, um die Dorfbevölkerung mit munterem Spiele zu unterhalten. Man nehme einmal an, daß alle Gruppen unserer Arbeiterjugend solche Kasperletheater in Kaufstädten mit auf die Manubration nehmen, auf öffentlichen Märkten Kasperlespiele im modernen Geiste aufzuführen, so würde dies eine Propagandamöglichkeit für unsere Weltanschauung bedeuten, die nicht zu unterschätzen wäre.

Es wäre schon des Schweiges der Dellen unserer Arbeiterdichter wert, solche guten Kasperlespiele niederzuschreiben, wie es ebenso ein Verdienst wäre für schriftstellerisch begabte Genossen, Märchen dichten und Weisheitsspiele zu schreiben, damit wir nicht alljährlich in großen und kleinen Theatern die üblichen verlogenen Märchen mit Prinz und Prinzessin vorgeführt bekommen. Max Ed. Troll

Am den „Panzerkreuzer Potemkin“. Der Polizeipräsident teilt mit: Eine Berliner Abendzeitung meldete, daß am Mittwoch vor-mittag im Polizeipräsidium eine Besprechung der beteiligten Behörden stattgefunden habe, in der über das Schicksal des bolschewistischen Heffmans beraten wurde. Eine solche Besprechung hat nicht stattgefunden, und es ist auch von keiner Seite eine Anregung zu einer solchen Besprechung ergangen. Im übrigen fehlt für ein Verbot des Filmes jede rechtliche Unterlage. Nachdem die Filmoberprüfungsstelle den Filmbstreifen genehmigt hat, läme eine Verbot nur in Frage, wenn die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung gefährdet würde. Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes sagt jedoch, daß eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erst dann angenommen werden kann, wenn die Polizei mit ihren Machtmitteln nicht in der Lage ist, die Störung zu verhindern. Das ist hier be-trachtet nicht der Fall. Es sind die erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden, um Störungen unter allen Umständen zu verhindern. Bravo!

Albert Bismarck wieder in Berlin. In der nächsten Spielzeit wird Albert Bismarck endlich wieder in Berlin mehrere Monate auftreten und zwar an der Gellendberg-Bühne.

Eine Christus Harnack. Bei einer Besichtigung der Reichsforschungsinstitut durch eine große Anzahl von Mitgliedern des Reichstags und Abgeordneten (siehe Prof. Schreiber (Münster) den Präsidenten der Gesellschaft, Adolf Harnack, der gerade seinen 75. Geburtstag gefeiert hat. Er kennzeichnete ihn als internationalen Kulturpolitiker, der die Wiederannäherung der Nationen außerordentlich gefördert habe.

Kein Verbot der „Mrauna“. Der Polizeipräsident hat nicht, wie irrtümlich berichtet wurde, die Aufführung der „Mrauna“ im Trianon-Theater verboten. Er hat nur darauf gedrungen, daß alle anfänglichen teilschönen Stellen gestrichen werden und die vom Polizeipräsidenten allgemein gegebenen Vorschriften über Besetzung usw. innegehalten werden.

Ein neues Buch von Mussi. Der frühere italienische Ministerpräsident Francesco Mussi wird demnächst in verschiedenen Sprachen ein neues Werk unter dem Titel „Bolschewismus, Faschismus und Demokratie“ veröffentlicht. Die deutsche Ausgabe wird im Verlag von Franz Hanfstaengl in München erscheinen. Dieses Buch ist in Italien bereits unter dem Titel: „Die Freiheit“ bekannt geworden. Der bekannte Verleger und Schriftsteller Gobetti, der kürzlich im Exil in Paris gestorben ist, durfte das Werk nicht in seinem Verlag herausbringen. Es erschien ohne Verlagsangabe.

Ein verbotenes Wolkenträger. Die Stadtverwaltung von Köln hat sich jetzt endgültig gegen die weitere Neubemählung von Wolkenträgern ausgesprochen. Der Bau eines zehntürigen Warenhauses, der vor längerer Zeit schon bewilligt war, wird davon allerdings nicht mehr berührt. Der Beschluß gegen die Wolkenträger ist von der Ermüdung getragen, daß weitere Wolkenträgerbauten im Stadtbereich die harmonisch-überlegene Stellung des Kölner Doms im Gesamtbild ungünstig beeinflussen würden.

Eine Stadt mit Einbeisyl. Die Stadtverwaltung von Durban in Südafrika hat den Klagen über den unzuverlässigen Gang der städtischen und privaten Uhren, die in Durban, wie anderswo auch, zu vielerlei Unzuverlässigkeiten und Ausreden geführt haben, kurz-hand ein Ende gemacht. Als Synchronisten ist ein amerikanischer Ingenieur angestellt worden, der sämtliche in Durban befindliche Uhren zu elektrifizieren hat. Neben den städtischen und amtlichen Uhren werden auch die Uhren im Privathausbau von der Stadt ohne Kosten für den Besitzer elektrifiziert und dafür ein allgemeiner kleiner Steuerzuschlag von allen Einwohnern erhoben.

Literarische Totengräber. Im südamerikanischen Schate Peru ist ein Gesetz gegen den Handel mit „antiquarischen“ Büchern erlassen worden. Verfasser und Verleger solcher Bücher sollen eine Geldstrafe in Höhe des fünfzehnjährigen Betrages des Verkaufspreises bezahlen. Können oder wollen sie das nicht, so werden sie vier Monate lang als Totengräber beschäftigt. — Ohne Zweifel waren es solche literarischen Totengräber, mit denen einst Hamlet eine so geistreiche Unterhaltung gepflogen hat.

Ein Andersen-Past in Kopenhagen. Der Kopenhagener Stadtverwaltung liegt ein Vorschlag vor, ein großes Gebiet, auf dem gegenwärtig Landeshäuser stehen, zu einem Andersen-Park zu gestalten, der dem Kopenhagener Bürgerdichters geweiht sein soll.

In den nächsten Tagen werden wir noch größere Kundgebungen für die Flagge der Republik erleben.

Wir werden eine Interpellation einbringen, und diese Frage nicht nur so nebenbei behandeln, sondern sie so gründlich wie nur möglich erledigen, und wir werden dann deutlich mit der Regierung reden. Das eine oder will ich schon jetzt sagen: eine Regierung, ein Reichskanzler, der das verantworten kann, was jetzt geschieht, ist, wird von uns bestraft werden bis zum Neuhochzeit, ein Reichskanzler, der Schindluder treibt mit dem, was den Republikanern heilig ist, wird von uns nicht geduldet werden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Die Reaktion will die Monarchie wieder herstellen, dazu soll ihr die Republik die Mittel liefern. Die Fürstenerfordernungen sollen ihnen das Geld geben, damit die Monarchisten den Kampf gegen die Republik führen können.

Wir werden in diesem Kampfe dem Volke zeigen und beweisen, daß die Monarchie nicht nur das Unglück Deutschlands war, sondern daß jeder Versuch, die Monarchie wieder aufzurichten, zu neuem Unglück führen muß. Die Republik auf demokratischer Grundlage ist die einzige Möglichkeit, um das Deutsche Reich zu retten. Wir lehnen uns nach dem Tage der Abrechnung, je schneller er kommt, desto besser. Wir werden kämpfen für die Republik, gegen die Fürsten, gegen die Butschisten. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Soz.)

Falscher Alarm.

Einige Berliner Blätter haben die Meldung verbreitet, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wolle ein Volkshegehen über die Flaggenfrage in die Wege leiten. Wie vom Reichsbanner mitgeteilt wird, liegt ihm das fern. Tatsächlich ist eine derartige Volksstimmung so auch vollständig überflüssig, da die Flaggenfrage durch die Verfassung im Sinne Schwarz-Rot-Gold geregelt ist und es nicht Aufgabe des Reichsbanners ist, die Verfassung zu ändern, sondern sie zu schützen.

Das kommunistische Mißtrauensvotum.

Heute wird im Reichstag das kommunistische Mißtrauensvotum zur Abstimmung kommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, sich bei dieser Abstimmung der Stimme zu enthalten. Sie wird den Kampf gegen Luther mit der größten Entschiedenheit führen, um unter ihrer Führung Luther zu beseitigen. Diesem Zweck dient ihre Interpellation und ihr Mißtrauensvotum gegen Luther, die am Dienstag beraten werden.

Luther reißt ab.

Reichskanzler Dr. Luther ist heute abend 10.5 Uhr vom Potsdamer Bahnhof nach Darmstadt abgereist, um dort der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates beizuwohnen.

Ja, die Ehrlichkeit!

Grütle-Behder und die „Tägliche Rundschau“.

In der „Täglichen Rundschau“, dem teils deutsch-nationalen, teils volksparteilichen Blatt, las man gestern abend folgenden erstaunlichen Bericht über die Vernehmung von Grütle-Behder im Femeunterforschungsausschuß:

„Der Femeunterforschungsausschuß des Preussischen Landtags behandelte am Mittwoch in öffentlicher Sitzung den „Fall Grütle-Behder“. Im Gerichtsverfahren hatte Robert Grütle-Behder schwere Anschuldigungen gegen die völkischen Abgeordneten Kube und Bulla erhoben und behauptet, diese Abgeordneten hätten ihn zur Erschießung des Damms, der an rechtsradikalen Organisationen Berat begangen haben sollte, ermüdet. Nachdem der Zeuge auf Befragen durch den Abg. Dr. Körner (Wstl.) erklärt hat, daß er nie von einer Mißschuld völkischer Abgeordneter an Fememorden gesprochen habe, wird seine Vernehmung für vorläufig beendet erklärt.“

Jeder Leser muß annehmen: Grütle-Behder hat anders ausgesagt als im Gerichtsverfahren, er hat alles zurückgenommen. Ein ehrlicher Bericht! Zugleich wurde aber gestern abend folgendes Schreiben des völkischen Landtagsabgeordneten Körner an den Vorsitzenden des Femeunterforschungsausschusses veröffentlicht:

„1. Meine Parteifreunde beantragen durch mich größte Beschleunigung der Untersuchung in Sachen Grütle-Behder und sofortige Vernehmung der von ihm beschuldigten deutschvölkischen Abgeordneten. Es ist nicht anständig, daß die maßlose Heße einer gewissen Presse, gegen die Strafentwurf gestellt ist, auf Grund der aus den Fingern gesogenen Phantastereien des Robert Grütle-Behder ungehindert die politische Atmosphäre weiter vergiftet und infolge der Aussage dieses als Mörder gerichtlich bestraften Minderjährigen die Ehre von Mitgliedern des Hauses weiter verunglimpft wird.“

Ich halte es für eine selbstverständliche Ehrenpflicht des Ausschusses, daß er die Aussagen Grütle-Behders weiter nicht ins Bond gehen läßt, ohne daß den Angegriffenen Gelegenheit zu ihrer Rechtfertigung gegeben wird.

2. Ich bitte, bei kommenden Vernehmungen des Robert Grütle-Behder den gerichtlichen Sachverständigen Herrn Geheimen Medizinalrat Dr. Störmer hinzuzuziehen, da begründete Annahme besteht, daß Grütle-Behder ein pathologischer Lügner ist. Ferner bitte ich, nach Abschluß der Vernehmungen Grütle-Behders Herrn Geheimrat Dr. Störmer über seine Wahrnehmungen als Sachverständigen zu hören.“

Wenn die Lesern der „Täglichen Rundschau“ dieses Schreiben lesen, werden sie fragen: „Aus den Fingern gesogene Phantastereien, Verunglimpfung der Ehre von Abgeordneten, Notwendigkeit der Rechtfertigung — ja warum denn?“ Und „pathologischer Lügner“ — weil er nie von einer Mißschuld völkischer Abgeordneter an Fememorden gesprochen hat? Ja, die Ehrlichkeit!

Reich / Reichsbahn / Reichstag.

Das Finanzministerium versucht die Budgetrechte des Reichstages zu beschränken.

Wir hatten am Donnerstag über den einstimmig gefaßten Beschluß des Reichshaushaltsausschusses berichtet, durch den der Ausschluß abgelehnt hat, neue Garantien bzw. Kreditvorlagen des Reichsfinanzministeriums zu beraten, bevor das Finanzministerium die wiederholt verlangten genauen Uebersichten über die bisher übernommenen Garantien des Reiches, Art und Höhe ihrer Inanspruchnahme, Höhe der gewährten Kredite usw. dem Ausschuß unterbreitet habe. Wie recht der Ausschuß mit diesem Beschluß hatte, wie notwendig es war, zu brechen mit dem bisherigen System, ins Dunkle hinein immer neue Garantien zu übernehmen oder neue Kredite zu bewilligen, dafür ist ein schlagender Beweis die Tatsache, daß bereits wieder eine neue Garantienvorlage des Finanzministeriums eingegangen ist.

Kein Nachlassen in England.

Ausdehnung des Streiks am dritten Tage.

V. Sch. London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der dritte Tag des Streiks hat keine Verringerung, sondern eher eine Ausdehnung der Bewegung gebracht, nämlich die Arbeitsniederlegung der Seeleute von Liverpool und der Mietautofahrer von London. Eine Rückkehr von Streikenden zur Arbeit ist nirgends vorgekommen, sondern es scheint bei gewissen Arbeiterkategorien, die bisher vom Generalrat zum Streik nicht aufgerufen waren, die Neigung hervorzutreten, sich der Bewegung anzuschließen.

Die Gegenmaßnahmen der Regierung und der Unternehmer haben nur mäßige Ergebnisse. Die Zahl der Personenzüge hat sich etwas erhöht, desgleichen die Zahl der Londoner Untergrundbahnzüge und Autobusse. Vor allem blüht ein wider Personentransport mit Fahrzeugen aller Art, der sich eines starken Zuspruches erfreut und insbesondere von den in den Vororten wohnenden und in der inneren Stadt beschäftigten Angestellten und Beamten, die bisher nicht zum Streik aufgerufen wurden, benutzt wird. Das kann man ihnen bei den großen Entfernungen gar nicht verdenken, solange sie nicht von ihren Gewerkschaften zum Streik aufgerufen sind. Die Benutzung dieser Verkehrsmittel bedeutet jedoch keinen Mangel an Sympathie mit den Streikenden und kein Einverständnis mit der Regierung.

Es kommt der Streikleitung vor allem darauf an, den Güterverkehr lahmzulegen. Und das ist über alles Erwarten gelungen. Ausnahmen werden nur in der Lebensmittelversorgung gemacht. Indessen scheint es hier noch an einseitigen Direktiven zu fehlen. Kohlentransporte werden jedenfalls überall strengstens unterbunden, zumal ja die ganze Aktion aus der Solidarität mit den Bergarbeitern entsprungen ist.

Ein Nachlassen der Bewegung wagt nicht einmal die Regierung zu behaupten, die sonst jeden Einzelfall in der Verkehrsquote durch Rundfunk und Flugblätter hinausposaunen läßt. Ueberhaupt scheint es, daß die Freiwilligen und Arbeitslosen, die sich für die Technische Ratschläge haben anwerben lassen, gerade dazu genügen, um die Wiederaufnahme eines minimalen Personentransports zu bewähren. Aus der Zahl der freiwilligen Meldungen, die die Regierung selbst bekanntgegeben hat, ist zu erkennen, daß sie mit ihren Aufrufen wenig Anklang findet: Was bedeutet z. B. die offiziell bekanntgegebene Ziffer von 10 000 Freiwilligen im „nördlichen Bezirk“, der etwa 7 Millionen Einwohner zählt.

Diese Tatsache hat wesentlich dazu beigetragen, die Stimmung der Streikenden zu heben.

Eine Tatsache hat wesentlich dazu beigetragen, die Kampfstimmung der Arbeiter zu heben und dem Solidaritätsgefühl größere innere Festigkeit zu verleihen: das Erscheinen der von der Streikleitung offiziell kontrollierten, in der Druckerei des „Daily Herald“ in Millionenauflage hergestellten Streitzitung „The British Worker“. Das sehr gut redigierte Blatt enthält nicht nur zahlreiche Streiknachrichten, sondern auch wertvolle redaktionelle Betrachtungen der Lage. Es war ein Fehler, daß die Buchdruckergewerkschaft erst nach 36 Stunden beschloß, eine Ausnahme für das Personal des „Daily Herald“ zu gestatten, während die offizielle Regierungszeitung, die „British Gazette“, sofort mit Streikbrechern hergestellt und sofort auf den Straßen verkauft werden konnte. Jedenfalls ist der Fehler wieder gutgemacht und der „British Worker“ findet großen Anklang bei der Bevölkerung.

Auch die zweite Nummer dieses Blattes legt größtes Gewicht auf die ausführliche Schilderung der Entstehung des Streiks. Die „Kriegsschuldfrage“ spielt eine entscheidende Rolle. Der Standpunkt

der Gewerkschaften, daß sie den Kampf nicht wollten, sondern daß er ihnen von der Regierung teils bewußt, teils aus Tölpelhaftigkeit aufgezwungen sei, wird in wirksamer Form dargelegt. Für die öffentliche Meinung sind diese Fragen überaus wichtig, denn abgesehen von der Arbeiterchaft, die davon überzeugt ist, daß sie einen Abwehrkampf führt, beginnen jetzt auch die Liberalen und auch die gemäßigten Konservativen die Haltung der Regierung zu kritisieren.

Ebenso wichtig ist für die Arbeiterfrage die Zurückweisung der Regierungsbehauptung, daß der Streik politischen Charakter habe. Auch das besorgt der „British Worker“ ausführlich und gründlich.

Die Solidaritätsbewegung.

Der neueste Pressebericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes schreibt: Die Arbeiterschaft der ganzen Welt hat das größte Interesse daran, die englischen Arbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen. Die britische Regierung hat bis jetzt nichts getan, als daß sie aus den Steuergeldern der Arbeiter ihren eigenen Bergherren Subventionen zahlte und damit die Existenzmöglichkeiten der Arbeiter des Kontinents herabdrückte. Es ist u. a. zweifellos die durch die Subventionen ermöglichte Konkurrenz der britischen Bergherren, die dazu beigetragen hat, daß auf dem Kontinent Tausende von Bergarbeitern brotlos wurden und zahlreiche Gruben geschlossen werden mußten.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist eine Angelegenheit aller!

Das erstmalig in der Weltgeschichte haben die Gewerkschaften eines Landes ihrer Landeszentrale in der Führung eines Kampfes um berechnete Forderungen einer Berufsgruppe weitestgehende Vollmacht erteilt. Der zentralen nationalen Führung muß die vereinigte internationale Hilfe zur Seite gehen, moralisch und finanziell. Dies ist die Voraussetzung des Sieges der englischen Arbeiter, der bei einmütiger Hilfeleistung eine Kräftigung der Bewegung aller Länder bedeuten wird.

Aus diesem Grunde hat sich der Internationale Gewerkschaftsbund an alle angeschlossenen und befreundeten Organisationen und Länder gewandt und sie aufgefordert, im Hinblick auf die zu erwartenden Komplikationen sofort alle Maßnahmen zu treffen, um, sobald es nötig wird, moralische und finanzielle Hilfe leisten zu können.

Genf, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat auf Freitag eine Sitzung einberufen, um zu dem englischen Generalstreik Stellung zu nehmen. Gewerkschaftskommissionen und Sozialdemokratische Partei des Kantons Genf haben eine Geldsammlung eingeleitet zur Unterstützung des englischen Generalstreiks.

Brüssel, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Hafenarbeiter von Antwerpen haben beschlossen, jede Verladung von Kohle nach England einzustellen.

Wien, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Gewerkschaftskommission hat beschlossen, dem Vorstand eine Generalauflage zu erteilen, um einer sofort einberufenen Konferenz der Gewerkschaftsvorstände einen geeigneten Vorschlag zur materiellen Unterstützung der im Kampf stehenden englischen Arbeiter zu unterbreiten.

Völkerbund im September.

1. Punkt: Aufnahme Deutschlands.

Genf, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Sekretariat des Völkerbundes hat die Tagesordnung zur 7. Völkerbundversammlung, die auf den 6. September einberufen ist, veröffentlicht. Hauptpunkte sind Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und Reorganisation des Völkerbundrates. In einem Antrag zur Tagesordnung wird die Entschliessung der Märzversammlung im Wortlaut wiedergegeben, in der dem Bedauern über das Scheitern der Versammlung Ausdruck gegeben und der Wunsch ausgesprochen wurde, daß die Aufnahme Deutschlands im September vollzogen werden möge.

Neuer Krieg in Marokko!

Die Verhandlungen abgebrochen.

Paris, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Friedensverhandlungen mit dem Rif sind, wie vom Quai d'Orsay mitgeteilt wird, abgebrochen worden. In der am Donnerstag vormittag abgehaltenen Sitzung der Friedenskonferenz sollen die Vertreter des Rif erklärt haben, daß sie zur Auslieferung von 50 französischen Gefangenen nur bereit sind, falls auch ebenso viele gefangene Rifabylonen ausgeliefert werden. In den übrigen Punkten hätten die Rifabylonen jedes weitere Zugeständnis abgelehnt, woraufhin der Vorsitzende der Konferenz, General Simon, den Abbruch der Verhandlungen verkündete. Die Feindseligkeiten sollen nunmehr in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag um 12 Uhr wieder aufgenommen werden.

Opfer ihrer Ueberzeugung.

Beim Schmuggeln des Antifaschistenblattes verunglückt.

Turin, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Gazette del Popolo“ aus Domodossola an der Schweizer Grenze medelt, wurden fünf italienische Arbeiter, die das Pariser Emigrantentblatt „Corriere degli Italiani“ heimlich nach Italien bringen wollten, auf dem Fuhrwerk von Krieg Opfer eines Touristenunfalls. Sie gerieten in eine Lawine. Vier konnten sich retten — der fünfte wurde getötet. Die vier Geretteten nahmen die Leiche wieder auf Schweizer Gebiet mit, mußten aber die Zeitungspakete an der Unglücksstelle liegen lassen.

Allsozialistisch gegen allnational.

Klassenscheidung in der Tschechoslowakei.

Prag, 6. Mai. (Wstl.) Im Senat brachten tschechische Agrarier, tschechisch-katholische Volkspartei, tschechische Gewerkschaften und Deutsche Agrarier den Antrag ein, den Initiativantrag Donat betreffend die Einführung fester landwirtschaftlicher Zölle im abgeklärten Verfahren durchzuführen. Nach stürmischer Verhandlung wurde der Antrag mit 74 gegen 57 Stimmen angenommen. Dafür stimmten sämtliche Parteien mit Ausnahme der tschechischen und der deutschen Sozialdemokraten, der tschechischen Sozialisten (Benešpartei) und der Kommunisten.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsbahndirektion und Unfallverhütung.

Vom Einheitsverband der Eisenbahner wird uns geschrieben: Wir hatten kürzlich auf das Sprühverfahren in den Eisenbahn-Ausbesserungswerken hingewiesen, u. a. auch auf die ungenügenden und nicht einwandfreien Respiratoren. Die darauffolgende Erwiderung der Direktion bestätigte unsere Angaben und einige Tage später erging an sämtliche Werkstätten des Bezirks eine Verfügung mit der Aufforderung, möglichst schnell Bericht zu erstatten, ob die notwendigen Schutzmaßnahmen und Schutzvorrichtungen bereits getroffen sind oder in absehbarer Zeit durchgeführt werden.

Wir forderte eine nach § 10 des Bleiweißgesetzes vorgeschriebene sorgfältige Untersuchung der Arbeiter, um im Anfangsstadium liegenden Bleierkrankungen frühzeitig genaue Einhalt bieten zu können.

Was ist nun inzwischen geschehen? Im Werk Tempelhof bedient man sich der sogenannten Frischluftatmer, eine Maske, die Mund und Nase schließt, damit die inneren Organe (Lunge, Nieren usw.) vor dem Eindringen gefährlicher Farbnebel und -dämpfe geschützt werden. Dieser Respirator wird durch einen angebrachten Luftschlauch unter Druck geleitet. Nach unserer Information ist das für die Atmungsorgane nicht angenehm. Außerdem ist zu fragen, daß der gefälligst geschützte Frischluftatmer seinen eigentlichen Zweck nicht erfüllt. Die Arbeiter können ein Lied davon singen.

Bezeichnend ist, wie die Firma Karl Schumann, Hamburg, ihre gefälligst geschützte Maske selbst beurteilt. Sie schreibt: Die Anwendung von Frischluftatmern verbilligt die Konfektionierung der Eisenbahnfahrzeuge ganz wesentlich infolge der Schnelligkeit der auszuführenden Arbeiten. Unter anderem gibt die Firma jedoch zu, daß das Sprühen der Korben großen Nachteil hat, weil gesundheitsgefährliche Farbnebel und -dämpfe entstehen und von der Lunge ferngehalten werden müssen.

Also, man kennt sehr wohl die ungeheuren schädigenden Folgen dieses unflüchtigen Sprühverfahrens an. Trotzdem wird dieses Verfahren weiter geübt, wohl lediglich deswegen, weil die hierfür erforderlichen umfangreichen Einrichtungen (Antriebsräume, Entlüftungen usw.) in ihrem Anschaffungspreis so unvorstellbar teuer und im Betrieb so kostspielig sind, daß dadurch die erhofften Vorteile und Ersparnisse des Sprühverfahrens in Frage gestellt werden.

Nun ist es endlich heraus! Um möglichst sehr viele Eisenbahnwagen schnell fertigzustellen und um die Profitrate der Produktionsfirma nicht zu schmälern, wird das Sprühverfahren durchgeführt, trotzdem die nach ihm hergestellten Wagen nach zwei Jahren erneut bestrichen werden müssen, während die mit der Hand bearbeiteten Wagen nach 12 Jahren unbeschädigt und gebrauchsfähig sind. Die Arbeiter mögen sehen, wie sie bei einretirenden Berufsstrahlen mit ihrer Familie fertig werden.

Die gefälligst vorgeschriebene ärztliche Untersuchung wird seit unserer Kritik erweislich durchgeföhrt. Aber wie? Innerhalb einer halben Stunde soll der für das Werk Oranienburg vorgesehene untersuchende Arzt 60 bis 80 Mann abfertigen. (Sollte der Arzt auch im Gedinge arbeiten?) Wie wäre es, wenn diese Ärzte einmal selbst mit dem Sprühverfahren beauftragt werden würden! Die nächste Untersuchung würde zweifellos eine sachgemäßere und gründlichere werden. Erfreulicherweise bezieht man sich nunmehr auch in der breiten Öffentlichkeit mit der gewerblichen Bleivergiftung, den Respiratoren, die ja nur ein Nothbehelf für ganz kurz dauernde Arbeiten sind. Dr. Ludwig Teleki, Leiter der Weidenschen sozialhygienischen Akademie, schreibt u. a.: Die gewerbliche Bleivergiftung ist eine chronische Berufskrankheit, hervorgerufen vor allem durch die Einatmung von Bleistaub und Bleidämpfen. Zwei Millionen tödliche Aufnahmen im Magen (in die Lunge genügt eine kleinere Dosis) und mehrere Monate fortgesetzt genügen, um die Erkrankung zu erzeugen.

Woran ist nun der Wertmeister Helbing (Werk Tempelhof) gestorben? Wohlriechend an dem bekannten Liebel „Ragentebs“. Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, seien hier die Schutzforderungen der mit diesen Arbeiten beschäftigten Arbeiterschaft aufgeführt:

1. Geipricht darf nur in geschlossenen Räumen werden, die mit den modernsten Ablaugevorrichtungen bereits versehen sind.

2. Jeder Arbeiter und Beamte muß mit einem Gashelm und nicht mit einem sogenannten Maulkorb versehen sein.

3. Vor der Frühstücks- und Mittagspause ist mindestens eine Viertelstunde für das Reinigen der Hände und Ablegen der Arbeitskleidung zu gewähren.

4. Farben, z. B. grün-chromgelb oder bleihaltige, dürfen nicht beim Sprühverfahren Verwendung finden, desgleichen sollte auf dem schnellsten Wege eine Untersuchung nitrozellulosefarber stattfinden.

Alle Befehle und Verordnungen der gesetzgebenden Körperschaften müssen nicht, wenn es nicht gelingt, die Reichsbahndirektion und ihre Dienststellen zu zwingen, sich an Ort und Stelle von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen und sie durchzuführen.

Internationale Unternehmersolidarität.

Im Namen der Reichsoberaufsicht!

Der ehemalige Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Ländler, fühlt sich berufen, die ihm gegebene Ruhezeit mit guten Ratschlägen an die Unternehmer auszugeben. Er kommentiert in einem Leitartikel eines deutschsprachigen Blattes den englischen Generalstreik. Zunächst erinnert er an die große Aussperrung in Schweden im Jahre 1909, die die Gewerkschaften mit dem Generalstreik beantworteten. Dieser Kampf endete mit einer Niederlage der Unternehmer. Dr. Ländler übersteht geflissentlich, daß dieser Streik lediglich die Antwort auf die Aussperrung war und deshalb mit der Zurücknahme der Aussperrung seinen Zweck erreicht hatte, um von einem Mißerfolg dieses angeblich ersten Generalstreiks zu sprechen, der infolge mangelnder internationaler Solidarität gescheitert sei. Nur die deutschen Gewerkschaften hätten eine Million schwedische Kronen geschickt.

Tatsächlich war der schwedische Kampf bei weitem nicht der erste Generalstreik. Ganz abgesehen von den politischen Streiks und den Streiks der amerikanischen Gewerkschaften in den achtziger Jahren um den Achtstundentag, ist vor allem der zu demselben Zweck im Jahre 1906 in Frankreich proklamierte Generalstreik zu erwähnen. Seit dem Kriege ist dem als Abwehr gegen den Kapitalismus ausgerufenen Generalstreik wieder in Frankreich im Jahre 1919 zur Unterstützung der Eisenbahner ein Generalstreik vorausgegangen.

Ebenso wenig stimmen die Angaben Ländlers bezüglich der Unterstützung der schwedischen Arbeiter. Insgesamt erhielten die schwedischen Gewerkschaften damals 2.273.000 schwedische Kronen, davon allerdings eine Million aus Deutschland allein.

Bemerkenswert sind die Schlussfolgerungen Ländlers. Er schreibt:

„Der Generalstreik wird aber interessante Einblicke darüber geben, wie weit der Gedanke der internationalen Solidarität inzwischen gediehen ist. Es wird sich zeigen müssen, wie weit die Gewerkschaften der übrigen Industrieländer ihre englischen Kollegen zu unterstützen bereit sind und schließlich auch, wie weit kommunistische und (?) bolschewistische Einflüsse (?) sich bei Ausbruch und Durchföhren des Streiks geltend machen und festzustellen sind. Ist dies der Fall, dann werden auch die Arbeitgeber vor die Frage gestellt, ob sie ihre jetzt lediglich auf gegenseitige Information (?) gestellte Verbindung mit der Arbeiterschaft der übrigen Industrieländer durch gemeinsame solidarische Maßnahmen verstärken müssen. Was der englische Generalstreik zu Ende gehen, wann und wie er will, er wird dem englischen Nationalvermögen außerordentlichen Schaden zufügen. Er stellt einen Angriff auf die Gesamtheit des Volkes, auf Staat und Ordnung dar, den niederkzuwerfen Pflicht des einzelnen und der Gesamtheit ist, aus welchem Anlaß er auch aufgenommen sein mag. Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert“, bestimmt Art. 163 unserer Reichsverfassung. Ein Generalstreik widerspricht dem Wortlaut und dem Sinn einer solchen Bestimmung.“

Wir wissen nicht, ob Ländler der englischen Regierung (Gott schütze England!) bereits seine Dienste als Streikbrecher angeboten hat. An guten Willen fehlt es ihm dazu offenbar nicht. Man sieht ordentlich, wie er bei dem Gedanken zittert, die englische Arbeiterschaft könnte schließlich die Kräfte der Unternehmer auf einen Generalabbau der Löhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit abwehren. In seinem Feuerifer ruft er sogar die deutsche Reichsoberaufsicht an. Freilich legt er sie nach seiner Art aus. Ländler

und billiger im Dienst eines rückständigen, zur Wirtschaftsföhren unfähigen Unternehmertums schauten, das bedeutet nach Ländler „das Wohl der Gesamtheit“. Und einen Mann, der gegen die englische Arbeiterschaft eine derartig lächerliche Auslegung der deutschen Reichsverfassung ins Feld zu führen weilt, hat die Vereinigung aufs Äußerste gefehlt! Hoffentlich engagieren ihn jetzt die englischen Employers.

Der Bäderstreik im Beamtenwirtschaftsverein.

Unter dem Vorwand, infolge baulicher Veränderungen könne vorübergehend der Bedarf an Gebäuden im eigenen Betrieb nicht gedeckt werden, hat der Beamtenwirtschaftsverein verschiedene Bädereien in Preußen verjeht, indem er ihren Umfah durch Bestellungen für sich wesentlich hob. Die Bädereigefellen in den so gehöborten Betrieben waren ob dieses Arbeitszuwachses verwundert und misstrauisch, da ihnen der Bäderstreik im Beamtenwirtschaftsverein nicht unbekannt ist. Die Ursache dieses plötzlichen Geschäftsaufschwungs hatten sie bald erkannt. Sie denken aber nicht daran, auf diese Art sich selbst zu bekämpfen. Trotzdem ist auch geföhrt aus Unkenntnis der Sachlage in verschiedenen Betrieben auf diese Art Streikarbeit geleistet worden. Sie dürfte jedoch für heute schon wieder unterbunden sein. Die in den Betrieben in Arbeit stehenden denken so wenig wie die Arbeitslosen daran, diesen ihren Kollegen, welche sich wegen der Rücksichtslosigkeit der Leitung des Beamtenwirtschaftsvereins wehren, in den Rücken zu fallen.

Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß verschiedene Großbäderei-Inhaber entgegen der Stellung ihrer Arbeiter Lieferungen an die bestreikte Firma machen. Dies hätte allerdings zur Folge, daß auch diese Bädereien geklopert werden müßten. Als besonders günstige Gegend zur Verringerung der Schmerzen scheint die Verwaltung des Beamtenwirtschaftsvereins Weiskensee einzuwählen, da dort mehreren Betrieben Lieferungen angeboten wurden. Soweit bekannt, haben ihre „ehrenvollen“ Aufträge nicht überall Entgegenkommen gefunden.

Daß der Beamtenwirtschaftsverein eifrigst bestrebt ist, seine „baulichen Veränderungen“ zu beheben, zeigt die Tatsache, daß der Angestellte des christlichen Verbandes der Bäder geladen wurde, der dieser Ladung auch geföhrt ist. Mit welchem Resultat, ist den Streikenden noch nicht bekannt. Es wird sich jedoch bald zeigen müssen, ob auch die christlichen Bäder Solidarität üben werden.

Ende des Streiks in Differdingen.

Luxemburg, 6. Mai. (WZ.) Die streikenden Hochofenarbeiter in Differdingen haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen eine Lohnaufbesserung von insgesamt 3,50 Franken pro Tag gewährt wurde.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. a., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Zentralverband der Maschinen- und Elektrotechniker, Berlin, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25, Besprechungsraum. Geschäftsbericht vom 1. Quartal. Diskussion. Vorträge vom 1. Quartal. Diskussion. Verlesenes. Die Ortsvereine.

Lehrstuhlinhaber und Elektromotorenführer aller Berliner Reichsbetriebe, Berlin, Sonnabend, 7. Mai, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25 (Raum 2, vorheriger Raum 4). Besprechungsraum der Lehrstuhlinhaber und Elektromotorenführer. Alle Kollegen haben pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Betriebsräte und Verbandsoffizianten! Macht auf diese Veranstaltung aufmerksam! Deutscher Reichsbund, Seiten 2.

Jugendgruppe des ABV, Heine, Freitag, 7. Mai, haben folgende Veranstaltungen statt: 1. Jugendheim Große Frankfurter Str. 16 (Raum 6). Gruppenbesprechung. 2. Jugendheim Reichshagen Str. 66. Vorträge: „Ausschlag und Ziele der Jugendbewegung“. 3. Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7/9. Gruppenbesprechung. 4. Jugendheim Lindenauer 1. Treffen im Gastw. 5. Alle Abteilungen treffen sich am Sonntag an der Waldschloß der Jugendgruppe nach dem Abschlusse der Betriebsbesuche.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Frei, Freitag, 7. Mai, haben die Gruppen: Germania: Jugendheim Sanderstr. 11. Ede Hochschloß. Heimbesprechung. Ausprägung der Betriebs- und Berufsständekämpfe. 2. Weidenschen Jugendheim Große Frankfurter Str. 66. Heimbesprechung. Unsere Forderungen am 1. Mai. 3. Arbeiterjugend: Jugendheim Sanderstr. 2. Heimbesprechung.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Ernst Salzenberg; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Eckert; Streikleitung: A. G. Köhler; Betriebs- und Berufsständekämpfe: Weidenschen Jugendheim Große Frankfurter Str. 66. Heimbesprechung. Unsere Forderungen am 1. Mai. 4. Arbeiterjugend: Jugendheim Sanderstr. 2. Heimbesprechung.

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königsstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billions Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Wurstwaren

Sülze Pfund 40 Pf.	Speck fett u. mager, Pfd. 1.45
Schweinskopf . . . Pfund 68 Pf.	Braunschweiger . . . Pfund 1.50
Rot- u. Landeierwurst 1.15	Jagdwurst Pfund 1.50
Polnische Wurst Pfund 1.35	Hildesheimer u. Filetw. 1.60
Große Mettwurst Pfund 1.35	Zerelat u. Salami Pfund 1.80
Rosenthaler Str. Königsstr. Moritzplatz	
Dampf- u. Speckwurst 1.05	Schinken- u. Teewurst 1.70

Wild u. Geflügel

Tauben Stück 0.95	Hirsch-Keulen 1.45 Rück. 1.10
Suppenhähne . . . Pfund 1.10	Wildschwein Bauch Pfund 0.85
Suppenhühner . . . Pfund 1.45	Diätier Pfund 1.15 Rücken und Keulen Pfd. 1.45

Teigwaren

Makkaroni Bruch, Pfund 0.40	Spaghetti Pfund 0.44
Makkaroni Stangen, Pfund 0.44	Eier-Spaghetti . . . Pfund 0.68
Eier-Makkaroni Bruch, Pfund 0.48	Schnittnudeln m. Eizusatz Pfund 0.42
Eier-Makkaroni Stangen, Pfund 0.68	Eier-Schnitt-Nudeln Pfd. 0.62

Konserven

Junge Erbsen mittelfein 0.75	Preiselbeeren 5 Pfd. - 2.10 0.78
Fein, 1/2 Dose 1.10 sehr fein 1.35	Gewürzgurken 4 Ltr.-Dose 2.00
Pfefferlinge 0.90	Portugiesische Oelsardinen 1/2 Banddose 0.70 Klubdose 0.48
Gemischtes Gemüse fein 1.30	Heringe i. Tomaten kalif. 1.40
Rote Rüben 0.50	Gulasch . . . 1 Pfund-Dose 0.63
Apfelmus 0.63	a. frisch, Fleisch 2 Pfund-Dose 1.20
Heidelbeeren 0.85	Rindfleisch 2 Pfund-Dose 1.20
Mirabellen, Reinreclauden 1.10	Konfitüren 2 Pfund-Eimer Johannisbeeren 1.00
Kirschen alt, ohne Steine 1.20	Pflaumen 0.90 Johannisbeeren 1.00
Ananas Hawaii in Scheiben 1.80	Erdbeeren 1.20 Aprikosen 1 Pfd.-Gl. 0.60

Schokolade Tafel, 200 Gr. 0.45	Zwiebackschokolade, Pfd. 1.12
Schmelzschokolade	Sandgebäck Pfund 1.00
5 Tafeln à 40 Gramm 0.75	Teegebäck Pfund 1.40

Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfund 70 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund 90 Pf.
Kalbskamm u. Brust Pfund 70 Pf.
Kalbsnierenbraten Pfund 75 Pf.
Schweinebauch und Rücken m. Beilage . . . Pfund 1 M
Schweinekamm u. Blatt . . . Pfund 1.10
Gehacktes Pfd. 70 Pf. Rückenfeil u. Linsen . Pfund 85 Pf.
Rinderkamm u. Brust getr. Pfd. 54 Pf.

Gebrannter Kaffee

Konsum-Misch. . . Pfund 2.30	Olympia-Mischung Pfd. 3.40
Haushalt-Misch. . Pfund 2.60	Globus-Mischung Pfund 3.80
Sonder-Mischung Pfund 3.00	Residenz-Misch. . Pfund 4.20

Backwaren

Streuselkuchen . . Stück 0.40	Mandelkränze . . . Stück 0.60
Bienenstich Stück 0.55	Apfelstrudel . . . Stück 0.55

Fische

Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische . . . Pfund 15 Pf.
Bratflundern Pfund 15 u. 22 Pf.
Schellfische ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 25 Pf.
Rotbarse ohne Kopf Pfund 22 Pf.
Zander gefroren Pfund 60 Pf.
Lebende Aale starke Pfund 1.60

Boa-Lie Tafel-Getränk

Verkauf: Drogen-Abteilung Ausschank: Erfrischungraum

Käse u. Butter

Romatour Stück 0.20	Dänische Butter lose u. mit Napf 1/2 Pfd. 0.98
Stangen-Limburger Pfd. 0.45	Naturbutter 1/2 Pfd.-Paket 0.80
Dän. Gouda Stangenkäse 0.55	Tafelbutter Pfund 1.80
Edamer-Holländer Pfd. 0.78	Kokosfett . 1 Pfund-Tafel 0.68
Tilsiter Pfund 0.65 1.20	Margarine Pfund 0.58
Bierkäse u. Steinbusch 0.95	Liesenschmalz . Pfund 0.88
Schweizer Käse Pfd. 1.05	

Räucherwaren

Lachsheringe . . . Stück 0.13	Aale Pfd. 2.10 2.45 Bund 0.58
Schellfische geräuch. Pfd. 0.38	Vollbäcklinge . . . Pfund 0.65
Seelachs in Stücken, geräuchert, Pfund 0.42	Lachs geräuchert, in Stücken, Pfd. 1.10 u. 1.40

Gemüse u. Obst

Junger Spinat . . Pfund 0.05	Grüne Gurken Stck. v. 0.40 an
Radieschen Bund 0.05	Zitronen Dutzend 0.35
Rhabarber 2 Pfund 0.15	Apfelsinen Dtz. 0.90, 0.70 0.50
Salat Kopf 0.10 u. 0.15	Blut-Orangen Dtz. 0.60 0.80
Malta-Kartoffeln 3 Pfd. 0.25	Zwiebeln neue Egypt. 0.14

Wein

Preis für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas	
Maitrack aus Traubenwein 1.00	1923 Forster Straße feinstblumiger Pfälzer 1.20
1924 Obermosel kavalier Bowlenwein 0.85	1922 Saarburger pfälzer Saarwein 1.20
1924 Weillensteiner Berg süßlicher Tischmosel 0.72	1921 Oppenheimer Krötenbrunnen kräftig 1.75
1923 Ailsheim Goldberg blumiger Rheinwein 0.90	1921 Piesporter feiner Mosel 1.75
1924 Mittlerer Leiterchen Riesling spritzig, blumig 1.00	1918 Médoc lieblicher, alter Bordeaux 1.25
Feiner Fruchtwein Johannisbeer-, Stachelbeer-, Kirsch- und Heidelbeerwein, Cyder	Alter Malaga golden oder dunkel 1.50
Fruchtschaumwein vorzüglichste Qualität, einschließlich Flasche 1.15	
In allen Geschäften Wein vom Faß zu Extrapreisen	

zu können, daß diese mit Liebe und Eifer zu ihnen kommen, ohne daß es nötig wäre, auch nur im entferntesten an die Prügelstrafe zu denken. Sicherlich wird das Werk des Lehrers durch unvernünftige Behandlung der Kinder im Elternhaus sehr erschwert. Aber alles das darf wirkliche Pädagogen niemals veranlassen, für die Prügelstrafe in irgendeiner Form einzutreten und sie als ein „Erziehungsmittel“ zu bezeichnen.

Eilende Menschen.

Es ist ein landläufiges Schlagwort geworden, in großen Städten von „Wettstadtdrücke“ und „Wettstadthast“ zu reden. Interessant dürfte sein festzustellen, daß diese Eile der Leute, die niemals Zeit haben, gerade charakteristisch in nördlichen Ländern viel stärker ausgeprägt ist als in „temperamentvollen“ südlichen Städten. Voran geht mit dem Schnellzugstempo seiner „eilenden“ Bewohner New York und London.

Der „Wiener“ liebt in seiner schönen blauen Donaustadt geistliche Gemütsruhe. Der Herr Chef kommt morgens um 10 Uhr „immer noch“ rechtzeitig ins Bureau. Es eilt nicht, wenn man a halbes Stündchen später zum „Bausengoussach“ erscheint, ebenso wartet der Ober mit seinem „Schwarzem“ samt den sechzehnerlei Zeitungen jederzeit auf den „Stamm“. Nur am letzten des Monats „eilt“ es, um das behaglich wohlverdiente Gehalt abzuholen oder — wenn ein kleines Rödel wartet; denn Vergnügungsfragen sind für die Wiener Lebenskünstler „eilige Angelegenheiten“. Für Geschäftsdinge benötigt weder der einheimische Wiener, noch der Italiener oder der Pariser täglich wenig ein Auto.

Um so unrichtiger ist bei uns in Berlin der alte Spruch: „Immer mit die Ruhe!“ Der Norddeutsche hat nie Zeit. Ob der Angestellte im Vorortverkehr jeden Tag mit der Bahn hereinheißt, ob es der Stellenlose ist, der treppauf, treppab nach Verdienstmöglichkeiten jagt, sie alle müssen Künstler sein, die mit Schlangennmenschen talent und anpassungsfähiger Geschwindigkeit sich durch das Strahlengewoge mit der Uhe in der Hand durchdrängen. Der tiefere Grund dieser Hasthysterie liegt wohl darin — unerschöpflich kann es gefogt werden — daß man in Berlin mehr arbeitet, rücksichtsloser ausbeutet, skrupellos materialistischer Sinn für's Geldverdienens besitzt als beim Rohlzug, beim Tiroler Landwein und Spumante...

„Eilende Menschen“ sind Zeichen unserer Zeit, sie geben vom großen verängstigten Wettrennen nach Verdienst ein plastisches Bild.

Eine Tötung auf Verlangen.

Junge Menschen, die früh verwelken.

Die siebzehnjährige Lotte K. war ein ebenso lebenslustiges wie leichtsinniges Ding. Heute ging sie mit einem Burischen, morgen mit einem anderen. Ihren vorletzten Freunde logte sie: „Sollst etwas „passiert“, nehme ich mir das Leben. Eines Tages war es nun passiert. Da fragte sie den Freund: „Was soll ich jetzt machen?“ Und erhielt zur Antwort: „Rach, was du willst.“ So wußte sie keinen Rat.

Inzwischen hatte sie bereits neue Freundschaft geschlossen mit dem achtzehnjährigen Bäckergehilfen Paul B., einem phantastischen, halbflohen, leicht beeinflussbaren Burischen. Ihm gegenüber äußerte sie immer wieder Selbstmordgedanken, ohne dafür den Grund anzugeben. Sie meinte, sie sollten doch gemeinsam aus dem Leben scheiden. Halb ernsthaft, halb operettenhafte Vorbereitungen zum Selbstmord wurden sogar einmal getroffen. Dann aber erzählte sie dem Paul B., daß sie in anderen Umständen sei, und forderte ihn wieder auf, sich mit ihr gemeinsam das Leben zu nehmen. Er möge doch eine Pistole besorgen. Am 7. Juni v. J. sollte sich das Ereignis vollziehen. Zuerst dachten sie an den Friedhof, dann entschieden sie sich für die Baube der Eltern des B. Am nächsten Morgen fand der Vater des Burischen die K. auf dem Schaukelstuhl mit einer Schußwunde in der linken Schläfe tot auf. Ihre Hände lagen zusammengeklammert auf dem Schoß, unter ihnen die Pistole. Als B. aus der Zeitung erst las, daß gegen ihn Verdacht bestiehe, stellte er sich der Polizei. Er erzählte, daß die K. sich selbst erschossen habe, ihm aber der Mut gefehlt habe, auch sich selbst das Leben zu nehmen. Aber bereits auf dem Polizeipräsidium wie auch später vor dem Untersuchungsrichter bezichtigte er sich später auf Zureden selbst der Tat, um sein Gefändnis dann zu widerrufen. Nunmehr hatte sich Paul B. wegen Totschlags vor dem Landgericht III zu verantworten. Er blieb bei seiner Behauptung, nicht der Täter gewesen zu sein. Eltern, Verwandte und Lehrer schilderten ihn als schwächlichen, empfindlichen Jungen, der aufzuschneiden liebte, der immer wieder auf ein bis zwei Tage die Lehrstelle verließ, um hinterher um so fleißiger zu arbeiten. Der psychiatrische Sachverständige, Professor Kreuzfeld aus der Charité, charakterisierte ihn als Bichopathen mit dem Einschlag ins Phantastische. Die Schließhaderständigen waren uneinig darüber, ob der Schuß aus unmittelbarer Nähe oder aus einer gewissen Entfernung abgegeben worden war. Manches sprach für ihn als den Täter, anderes wieder ließ die Möglichkeit der Täterschaft des Mädchens zu. Denn sie allein hatte Grund, aus dem Leben zu scheiden. Das Gericht verurteilte ihn wegen Tötung auf Verlangen zu — vier Jahren Gefängnis unter Anrechnung einer achtmonatigen Untersuchungshaft. Der Angeklagte nahm das Urteil nicht an.

Man hatte nicht den Eindruck, daß die Lösung des Rätsels jenes Abends endgültig gelungen war. Sollte B. nicht der Täter gewesen sein, so wird er am Urteil schwer zu tragen haben. Trostlos waren aber die Einblicke, die man in das Leben der heutigen Großstadtjugend erhielt. Die Eltern des Paul B. denken gar nicht daran, wegen ihres schwer psychopathischen Jungen, der immer wieder durchrennt, sich heilpädagogischen Rat zu holen. Die Eltern der Lotte K., die immer wieder außerhalb des Hauses nächtigt, lassen sie schließlich gewähren. Als dann das Unglück mit ihr passiert war und sie nicht hoffen konnte, bei ihren Eltern Verständnis zu finden, nimmt sie sich das Leben oder stiftet ihren neuen Freund dazu an, sie zu töten.

Filmexplosion in einem Vorführraum.

In dem Vorführraum des „Welttheaters“ in der Großen Frankfurter Straße 121 explodierte gestern nachmittags gegen 5 Uhr kurz vor Beginn der Vorstellung im Vorführraum ein Film. Der Vorführer erlitt hierbei an beiden Händen Verwundungen, der Raum selbst mit seinen Regalen und übrigen Inventar brannte aus. Die Entstehungsursache ist darauf zurückzuführen, daß der Gehilfe des Vorführers, als er gerade einen Film einstellen wollte, mit dem Film zu nahe an die Projektionslampe geriet. In demselben Augenblick explodierte der Film. Es gelang dem Vorführer, den Film aus dem Apparat herauszureißen, doch stand wenige Augenblicke später der Raum in Flammen. Die Feuerwehr, die kurz darauf eintraf, konnte den Brand nach längerer Zeit löschen.

Der Kuttister-Prozess.

Die Feindschaft Kuttister-Holzmann ist immer wieder Gegenstand von Auseinandersetzungen im Gerichtslokal. Da erscheint z. B. Holzmanns Schwager, Dr. Walter Krieger, derselbe, der Kuttisters Bild an den Verlag Scherl verkauft hat, und der in Holzmanns Auftrag Kuttister um Geld für seinen Schwager anging. Er will wissen, daß Holzmann bei den bedingungslosen Gefälligkeitswechseln, die der Russe ihm für Kuttister befohlen hat, schuldlos ist, und daß Alexander Kuttister der Hauptleiter der Wechselumtauschaffäre gewesen sein soll. Dagegen aber behauptet der Effektenrevisorverwalter der Steinbank, Major a. D. Werner, daß er Holzmann für einen Erpresser gehalten habe und bereit gewesen sei, ihn alle Treppen hinunterzuwerfen. Von Kuttister wisse er, daß Holzmann auch mit einer Ausweisung des Regierungsrats Barzel gedroht habe. Das gibt dem R.-L. Halpert Anlaß, den

Eventualantrag zu stellen, Barzels als Zeugen zu laden. Was dann der Sachverständige Richterreditor Bachmann feststellt, daß laut den Büchern Holzmann für seine Bemühungen um das Hanauer Lager 350000 Mark und für andere Zwecke 150000 Mark erhalten habe, erklärt Holzmann, daß er nicht mehr als einige tausend Mark bekommen hätte. Der Kassierer der Steinbank bestätigte aber, daß Holzmann öfters größere Summen bekommen habe. Da Holzmann in den letzten Tagen sehr erregt war und aus diesem Grunde fast unverständlich deutsch sprach, mußte ein Dolmetscher geladen werden. Dann marschieren Zeugen auf, die bestätigen, daß sie auf Blaus Veranlassung Gefälligkeitswechsel ausgestellt haben, von denen immer wieder gesagt wurde, daß es sich um Depotwechsel handle. Daß aber Blau wußte, daß die Wechsel in die Staatsbank gingen, erhellt aus der Aussage des Direktors Berthel, dem Blau während einer Eisenbahnfahrt gesagt haben soll: „Ich freue mich schon, wenn die ersten Wechsel von der Staatsbank eingekauft werden.“ Die Unterschriften sind gar nicht vollständig. Einen Wechsel hat ja sogar das Tipprülein unterschrieben. Nach Ansicht des Zeugen hatte aber die Staatsbank und besonders Finanzrat Rühle sämtliche Wechsel als vollwertig angesehen und erst bei der Nachprüfung hat sich dann herausgestellt, daß sie nicht ordnungsmäßig ausgestellt waren.

Um die Schönheitsreparaturen.

In Berlin wird den Hauswirten niemand nachsagen wollen, daß sie sich durch besondere Eifer auszeichnen, in ihren Mietwohnungen die nötigen Ausbesserungsarbeiten vornehmen zu lassen. Schon lange vor der Kriegszeit galt es den meisten Mietern als die Regel, daß während der Dauer des Mietverhältnisses der Hauswirt nichts machen ließ, und der menschenunwürdige Zustand so vieler Wohnungen bestätigte das. Ausnahmen gab es, aber wer als kleiner Mieter einen solchen Ausnahme-Hauswirt fand, der konnte von Glück sagen. Der Krieg und die Zeit nach ihm haben dann einen so weitgehenden Verzicht auf Ausbesserung der Häuser und Wohnungen gebracht, daß die Verwahrlosung manchmal zum vollständigen Verfall führte. Was es im Rahmen der Mietregelung schließlich zu der Vereinbarung kam, daß der Mieter bei Übernahme der sogenannten Schönheitsreparaturen einen um 4 Prozent geringeren Mietbetrag zu zahlen hat, begrüßte gewiß mancher Mieter das als einen erfreulichen Gewinn. Bei Hauswirten, die schon dauernd sich von den Ausbesserungsarbeiten zu drücken gewußt hatten, machte es wirklich keinen Unterschied, ob man den höheren Mietbetrag zahlte oder nicht. Aber die Mieter, die den geringeren Mietbetrag zahlten, merkten bald, daß die Hauswirte nun plötzlich sehr viel Verständnis für die Notwendigkeit von Ausbesserungsarbeiten zu zeigen begannen. Die Wirte traten an diese Mieter heran, fragten wühbegierig nach der Verwendung der ersparten 4 Prozent und ermittelten an die übernommene Verpflichtung, die sogenannten Schönheitsreparaturen auf eigene Kosten der Mieter ausführen zu lassen. Jetzt wußten sie es ganz genau, daß eine Wohnung nicht auf die Dauer vernachlässigt werden darf, wenn sie in einigermaßen menschenwürdigen Zustand erhalten bleiben soll. Die „vielsachen Hausbesitzer“ (wie man scherzhaft sagt) und namentlich die im Ausland wohnenden Spekulanten, die in der Inflationszeit bei uns schon die Häuser erwarben, schickten ihren Mietern durch Druck verleihtätigte Mahnbriefe zu und fordern nun ihnen die Ausbesserungsarbeiten. Ein solcher Mahnbrief, den eine Gesellschaft den Mietern ihrer in Berlin in der Elbasser und der Volbringer Straße erworbenen wohnlichen Häuser schickte, kündigt sogar an, daß sie durch eine Besichtigung der Wohnräume sich überzeugen will, ob die Mieter ihrer Verpflichtung nachgekommen sind, und in welchem Zustand sich die Wohnungen befinden. Es scheint, daß man in der nächsten Zeit einen Generalsangriff der Hauswirte auf die Mieter zu erwarten hat, bei dem ein erbitterter Kampf um die Schönheitsreparaturen entbrennen wird. Sollen die Mieter, die sich auf jene Vereinbarung eingelassen haben, jetzt etwa auch diejenigen Schäden auf ihre Kosten beseitigen, die schon seit Kriegsausbruch entstanden haben und insoweit der allgemeinen Häuserverwahrlosung sich bis zur Unreparierbarkeit verschlimmert haben? Ja, das könnte den Hauswirten so passen!

Nie wieder Krieg!

Gelegentlich der Weisener veranstaltete der Kreis Tiergarten eine Antikriegsausstellung. Zu diesem Zweck hatte er sich die ständige internationale Ausstellung von Ernst Friedrich leihweise verschafft und sie durch eigene Stücke ergänzt. In chronologischer Folge zeigt die Ausstellung Bilder von der Heimat, beginnend mit Zeitungsnachrichten, Depeschen, der Rotstempelungsbefehle bis zu den Verordnungen über Brot, Fleisch, Fett, Ei, um Karte. Dazu Photographien von der Front, die das Brutale, Menschenunwürdige, Wahnsinnige des Krieges recht eindringlich vor Augen führen, die schrecklichen Nahkampfmittel, wie ein mit Zähnen — ähnlich einer Säge — versehenes Bajonett, den mit Nägeln und Eisenstücken gepickten Totschläger. Am eindringlichsten aber wirken die Abbildungen des Schwerkriegsverletzten aus den Lazaretten, besonders die Kopf- und Gesichtsverletzungen, die eine so grausige Sprache reden, daß sie unmöglich ihre Wirkung verfehlen können. Die Ausstellung, die — wie schon anfangs bemerkt — ständig bei Ernst Friedrich, Barockstraße, gegenüber dem Stadthaus, zu sehen ist, sollte aus erzieherischen Gründen von allen positiven und sozialistischen Lehrern mit Schülern der Oberklassen, der Fortbildungsschulen sowie Schülern der höheren Lehranstalten besucht werden. Keine noch so wahre Schilderung der grausamen Wirklichkeit des Krieges kann sich messen mit der instruktiven, anschaulichen Darstellung, wie sie die Antikriegsausstellung gibt. Es ist eine alte pädagogische Erfahrung, daß unsere heranwachsende Jugend viel eher den Gewalttätigen zuneigt als dem Gedanken des Rechts, des Friedens und der Völkerverehrung und daher nationalstischen und chauvinistischen Beeinflussungen leicht unterliegt. Ihrer Phantasie schmeichelt die „Poese des Heldentodes“ und der falsche Ruhm des

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 7. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. 4.30 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Dr. P. Vaupel: Die besten Kaktusen für den Pflanzenfreund. 5.—6.30 Uhr abends: Konzert. Anschließend: Ratschläge fürs Haus. Theaterdienst. 7 Uhr abends: Einführung zu der Uebertragung von „Alt-Heidelberg“ am 8. Mai. 7.25 Uhr abends: Prof. Pandit Tarachand Roy-Lahore: Rabindranath Tagore. 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Astronomische Erdkunde. Dr. Adolf Marcuse: Einführung in die Astronomische Erdkunde (Die Entwicklung unserer Kenntnisse über Gestalt und Größe der Erde). 8.30 Uhr abends: Kammermusik von Haydn bis Schönberg. 16. Abend. Das Havemann-Quartett: Prof. Gustav Havemann, 1. Violine; Georg Kneissl, 2. Violine; Hans Mahlke, Bratsche; Adolf Steiner, Cello; Rudolf Schmidt, Flügel; Karl Reitz, Bratsche. 1. Bruckner (1824—1896): Streichquartett für zwei Violinen, zwei Bratschen und Cello, Moderato (gemäßigt) — Scherzo (schnell) — Adagio (langsam) — Finale (stark bewegt). 2. César Franck (1822—1890): Quintett F-Moll für Klavier, zwei Violinen, Bratsche und Cello. Molto moderato quasi lento — Allegro — Lento con molto sentimento — Allegro non troppo ma con fuoco. 8.30 Uhr abends: Rezitationen Else Heims. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Freitag, den 7. Mai.

3.—3.30 Uhr nachm.: O. M. Alferi u. Fr. van Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3.30—4 Uhr nachm.: Studienrat Scheffler: „Der Hochfrequenzverstärker“. 4.—4.30 Uhr nachm.: Frau Direktorin Henschke: „Probleme der Organisation“. 5.—5.30 Uhr nachm.: Dr. Max Winkel: „Fleisch“. 7.30—7.55 Uhr abends: Prof. Dr. Ginz: „Ueber Impfung (Zwiesgespräch eines Arztes mit einer besorgten Mutter)“. 7.55—8.20 Uhr abends: Dr. med. Kohlrusch: „Hygiene beim Sport“. 8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.

„Heldentums“ auf dem Felde der Ehre“. Darum — und das ist der Hauptzweck dieser Zeilen — möchte die Ausstellung, die doch vorbeugen will, in Zukunft fleißig besucht werden und — mehr als bisher — ihren Zweck an der Jugend erfüllen. Die proletarischen Vertreter im Stadtparlament sollten die Schulaufsichtsbehörde veranlassen, auf diese Ausstellung empfehlend hinzuweisen. Das wäre durchaus im Sinne der Reichsverehrung, die verlangt, daß jeder Unterricht im Interesse der Völkerverehrung zu erteilen sei.

Straßenbahnzusammenstoß in der Warschauer Straße Fünf Personen verletzt.

Ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß ereignete sich gestern abend gegen 6 Uhr an der Kreuzung Rühlensstraße und Warschauer Straße, in unmittelbarer Nähe des Stralauer Torres. Bei dem überaus starken Zusammenstoß wurden fünf Personen verletzt.

Der Führer der Straßenbahnlinie 82 überfuhr infolge Versagens der Bremse die Haltestelle. Im selben Augenblick kreuzte an der Rühlensstraße ein Straßenbahnzug der Linie 4, dem der erste Wagen mit voller Wucht in die Flanke fuhr. Der Triebwagen wie auch der Anhänger wurden aus den Schienen geworfen. Sämtliche Scheiben gingen in Trümmer. Der Insassen demütigte sich eine Panik, doch wurden glücklicherweise nur fünf Personen leicht verletzt, und zwar der Kaufmann R. Strechweit aus der Blumenstr. 41, der Expedient Kurt Hartig aus der Mirbachstr. 41, der Tischler Eugen Börsch aus der Frankfurter Allee und der Eisenbahner Willy Hagel, wohnhaft Kottbuser Damm 73, die sämtlich Kopfverletzungen und Hautabschürfungen davontrugen. Ein weiterer Fahrgast, die Ehefrau Anna Ester aus der Graefstr. 57 in Treptow, erlitt einen Knochenbruch. Die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, brachte die Verletzten nach der Rettungsstelle 9 in der Warschauer Straße, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde. Nach längerem Bemühen gelang es den Feuerwehrmannschaften, die aus den Schienen geworfenen Wagen in die Schienen zurückzubringen. Durch den Vorfall entstand eine längere Verkehrsstörung. Der Zusammenstoß ist, wie gesagt, auf das Versagen der Bremse zurückzuführen.

Wegen Beschimpfung der Republik festgenommen. Am 5. Mai gegen 10 Uhr abends wurde der 56-jährige Kaufmann Wilhelm Winter aus der Hannoverischen Straße vor dem Hause Königsstraße 83 festgenommen, weil er gegenüber Reichsbannerleuten, die sich auf dem Wege zur Protestveranstaltung auf dem Gendarmenmarkt befanden, beleidigende Äußerungen über die Republik machte. Winter wurde der Abteilung 1a zugeführt.

Die kommunistische Partei veranstaltete am Donnerstagabend fünf Kundgebungen unter dem Thema „Der Streik in England und der Arbeitermord in Rummelsburg“. Redner waren die Abgeordneten Rödel, Hörne, Hebert, Rosenbergs und Stetter. Die Versammlungen waren zum Teil nur recht schwach besucht. Dem ADGB wurde vorgeworfen, daß er es an aktiver Unterstützung des englischen Generalstreiks fehlen lasse. Man habe eine entscheidende Stunde ungenutzt verstreichen lassen. In der Flaggenfrage sei schärfster Kampf gegen die Luther-Regierung, die sich mit Staatsstreikplänen trage, geboten. An Seitenhieben gegen die SPD-Führer fehlte es nicht. In den Versammlungen wurden zwei längere Resolutionen angenommen, die sich mit den Rummelsburger Unglücksfällen und dem Streik der englischen Arbeiterchaft beschäftigten. Zu Zwischenfällen ist es, wie wir in späterer Abendstunde erfahren, bei Schluß der Versammlungen nicht gekommen.

Republikanischer Tag in Steinsberg. Der Ortsverein Steinsberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold begeht am Sonntag, den 9. Mai d. J., seine Bannerweihe. Von der Berliner Kameradschaft ist bereits starke Teilnahme angekündigt worden. Als Festredner ist Ministerpräsident a. D. Reichstagsabgeordneter Stellung gewonnen.

Der Berliner städtische Etat mit seinen fast 700 Millionen Mark steht zurzeit im Vordergrund des Interesses der Berliner Kommunalpolitik. Deshalb bringt die Rainummer der sozialistischen „Kommunalen Blätter für Groß-Berlin“ einen Auszug aus einem vom Stadterordneten Dr. R. Lohmann vor den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern Berlins gehaltenen Vortrag unter dem Titel „Der Berliner Etat“. In demselben schildert ein Kenner der städtischen Finanzen die Räte Berlins und gibt zugleich in treffender Weise ein Bild von der grundsätzlichen und tatsächlichen Kommunalpolitik der Berliner Sozialdemokratie im Roten Haus. — Der nachfolgende Artikel bringt den Schluß aus der lehrreichen Abhandlung des Stadtdirektors Dr. Alfred Korach über: „Die nächsten kommunalmedizinischen Aufgaben Berlins“.

Amundsens Polarluftschiff „Norge“ ist nach glücklicher Landung in Baflo (Nordnorwegen) nachmittags von dort entlang der Küste weiter nach Spitzbergen geflogen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der neue Dunlop-Tennisball ist auf dem besten Wege, auch in Deutschland der am häufigsten bevorzugte Tennisball zu werden. Nachdem die Reichsmeisterschaften in Garmisch und Wiesbaden ausgetragen wurden und die beiden großen Tennis-Rings sowie die Turnvereine der internationalen Spiele in Wien und das Organisationskomitee der Schweizerischen Hochschulsportler sich für diesen Ball entschieden, wird auch das Vinnaturnier des Berliner Tennisclubs Tennisclub Garmisch — um nur einige der vielen zu nennen — damit gefestigt werden. Die Herstellung des Dunlop-Tennisballs ist sehr instruktiv in der Souvenier-Verkaufsstelle des Dunlop-Tennisclubs, Garmisch a. R. (Dunlop-Str. 22, 4.) erhältlich.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachtr. verb.) Etwas kühler, wieder stärkere Bewölkung und Neigung zu leichten Niederschlägen. — Für Deutschland: Auch im Südosten zunehmende Bewölkung und vielfach leichte Niederschläge.

Keine Umwege!

Unentbehrlich für Kraft- und Radfahrer, Wanderer u. Reisverkeher. 54 Karten, fünfjährig. Maßstab 1:300.000, pro Karte 75 Pfennig.

Continental
Straßenkarte

so zuverlässig wie Continental-Reifen!

Ehrlich in jeder Buch- und Schreibwarenhandlung, ferner in jeder Auto- und Fahrradhandlung. Herausgeber: Continental-Casoukhou- und Gutta-Percha-Co., Hannover.

Fortschrittliche Krankenhauspflege.

Die Gesundheitsdeputation des Berliner Verwaltungsbezirks Kreuzberg hat sich gegenwärtig mit einer bedeutungsvollen Personalfrage zu beschäftigen: Die Stelle des ärztlichen Direktors der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses im Urban ist neu zu besetzen. Eine Angelegenheit, die die Gesamtbevölkerung des Bezirks zu beschäftigen hat, da jedermann von den persönlichen Eigenschaften, von der Berufsauffassung, von der allgemeinen sozialen Einstellung des ärztlichen Krankenhausleiters unmittelbar berührt werden kann. Durch die Reichsgesundheitswoche und die am 8. d. M. zu eröffnende große Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen (So-So-Wei) in Düsseldorf ist das öffentliche Interesse für Gesundheitspflege gegenwärtig stark angeregt.

Es heißt nun in der öffentlichen Ausschreibung des leitenden Postens für das Städtische Krankenhaus im Urban: Besucht werde ein erfahrener innerer Kliniker von wissenschaftlicher Bedeutung, der imstande ist, eine größere Innere Abteilung nach den Anforderungen der modernen Medizin zu leiten, ihren wissenschaftlichen Ruhm auf der Höhe zu halten und daneben mit den sozial-hygienischen Anforderungen der offenen Fürsorge vertraut ist. Die Deputation wird aber auch, daran ist bei ihrer Zusammenkunft gar nicht zu zweifeln, darauf achten, daß für diesen Posten in einem Krankenhaus, das überwiegend, wo nicht ausschließlich von Leidenden der arbeitenden Stände besetzt ist, eine Persönlichkeit gewählt werde, die nicht an dem in ärztlichen Kreisen heute leider nur zu oft überraschenderweise anzutreffenden Mangel an sozialpolitischem Verständnis und sozialem Gefühl krankt. Ein Mangel, den wir in erster Linie mit darauf zurückführen müssen, daß die wissenschaftliche Ausbildung der Mediziner sich ausschließlich auf die medizinische Wissenschaft beschränkt und daß der junge Mediziner zu wenig mit dem Ziel der Sozialpolitik gesalbt ist, wenn er von der Brust der Alma mater in das praktische Leben hinausgelassen wird.

Besonders bemerkenswert, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheinen uns die Ausführungen des außerordentlichen Universitätsprofessors Dr. Paul Lazarus (dirigierender Arzt des St. Marien-Krankenhauses in Berlin) im „Jahrbuch der Bodenreform“ (18. Band 2. Heft), worin auf die tiefen Zusammenhänge zwischen Volkshygiene und allgemeiner Bevölkerungspolitik, insbesondere auch Volkswirtschaft, und ganz besonders zwischen Volksgesundheitspflege und Aufgaben des Städtebaues, der sozialen Siedlungs- und Wohnungspolitik hingewiesen ist. Im Hinblick auf die bedeutungsvolle Entscheidung, die der Bezirk Kreuzberg zu fällen haben wird, nehmen wir Gelegenheit, uns mit Professor Lazarus über die Aufgaben eines Krankenhausleiters zu unterhalten, und geben wir im folgenden einige seiner wertvollen Anregungen in freier Fassung wieder:

Das wichtigste in der Krankenpflege ist Liebe und Sorgsamkeit des Pflegepersonals für den Kranken. Der Leiter des Krankenhauses muß es sich angelegen sein lassen, sein Krankenpflegepersonal mit echter Humanität zu durchdringen: Wird der Kranke in ein Krankenhaus eingeliefert, so darf er nicht anteilnahmslos wie ein Fremder in irgendein Bett gesetzt und nunmehr bis zur nächsten Visite des Arztes seinem Schicksal überlassen bleiben, sondern er muß das Gefühl haben, daß man sich sofort für sein Schicksal wie für das eines Familienangehörigen interessiert. Bei fester Mitternacht muß sein Bett angewärmt sein, und es muß Vorkehrung getroffen werden, daß ihm auf jeden Fall sofort eine, gegen keinerlei etwa notwendige Diät verstoßende Erwidung gereicht werde. Pflegerinnen müssen sich logisch um den Kranken bemühen und ihm alle möglichen Erleichterungen und Bequemlichkeiten schaffen. Der Besuch des Arztes ist nach Möglichkeit zu beschleunigen. All dies ist erforderlich, um den Lebenswillen des Kranken zu erhalten bzw. zu stärken, eines der wichtigsten Momente bei jedem Krankheitsverlauf! Das Unpersönliche in der Krankenhausbehandlung, das die Kranken gewöhnlich stark niederdrückt, muß durch warme Anteilnahme des Pflegepersonals überwunden werden. Auch der Arzt muß hinterreichendes soziales Verständnis und menschliches Einfühlungsvermögen haben, um sich in die soziale Lage des Kranken hineinfinden zu können; denn jeder Krankheitsfall erklärt sich zu einem guten Teil in seiner Besonderheit aus den sozialen Begleitumständen. Der Kranke leidet z. B. an Schlaflosigkeit. Sie ist nicht einfach zu beheben durch Verabreichung eines Betäubungsmittels. Sie entsteht aus Sorgen des Kranken irgend welcher Art. Hier muß der Arzt zum Sozialberater werden, um dem Kranken den für die Heilung der Krankheit außerordentlich wichtigen Schlaf zu ermöglichen. Es zeigt sich, wie eng soziale Not und Krankheit auch im einzelnen Fall miteinander verbunden sind und wie wichtig es ist, daß einer ärztlichen Krankenhausleitung Pflegepersonal und Assistenzärzte zur Verfügung stehen, die von diesen Zusammenhängen etwas wissen und davon durchdrungen sind, daß auf diesem Wege der Heilung praktische Erfolge erblühen. In schweren Krisen während des Krankheitsverlaufes kann nur ununterbrochene Hilfsbereitschaft des Pflegepersonals das kostbare Leben retten; und auch hier kommt es auf die Stärke des Willens zum Leben beim Kranken an. Dieser Lebenswille aber erfährt, wenn der Kranke in schweren Stunden

kühl seinem Schicksal überlassen bleibt. Ein Krankenhaus muß von aufopfernder Menschenliebe durchpulst sein. Der Dienst des Arztes am Kranken erschöpft sich nicht innerhalb der Mauern des Krankenhauses. Seine sorgende Anteilnahme am Gescheh der seiner Obhut sich anvertrauenden Kranken muß auch die Verknüpfung ihrer Lebensäden draußen im Wirtschaftsstrom verfolgen, und so — wenn auch nur in vereinzelten Fällen — wird es ihm möglich sein, dem Kranken durch persönliche Fühlungnahme mit seinem Arbeitgeber Erleichterungen zu verschaffen, durch welche sich sein Leben draußen ein wenig erfreulicher gestalten kann. Leitern eines Krankenhauses muß sein die Humanität! —

Die Deputation für Gesundheitswesen des Verwaltungsbezirks Kreuzberg, an deren Spitze unser Genosse Bürgermeister i. V. Bruns steht, wird sicher die vorliegenden zahlreichen Bewerbungen auch danach prüfen und ihre Entscheidung nicht unbeeinträchtigt lassen davon, inwieweit sie solchen Teilgeboten gerecht werden.

Tuberkulose und Wohnungsbau.

Unter der heutigen Wohnungsnot leiden ganz besonders schwer solche Familien, in denen Tuberkulose herrscht. Die Kranken sicken dahin, weil die Schäden der Wohnung ihren körperlichen Zustand aus das Schlimmste beeinträchtigen. Die gesunden Familienmitglieder werden von den kranken Mitbewohnern angesteckt, weil es ihnen unmöglich ist, sich in den engen Räumen vor den bazillenstreuenden Familienmitgliedern genügend zu schützen. Es ist deshalb notwendig, daß bei dem Bau und der Zuweisung von neuen Wohnungen auf die Interessen der tuberkulösen Menschen und derjenigen gesunden Menschen, die von den Tuberkulösen mit Ansteckung bedroht werden, besondere Rücksicht genommen wird. In Berlin ist leider auf diesem Gebiete so gut wie gar nichts bisher geschehen. Anders liegen die Verhältnisse in Wien, wo man aus städtischen Mitteln trag großer finanzieller Schwierigkeiten sehr gute Wohnstätten errichtet hat, die teilweise tuberkulösen und tuberkulosebedrohten Familien zur Verfügung gestellt werden. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von reichdeutschen Städten, wo man auf diesem Gebiete recht erprobte Arbeit geleistet hat. In Dresden, Nürnberg, Karlsruhe, Bielefeld und Bunzlau hat man besondere Wohnungen für Tuberkulöse errichtet. In Chemnitz ist eine Vorstadt für lungentranke Kriegsschadigte erbaut worden, die aus 11 Wohnungen verschiedener Größe besteht und durchweg mit besonders großen Fenstern versehen ist. Jede solche Wohnung hat auch ein besonderes Krankenzimmer mit Veranda und einem Hausgarten.

In besonders verdienstlicher Weise ist die Stadt Gelsenkirchen vorgegangen. Sie hat besondere „Fürsorgewohnungen“ gebaut, die für die kranken Familien, in denen Tuberkuloseerkrankungen vorliegen, vorbehalten sind. Es wurden zwei große Baublocks errichtet mit 40 Einfamilienhäusern und 8 zweistöckigen Häusern. Im ganzen sind 72 Wohnungen neu geschaffen worden. Die Einfamilienhäuser besitzen an ihrer Hinterrückwand geräumige, bedeckte Liegehallen, die für die Kranken bestimmt sind. Die Stockwerkwohnungen verfügen ebenfalls über geräumige Loggien, die als Freiluft-Liegeplätze gut geeignet sind. Aber auch die Dächer der Häuser haben eine solche Bestimmung erhalten, daß sie für Luft- und Sonnenbäder zweckdienlich benutzt werden können. Bei der Verteilung der Wohnungen wird das Gelsenkirchener Stadtegesundheitsamt in einschneidender Weise mit. Alles in allem: — ein für Berlin nachahmenswertes Beispiel!

Dr. med. Alfred Korach.

Mehr Grünanlagen im Alt-Berliner Osten.

Wir haben schon mehrfach auf den Zustand hingewiesen, in dem sich die Grünanlagen im Arbeiterort des Berliner Ostens, im Bezirk Friedrichshain, befinden. Hier muß unbedingt energischer Wandel geschaffen werden; gerade dieser dichtbevölkerte und von der Tuberkulose stark heimgegriffene Bezirk verlangt Licht und Luft. Aber der Osten ist schon von jeher stiefmütterlich behandelt worden. Plätze, wie die am Ostbahnhof und am Silesischen Bahnhof mit ihrer Trostlosigkeit in Aussehen und Form spotten allen Begriffen städtebaulicher Kultur. Auch kleinere Flächen, wie der Helsingforsker Platz an der Warschauer Brücke, der Komtureiplatz an der Königsberger Straße und die Weberwiese bedürfen dringend der Umgestaltung, und die Auffrischung der Anlagen auf dem Rüstener Platz und dem Stralauer Platz würden das Straßenbild bedeutend verbessern. Ferner besitzt der Osten zwei große Verkehrsstraßen, die Frankfurter Allee und der Strahlenzug Warschauer und Petersburger Straße. Die Promenade in der Mitte dieser Straßen ist trostlos verlandet und bietet nur dem Wind freie Bahn zur Staubentwiddung, an der es auch sonst im Osten nicht mangelt. Auch hier könnte die Anlage von Grünstreifen Abhilfe schaffen. Hier könnte weitere Arbeit für unsere Erwerbslosen geschaffen werden. Kleinere Arbeiten zur Regulierung der Schulhöfe, zur Neupflanzung der Bäume in Stralau und zu Erneuerungen

im Friedrichshain dürften gleichfalls keine großen Schwierigkeiten machen, aber immerhin einigen Menschen Lohn und Brot geben. Nach einem Antrag des Haushaltsausschusses der Bezirksversammlung Friedrichshain soll fernerhin der äußerste Zipfel von Alt-Stralau, der Schwanenberg, zu einem Volkspark umgestaltet werden. Das ist ein durchaus begrüßenswerter Beschluß, der vor allem den Müttern und kleineren Kindern dieses Teils des Bezirks im Sommer eine herrliche Ausflugsstätte schaffen kann. Es ist nur zu wünschen, daß auch hier notwendige Arbeiten recht bald in Angriff genommen werden. Vom Magistrat aber muß verlangt werden, daß er das gute Wollen in der Arbeit des Bezirks, das unbedingt Anerkennung fordert, durch tatkräftige Förderung besonders in finanzieller Hinsicht unterstützt.

Berlin und die Landwirtschaft.

Die Berliner als Viehzüchter.

Daß die Stadt Berlin eine der größten Grundbesitzerinnen, vielleicht sogar die größte ist, dürfte den wenigsten Berlinern bekannt sein. Die Stadt verfügt allein über 45 000 Hektar mit einer landwirtschaftlichen Bodenschicht von 23 581 Hektar. Dazu kommt ein Waldgebiet von 21 173 Hektar. Diese Wälder und Felder liegen in weitem Umkreise um die Riesentadt. Aber auch an der Peripherie der Stadt, selbst bis weit hinein nach dem Zentrum wird in gewissem Sinne landwirtschaftliche Kultur getrieben. Die 80 000 Kleingärtner legen Zeugnis dafür ab, wie groß die Liebe des Großstädtlers für die eigene Scholle ist.

Die Kleingärtner sind es auch, die für die Aufzucht der großen Mengen von Kleinvieh hauptsächlich in Betracht kommen. Außer der liebevollen Bearbeitung des dürrigen märkischen Bodens züchten sie teils als Liebhaber, teils aus Nützlichkeitsgründen allerhand Kleinvieh, namentlich Ferkelvieh. So wurden bei der letzten Viehzählung Ende des Jahres 1925 insgesamt 64 985 Viehhaltende Haushaltungen festgestellt. Gegenüber Dezember 1922 bedeutet das freilich einen Rückgang von nahezu einem Viertel (24,3 Proz.). An Rindvieh hat die Zählung 23 215 Stück ergeben, ein Mehr gegen das Vorjahr um 3000 Stück. Die Zahl der Milchkuhe insbesondere ist sogar um 3421 Stück oder um 13,7 Proz. gestiegen. Hier wird es sich natürlich nicht um Kleingärtner, sondern um Kollererien handeln. Die Zahl der Schafe dagegen ist um fast ein Viertel, von 5258 auf 4005, zurückgegangen. In der Schafzucht marschiert Panow an der Spitze. Auch das edle Vorkentler hat erhebliche Verluste zu beklagen. Die Zahl der Schweine betrug 20 913, das sind 3515 weniger als im Vorjahre. Im einzelnen hat der Bezirk Weihensee eine größere Zunahme zu verzeichnen, was zum Teil auf eine größere Schweinehaltung auf den städtischen Gütern zurückzuführen ist. Dabei muß aber bemerkt werden, daß hier, wie bei allen Vieharten die auf den Schlacht- und Viehhöfen befindlichen Tiere unberücksichtigt geblieben sind. Auf den städtischen Gütern werden etwa 5000 Vorkentler in musterhaften Ställen verpflegt, bis sie das für ihren Opfertod vorgeschriebene Gewicht erreicht haben. Dann werden sie dem Schlachthaus auf dem Gut Hohenschönfeld zugeführt. Hier müssen allwöchentlich neben 120 Schweinen auch 50 Rinder und 60—100 Hammel ihr Leben lassen. Die in der Krieges- und Inflationszeit hohen Bestände an Ziegen sind stark zurückgegangen. Immerhin wurden im Dezember 1925 noch rund 22 000 gezählt, über 11 000 weniger als im Vorjahre. Während der entsetzlichen Milchknappheit, die für Berlin jahrelang währte, suchten viele linderreiche Familien ihre Hilfe bei der Zucht. In noch höherem Maße ist die Zahl der Kaninchen zurückgegangen, nämlich von 138 214 Ende 1921 auf 69 912 im Dezember 1925. Der „Stallhof“ hat in den schweren Zeiten des Fleischmangels manchen Braten geliefert. Rein das Federvieh. An Hühnern (einschließlich Truthühnern), Gänzen und Enten wurden 570 455 Stück festgestellt, gegen das Vorjahr eine Abnahme von 11 395 Stück. An der Spitze marschiert Lichtenberg mit 82 652 Stück; hier haben Mästerlein und Händler erhebliche Bestände untergebracht. Interessant ist, zu erfahren, daß in Berlin 3075 Bienenvölker vorhanden, und daß diese in der Zunahme begriffen sind. Gegen die letzte Zählung wurde eine Zunahme von 339 der honigführenden Völkchen festgestellt. Hier hält Spandau die Spitze mit 514; es folgen Lichtenberg und Zehlendorf. Aber auch Alt-Berlin beherrscht 93 Bienenvölker. Der Vollständigkeit halber mag auch noch der Bienenbestand angegeben werden. Obwohl in den letzten Jahren in Berlin der Autotrieb in ganz großem Ausmaß zugenommen hat, zählte man dennoch nicht weniger denn 45916 Pferde, eine Zunahme von 1273 gegen das Vorjahr.

Neue Tennisplätze im Friedrichshain. Einem vielseitigen Wunsch der Bevölkerung entgegenkommend, hat das Bezirksamt Friedrichshain auf dem Sportgelände im Neuen Hain des Friedrichshains zwei Tennisplätze geschaffen, die durch ihre moderne Einrichtung und günstige Lage ein beliebter Treffpunkt aller Tennisportler des Nordostens zu werden versprochen. Die diesjährige Spielzeit ist am 3. Mal eröffnet worden. Die Spielstunden werden stundenweise oder im Monats- oder Saison-

ÜBER 250 000 PAAR SALAMANDER-SCHUHE

UNSERE MONATL. ARBEITSLISTUNG.

Diese Zahl dokumentiert die Leistungsfähigkeit der Salamander-Schuhfabriken.



Salamander-Schuhe

sind schön, gut und preiswert schon in den Preislagern

12⁵⁰

14⁵⁰

16⁵⁰

SALAMANDER



abonnent durch das Jugendamt, Abteilung Jugendpflege, Parfusstr. 49, vergeben. Vereine erhalten bei Saisonkarten besondere Ermäßigung.

Aus den Bezirken.

2. Kreis — Tiergarten.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung gab das Bezirksamt zunächst eine Erklärung ab, die auf Befehl des durch das Unglück im Hause Kirchstraße 9 Betroffenen Bezug nahm. Das Bezirksamt erklärte, daß alles Mögliche getan sei, um berechnete Ansprüche zu befriedigen, und lediglich solche Ansprüche abgewiesen seien, die in keinem Verhältnis zu dem erlittenen Schaden standen. Ferner erklärte das Bezirksamt, daß bei dem neu zu eröffnenden Markt in der Claudiusstraße Vorsorge getroffen sei, daß die Anwohner nicht durch Gerüche und Schmutz belästigt werden. Abdom folgte der Bericht des Ausschusses, der sich mit Missetänden im Krankenhaus Roabit beschäftigt hatte. Der Beschluß, den die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses gefaßt hat, verdient im Wortlaut wiedergegeben zu werden: „Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß ein Verschulden einzelner Personen an den Missetänden im Krankenhaus Roabit nicht festgestellt werden kann und daß ein Verderben von Lebensmitteln aus ähnlichen Anlässen nicht wieder vorkommen wird.“ Mehr Widersprüche in einen Satz zu fassen, war auch nicht gut möglich. Aber noch origineller als der Beschluß war die Art der Berichtserstattung durch den Bezirksverordneten Kulle. Statt eines Berichtes ließ er eine flammende Verteidigungsrede für den Verwaltungsdirektor des Krankenhauses los. Während schilderte er, daß das Direktors Frau gestorben sei, und leitete aus diesem gewiß sehr bedauerlichen Umstande her, daß er an den vorgekommenen Missetänden unschuldig sei. Genossin Frankenthal unterzog diese Art der Berichtserstattung der entsprechenden Würdigung und warnte vor der Annahme des Ausschussesbeschlusses. Die Deutschnationalen stellten daraufhin fest, daß die Rednerin einen Sublopp trage und daß wir einen „Reinfall“ erlitten hätten. Gegen diese erschütternden Argumente ließ sich natürlich nichts weiter anführen, und wir wollten gern zugeben, daß wir im Bezirk Tiergarten noch ebensoviele Reinfälle erleben werden, wie wir im Kampf gegen die reaktionäre Mehrheit für Recht und Gerechtigkeit einreten werden. Abdom berichtete Genosse Schlegel über den Haushaltsauschuss. Der Etat ist in so wichtigen Punkten gekürzt worden, daß versucht werden soll, beim Magistrat die Wiedereinstellung einiger besonders wichtiger Ausgaben erneut zu beantragen. Die in allen Bezirken gestellten kommunikativen Anträge wurden dem Haushaltsauschuss überwiesen.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der Bezirksversammlung Kreuzberg wurden die neu- oder wiedergewählten und beurlaubten Stadträte, die der Oberpräsident endlich bestätigt hat, in ihr Amt eingeführt. (Wir haben hierüber schon im Morgenblatt vom Donnerstag berichtet.) Zur Kenntnisnahme legte das Bezirksamt eine Uebersicht über die vom Magistrat für nötig gehaltenen Ausgabeerhöhungen des Bezirkshaushaltsplans vor. Hierzu forderte ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, daß Wiedereinstellung der gestrichelten Beiträge angestrebt wird. Beschlossen wurde, daß der Haushaltsauschuss scheinbar Stellung nehmen soll. Eine Anfrage der Kommunisten rügte die Zustände in der Straße Am Tempelhofer Berg, die von Bewohnern der Gegend als Gerümpelabladestelle benutzt wird, aber von der Straßenreinigung ausgeschlossen bleibt. Stadtrat Brandt erwiderte, daß über diese Dinge schon seit Jahrzehnten geklagt wird. Die Straße gilt immer noch als „privater Weg“, aber die Anlieger entziehen sich der ihnen durch grundbuchliche Eintragung auferlegten Straßenreinigungspflicht oder verweigern bei Uebernahme durch die städtische Straßenreinigung die Erstattung der Kosten. Ein Dringlichkeitsantrag der Bürgerlichen Vereinigung empfahl, das Bezirksamt möge beim Magistrat vorstellig werden, daß der Kummelpfad an der Schillingbrücke endlich ausgehoben wird. Stadtrat Dittmer hielt den Antragstellern entgegen, daß leider die privaten Grundbesitzer durch Vermietung unbedauer Grundstücke an gut zahlende Kummelpfadunternehmer diese Zustände begünstigen. Versuche des Bezirksamts, Kummelpfade in Spielplätze umzuwandeln, sind an übertriebene Bauforderungen der Grundbesitzer gescheitert. Stadtrat Bruns stellte fest, daß auch die Polizei nicht die Macht zur Beseitigung der Kummelpfade hat und höchstens auf Befreiung ärgerer Auswüchse dringen kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Auch im 9. Verwaltungsbezirk nimmt die Sorge für die große wirtschaftliche Not, in die weite Bevölkerung durch die nicht enden wollende Wirtschaftskrise geraten sind, viel Zeit der „Bezirksämter“ in Anspruch. — Um die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gewährung von Freibädern an die Erwerbslosen wirklich zu einer brauchbaren und nützbaren Einrichtung auszugestalten, wurde auf den Antrag unserer Parteigenossen beschlossen, für kostenfreie Abgabe von Seife und Badewäsche bei diesen Bädern zu sorgen. Ferner wurde unserem Antrage stattgegeben, wonach das Bezirksamt durch Zurverfügungstellen von Räumen und Mitteln die Ausbesserung der Kleider und des Schuhwerks von Erwerbslosen durch beruflich fähige Erwerbslose ermöglichen soll. — Der in Wilmersdorf bestehende Montessori-Kindergarten hat zum diesjährigen Ostertermin eine Anzahl Kinder der Schulpflicht zuzuführen. Es ist der Wunsch der Eltern und Montessori-Freunde, durch Errichtung einer Montessori-Grundklasse die Möglichkeit zu bieten, diese nach den Ideen der hervorragenden Pädagogin und Pädagogin vorgebildeten Kinder weiter im Geiste dieser pädagogischen Richtung zu erziehen. Darum haben sich unsere Genossen in der Schuldeputation — leider erfolglos — bemüht, die inzwischen errichtete Montessori-Grundklasse einer Grundschule anzuschließen. Unser neuerlicher Antrag in der Bezirksversammlung, das Bezirksamt möge auf eine nachträgliche Angliederung dieser Versuchsklasse — sie ist nunmehr eine Familienschule — an eine Grundschule hinwirken, war zu unserer Genugtuung von Erfolg begleitet. — Den vorjährigen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung zufolge soll — wie in anderen Verwaltungsbezirken — auch in Wilmersdorf die Einführung der täglichen Turnstunde angestrebt werden. Zu diesem Zwecke wird gemäß dem Beschluß der Bezirksversammlung zunächst versuchsweise vom 1. April 1926 ab an einer Knabenvolks- und höheren Schule die tägliche Turnstunde eingeführt werden. — Bei der Besprechung der Umbenennung von Straßennamen endlich, die durch die vielen Doppelbezeichnungen notwendig geworden ist, wurde den Rechtspartheien auf ihre Anzapfung bezüglich der wenigen neuen, nun endlich einmal den Charakter Berlins als Hauptstadt der deutschen Republik Rechnung tragenden Plätze- und Straßennamen

bezeichnungen eine derbe Zurechtweisung von unserer Seite zuteil — hinsichtlich des in so vielen Berliner Straßennamen zum Ausdruck kommenden Byzantinismus, der nunmehr einer zeitgemäßen Auflassung zu weichen habe.

10. Bezirk — Zehlendorf.

Die letzte Bezirksversammlung Zehlendorf tagte am 28. April. Als neues Mitglied wurde Gen. Schnorre für den zum unbedeutenden Stadtrat gewählten Gen. Holz eingeführt. Ueber einen früher von der SPD. gestellten Antrag, die Stromgebühren für Wannsee herabzusetzen, lag der Bericht des dazu gewählten Ausschusses vor. Wannsee muß bekanntlich für die Kilowattstunde 50 Pfennig an das Potsdamer Elektrizitätswerk abführen, ein unerhört hoher Preis gegenüber Berlin. Der nächste Punkt: Bericht des in der letzten Sitzung gewählten Verkehrs-ausschusses, wurde von der Tagesordnung abgesetzt und zwecks einer eingehenden Prüfung an die Baudeputation zurückverwiesen. Dann folgten verschiedene Wahlen zum Finanzamt. Bezirksverordnete Genossin Drescher wurde in den Verwaltungsausschuss des Jugendamtes gewählt; in den Schwesternauschuss Genossin Trojan. Die folgende Angelegenheit: Ausweisung des Schlossparkes Klein-Glienide und der östlich angrenzenden Waldflächen als Freizeitanlagen, wurde nach vorausgegangener Debatte an die Baudeputation zurückverwiesen.

13. Bezirk — Tempelhof.

Die letzte Bezirksversammlung bot äußerlich ein ziemlich trübes Bild der Interessiertheit seitens der Bevölkerung: 4 Berichterstatter, 3 Zuhörer. Zunächst wurden Erziehungler erledigt. Dann beantwortete Stadtbaurat Bräuning folgende von uns gestellte Anfrage: „Hat das Bezirksamt die Absicht, Räume in einem städtischen Gebäude, die von jeher als Wohnräume benutzt worden sind, zu Bureauzwecken zu verwenden, ohne, wie es die gesetzlichen Bestimmungen vorschreiben, gleichwertigen Ersatzraum zu schaffen? — Besteht insbesondere die Absicht, in diesen Räumen das Wohnungsamtsamt unterzubringen?“

Der Stadtbaurat hielt die Kritik unserer Genossin Kirchner in ihrer Begründung der Anfrage für berechtigt. Er konnte sich aber dahinter verschanzten, daß die Genehmigung vom Oberpräsidium bereits erfolgt sei — da hat sich also die Wohnungskommission drei Jahre lang bemüht, diese Wohnung für den Wochtagelassen der im Hause befindlichen Feuerwache frei zu bekommen. Jetzt, wo die Wohnung frei ist, wird sie ohne Rücksicht auf die Schlagfertigkeit der Feuerwehr für Bureauzwecke beschlagnahmt. — Eine lange Debatte entstand über den Antrag der Tempelhofer Elektrizitätslieferungsgesellschaft auf Genehmigung eines neuen Tarifs. Unsere Genossen lehnten das ab, weil die Gesellschaft bisher ihre Vertragspflichten verlehrt, ferner sich weigert, für Kleinabnehmer bessere Bedingungen zu schaffen, weil sie mit den hohen Beiträgen der Kleinabnehmer die Werkkosten für die Großabnehmer deckt und endlich, weil die Annahme des neuen Vertrages eine Verteuerung des Wertes bei dessen Uebernahme in städtische Regie bedeutete. Die bürgerliche Mehrheit ließ die Interessen der Kleinabnehmer außer acht und stimmte für Annahme. — Die durch unsere Genossen seinerzeit beantragte Spelung der jugendlichen Erwerbslosen wurde eingeleitet. Für die nächsten zwei Monate wurden 1200 M. bewilligt. Aufschwung vom kommenden Untergrundbahnhof „Tempelhof-Südring“ sang durch die Vorgänge, die Vorgärten in der Berliner Straße bis zur Dorflstraße zu beseitigen, um eine Neuregelung vorzunehmen. Genosse Müller setzte sich dafür ein, den Gastwirten, die durch diese Regelung Schaden erleiden, auf Widerruf künstliche Vorgärten zu gestatten. Unsere Vorgärten, den Angestellten und Arbeitern Freizeit zur Reisezeit ohne Lohn- und Urlaubsfürsorge zu gewähren, wurde abgelehnt. Zwei Anträge der bürgerlichen Fraktion, die Straßenreinigung und Straßenschilderung auf dem Feld betreffend, wurden beantwortet, und dann folgte eine geheime Sitzung.

19. Bezirk — Panitzsch.

Die gestrige Bezirksversammlung erledigte keinen einzigen Punkt von der reichlich langen Tagesordnung, trotzdem sie mit dem ausdrücklichen Vermerk einberufen worden war, daß zu dem ersten 12 Punkten die Versammlung auf jeden Fall beschlußfähig ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab unser Genosse Jüttner eine Erklärung ab, daß dem Bürgermeister Dr. Reihner durch sein Verhalten in der Steuerhinterziehungsangelegenheit des Stadtrats Fenten die Fraktion der SPD. die stärkste Mißbilligung ausgesprochen wird. Durch die sofortige Antwort des Herrn Bürgermeisters war die sachliche Debatte eröffnet, die sich bis gegen 11 Uhr hinzog. In unaufhörlicher Reihe troten die Redner der Linken an und ließen ihre Geißelhebe auf den wieder anwesenden Stadtrat Fenten und den Bürgermeister Dr. Reihner niederfallen. Während der Bürgermeister zunächst auf jeden einzelnen Redner antwortete, verhielt sich die Rechte vollkommen passiv und sorgte nur gelegentlich durch Zwischenrufe für neue Belebung der Debatte. Den Reigen eröffnete Genosse Götz, der noch einmal der Versammlung das Material des Fentenstandards unterbreitete. Er beschäftigte sich besonders mit dem Bericht Fentens an den Bürgermeister über die Benutzung der Baupolizeien auch für private Gutachten, wozu der Bürgermeister feststellte, daß er nur die Erlaubnis zur Benutzung der Baupolizeien gegeben hat; dann kamen einige Kommunisten zum Wort. — Genosse Mühlmann ließ sich von dem Bürgermeister bestätigen, daß eine Besprechung mit Stadtrat Fenten in Gegenwart anderer Mitglieder des Bezirksamts, mit Ausschluß der Sozialdemokraten, stattgefunden hat. Der Stadtverordnete Faust (Dnat.) unterstellte unseren Genossen eine bewusste Lüge, da er vom Montag gesprochen habe, die Zusammenkunft aber an einem anderen Tage stattfand. Nun kam Genosse Kubig zum Wort, der in einer 14stündigen Rede den Mitgliedern des Bezirksamtes und der Versammlung einen Spiegel vorhielt, in dem die einzelnen Heiden ihr Bild erkennen konnten. Zunächst wies er darauf hin, daß Fenten angege-

ben hat, daß sein Parteifreund Dr. Stein ihm die Erlaubnis des Bezirksamtes zur Ausübung der nebenamtlichen Tätigkeit gegeben habe. Dr. Stein war Steuer- und Personalbeamter. Er hatte aber niemals das Recht, Fenten diese Erlaubnis zu geben. Redner vertritt die Auffassung, daß diese Erteilung von Fenten fingiert ist, da Dr. Stein als erfahrener Beamter wußte, daß er dieses Recht nicht erteilen konnte. Wenn Dr. Reihner diesen Dingen nicht nachgehen will, so ist es an der Zeit, daß eine höhere Behörde diese Angelegenheit in die Hand nimmt. Redner mendei sich nun den Vertretern der bürgerlichen Fraktionen zu. Die Deutschnationalen Ordnungspartei sagt in einem Flugblatt: Wir wollen Wahrheit und Klarheit, Ordnung, Sauberkeit und Ruhe! und stützt den Steuerhinterzieher Fenten. Der Lehrer Biernat (D. Sp.) sagt der Sozialdemokratie den Kampf bis aufs Messer an. Seine Partei rühmt sich, daß „Bürgermeister Kubig nicht mehr die Geschicke Panfows leitet, verbannt ihr in erster Beziehung die Deutsche Volkspartei.“ Das Flugblatt sagt dann: „Wählt keine Partei, die euch mehr versprochen hat, als sie halten konnte.“ Die Wähler zogen den richtigen Schluß, die Fraktion Biernat ist drei Mann stark eingezogen. Redner fragt, mit welchem Recht diese Beamten und Lehrer in der Bezirksversammlung so auftreten können. Was haben sie dazu beigetragen, ein solches Mandat ausüben zu können? Wo waren sie, als die Sozialdemokratie den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht führte? Sie sind auf den Rücken der Sozialdemokratie in diese Parlamente eingezogen, lassen sich die Freiheit zur Ausübung ihres Mandates gern gewähren, bekämpfen aber mit den schmutzigsten Mitteln die Macht, die ihnen dieses Recht gab. Unser Genosse spricht die Gewißheit aus, daß eine Zeit kommen wird, wo Beamte und Lehrer in überwiegender Zahl selbstverständlich der großen Kulturbewegung der Sozialdemokratie angehören werden. Bezirksverordneter Steber erklärte, als er auf seine bekannte Beamtenfreundlichkeit hingewiesen wurde, die Wirtschaftspartei tritt für eine erstklassige Beamtenchaft ein. Was morsch und nicht klar ist, muß beseitigt werden. Mit dieser Auffassung stellt sich Steber und ein Parteifreund hinter den erstklassigen Beamten Fenten. Genosse Kubig schließt mit der Aufforderung an Bürgermeister Dr. Reihner, sich zu entscheiden. Will er die Arbeitsfähigkeit der Bezirksversammlung wieder herstellen, so muß er seinen Tisch machen mit Stadtrat Fenten. Er darf nicht glauben, daß er mit dem § 18 des Gesetzes vom 27. April 1920 regieren könnte. Gegen 11 Uhr gab der Vorsteher die geschäftlichen Mitteilungen bekannt. Bei der Vertagung der Zukunft des Bezirksamtes an die Versammlung wegen der Einsetzung der von der Bezirksversammlung gestrichlenen Summe für die Diakonie setzte über dieses mißfällige Verfahren des Bürgermeisters Dr. Reihner ein solcher Tumult ein, daß der Vorsteher die Versammlung schloß.

Ein Verkehrsausschuss im Westen.

In der Stadtbeilage Nr. 201 des „Vorwärts“ wurde darauf hingewiesen, daß der „Steglicher Anzeiger“ freudbefriedigend verkündet hat, in Zehlendorf habe sich ein Verkehrsausschuss gebildet, der mit benachbarten Bezirken die „berechtigten Interessen“ gemeinsam wahrnehmen werde. Die Mehrheit des Bezirksamts Stegling und sein Organ wünschen wohl, daß diese von ihnen in die Welt gesetzte Neuheit wahr wäre, um im Trüben besser fischen zu können. Damit nun der „Steglicher Anzeiger“ erfährt, was in Zehlendorf vorgeht, sei folgendes festgesetzt: Der Verkehrsausschuss besteht zwar, aber nur für den Bezirk Zehlendorf, denn die Verkehrsverhältnisse im 10. Bezirk sind wohl nahezu die schlechtesten in Groß-Berlin. Der Verkehrsausschuss soll nun alle Möglichkeiten prüfen, wodurch die Verkehrsverhältnisse im Bezirk verbessert werden können. Sodann werden die Vorschläge durch das Bezirksamt Zehlendorf dem Magistrat unterbreitet. Es wäre doch auch ein Unfuss, wenn Zehlendorf sich mit dem Bezirksamt Stegling in Verbindung setzen wollte, denn Stegling kann ja auch nicht helfen, da es nicht mehr in Groß-Berlin zu bestimmen hat, wie das Bezirksamt Zehlendorf. Es ist daher nicht wahr, daß von Zehlendorf eine Verbindung mit anderen Bezirken gesucht wird, um gegen den Magistrat anzugehen. Am wenigsten besteht diese Möglichkeit im Verkehrsausschuss. Die letzte Zehlendorfer Bezirksversammlung hat sich mit dem Bericht des Ausschusses befaßt, der auch dem „Steglicher Anzeiger“ bekannt sein wird. Hoffentlich hat der Anzeiger nun auch dementsprechend berichtet.

Dr. Fische, Bezirksverordneter und Mitglied des Verkehrsausschusses.

Das Halten billiger Hunde. Der Polizeipräsident hat nach Zustimmung des Magistrats für den Ortspolizeibezirk Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, die mit Wirkung vom 8. Mai das Halten billiger Hunde auf eingefriedigten Grundstücken allgemein regelt. Billige Hunde sind auf solchen Grundstücken, sofern diese nicht dauernd verschlossen gehalten werden, an die Kette zu legen. Außerdem ist an außen sichtbarer Stelle eine Tafel mit der Aufschrift „Achtung, billige Hunde!“ anzubringen. — Die Einfriedigung der Grundstücke, auf denen billige Hunde bei Tage frei umherlaufen, muß so beschaffen sein, daß der Hund mit Personen außerhalb der Einfriedigung nicht in Berührung kommen kann.

Ausstellung deutscher Erfindungen in Berlin. Tausende brauchbare Erfindungen sind der Öffentlichkeit bisher unbekannt, weil den Erfindern in allen diesen Fällen die entsprechenden Beziehungen zur Ruhbarmachung ihrer Geistesarbeit fehlen. Um diese Lücke in unserem Wirtschaftsleben ausfüllen zu helfen, findet vom 13. bis 20. Juni 1926 im Rerturhaus, Berlin, Kochstr. 67, täglich von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends eine „Ausstellung deutscher Erfindungen“ statt. Die Ausstellung verfolgt den Zweck, allen Erfindern die notwendigen Beziehungen zur Ruhbarmachung ihrer Geistesarbeit zu schaffen und zugleich dem großen Publikum eine Fülle interessanter Anregungen zu bieten. Für mittellose Erfinder wird nach Prüfung der Sachlage der Ausstellungsplatz kostenlos zur Verfügung gestellt.

Im vorzüglichen Verfahren!

Allen Freunden, Kollegen, Genossen und Genossinnen, insbesondere dem Berliner Uhlmann-Ges. sagen für die vielen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer goldenen Hochzeit den besten Dank. Familie Wilhelm Uhlmann 22/8, Magdstraße 14.

DER KLEINE BROCKHAUS Preis M. 23.— Auch in Ratenzahlung Zu beziehen durch J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 (Abteilung Sortiment) und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

PEEK & CLOPPENBURG BERLIN C 19 . GERTRAUDYEN-STRASSE 25-27 . ROSS-STRASSE 1-4

Wettermäntel

aus imprägnierten Loden
mollig und warm

für Reise, Kuraufenthalt und Wandern

Eigene Erzeugnisse / Fertig am Lager

Damenmäntel	Herrenmäntel
21.- 27.-	21.- 29.-
30.- 38.- 40.-	34.- 36.- 38.-
42.- 45.-	46.- 48.-

Wettermäntel für Junglinge und Kinder

Gutschein

Nur gültig bis 15. Mai 1926.

Schneiden Sie diesen Gutschein bitte aus und liefern Sie ihn in der nächsten Apotheke oder Drogerie ab. Sie erhalten dafür eine Probeportion Kufitol-Sudbad im Werte von 30 Pfennigen zu Versuchszwecken gratis. Machen Sie diesen Versuch, der Sie nichts kostet und zu nichts verpflichtet, aber tun Sie es noch heute.

Wer die Kufitol-Präparate nicht kennt, kann über sie natürlich kein Urteil abgeben. Wer sie aber einmal gebraucht hat, ist zufrieden und verpflichtet sie weiter.

Durch diesen Gutschein will ich jedem Zweifler Gelegenheit geben, sich von der Dergültigkeit der viermillionenfach bewährten Kufitol-Präparate selbst zu überzeugen. Die Güte des Kufitol-Sudbades bürgt auch für die Güte des Kufitol-Höhneraugen-Pflasters und des Kufitol-Streupuders.

Kufitol-Fabrik Kurt Kripp, Groß-Boitze bei Magdeburg.

Ein Erfolg der Verbraucher-Genossenschaften.

Zum Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Wie wir bereits kurz mitteilten, konnte die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im letzten Geschäftsjahr mit einem außerordentlichen Erfolg abschließen. Bei der großen Bedeutung, die dieses Unternehmen als Einkaufszentrale des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für die Verbraucher-Genossenschaften selbst und darüber hinaus für die Stellung der Konsumvereine in der Volkswirtschaft hat, ist es von allgemeinem Interesse, die Einzelheiten des Geschäftsberichtes zu verfolgen und zu sehen, wie sich die kritische Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahres in der Geschäftstätigkeit der Konsumvereine widergespiegelt. In dieser Zeit allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges konnte die G.E.G. ihren Umsatz von 168,5 Millionen Mark im Jahre 1924 auf jetzt 228,17 Millionen Mark oder um 33,44 Proz. steigern. Er war damit fast um die Hälfte größer als im Jahre 1913. Die Wirtschaftskrise hat also den Aufstieg der Genossenschaften nicht gehemmt. Allerdings betont der Geschäftsbericht selbst:

„Wenn wir im ganzen über gute geschäftliche Erfolge im abgelaufenen Jahre berichten können, so dürften wir hiermit zu den Ausnahmen unter den Handels- und Industriebetrieben im Deutschen Reiche zählen.“

Und über das neue Geschäftsjahr:

„Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr sind im allgemeinen wenig günstig. Wir dürfen aber hoffen, daß auch das neue Jahr ebenso wie das verflissene der Konsumgenossenschaft einen weiteren Aufschwung bringen wird.“

Nicht nur dem Werte, sondern auch der Menge nach ist in den letzten Jahren die von der G.E.G. an ihre Mitglieder vermittelte Ware über den Vorkriegsstand hinausgewachsen. Wenn die Gesellschaft mit besonderer Genugtuung darauf verweist, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland nur wenige Unternehmungen ein gleiches Resultat zu verzeichnen haben, so ist dem angesichts der vielen Klagen der Privatunternehmer durchaus zuzustimmen. An dem ganzen Warenverkehr der angeschlossenen Konsumvereine hatten die Waren der G.E.G. einen Anteil von 32,3 Proz. des Umsatzes, also fast ein Drittel; in früheren Jahren war er etwas geringer.

Die Entwicklung der Eigenproduktion.

Wenn die Waren der eigenen Produktionsbetriebe die gewaltige Umsatzsteigerung der Zentrale nicht in vollem Umfange mitmachen konnten, so dürfte das auch darauf zurückzuführen sein, daß das Jahr 1925 für die Produktionsbetriebe der G.E.G. noch immer ein Jahr des Aufbaues und Ausbaues gewesen ist, über dessen Fortschritt im einzelnen der Bericht an vielen Stellen Mitteilungen enthält. Einige wenige Zahlen aber lassen bereits erkennen, daß auch die Produktionsbetriebe in anhaltendem Aufstieg sich befinden. An Eigenfabrikaten lieferte die genossenschaftliche Einkaufszentrale 1913 rund für 10,1 Millionen Mark Ware, 1925 dagegen für 35,3 Millionen Mark Ware, um rund 9 Millionen Mark mehr als im Vorjahre! Die Eigenfabrikate weisen also eine Steigerung, dem Umfange nach auf das Dreifache und unter Berücksichtigung der Geldentwertung immer noch auf das reichlich Doppelte der Vorkriegszeit auf. Das ist eine Entwicklung, die nicht nur jeden Genossenschaftsfreund mit Stolz erfüllen, sondern auch in weite Kreise die Ueberzeugung tragen wird, daß hier noch ein ungeheures fruchtbares Arbeitsfeld für die organisierte Verbraucherschaft ist. Wieviele gibt es, die noch immer darüber mäkeln, daß der Konsumverein seine Waren nicht wesentlich billiger verkauft als der Einzelhandel. Im Ausbau der Produktionsbetriebe aber zeigen sich die Früchte dieser Preispolitik. Ohne daß dem einzelnen auch das geringste Opfer zugemutet wird — denn er zahlt im Konsum für Waren gleicher Qualität keinesfalls mehr, eher weniger als beim Privathändler —, bildet sich in den örtlichen und zentralen Verbänden dasjenige Gemeinschaftskapital, das den Ausbau der eigenen Betriebe auf gemeinschaftlicher Grundlage ermöglicht und eine wirksame Konkurrenz gegen das durch Kartelle ausgeübte Preisdiktat schafft. Welche Summen so auf die Dauer den organisierten Verbrauchern erspart werden, wenn durch einen planmäßigen Ausbau der Eigenproduktion die Preiswillkür der Kartelle gebrochen oder mindestens gehemmt wird, das kann niemand berechnen, weil man es nicht weiß, wie hoch theoretisch die Preise eines nur vom Privatkapital beherrschten Marktes hinaufgehen können. Sicher ist, daß die Konkurrenz der Eigenproduktionsbetriebe schon heute einen wirksamen Faktor bei der Preisbildung darstellt. Die Verbraucher haben ein Interesse, daß dieser Faktor immer machtvoller gegenüber den Ansprüchen des privaten Kapitals wird.

Genossenschaften und Ueberfremdung.

Manche Streitpunkte, die heute die Gemüter bewegen, würden so auf zwanglose Weise von selbst verschwinden. Während sich die Hüter der nationalen Arbeit lebhaft bejagt darum zeigen, daß die deutsche Zündholzfabrikation dem schmerzlichen Truf vollständig ausgeliefert wird, arbeiten in aller Stille die Zündholzfabriken Gröba und Lauenburg dahin, daß die organisierten Verbraucher von einer derartigen Verteuerung der Zündhölzer verschont bleiben. Diese Fabriken konnten ihren Absatz um mehr als 40 Proz. (dem Werte nach 810 914 M.) auf 10 891 Kisten steigern. Hier hat genossenschaftliche Kraft, ohne erst lange an den Gesetzgeber zu appellieren, eine wirksame Abwehrmaßnahme gegen die Ueberfremdung eines wichtigen Gewerbezweiges geschaffen.

Es würde zu weit führen, die Tätigkeit der einzelnen Eigenproduktionsbetriebe zu schildern und dabei auch die nachteiligen Wirkungen aufzuzeigen, die die Krise z. B. im Tabakgewerbe auch für die Produktion der Genossenschaftsbetriebe hatte. Nicht überall ist die Zunahme der Umsätze gleichmäßig. So hat die genossenschaftliche Seifenfabrikation sehr scharf gegen die

übermächtige Konkurrenz der privaten Industrie

zu kämpfen. Es besteht kein Zweifel, daß auch hier die Genossenschaftsbetriebe ihre Konkurrenzfähigkeit auf die Dauer beweisen werden, besonders wenn es gelingt, aus den großzügigen Propagandamethoden der Konkurrenten sich dasjenige zu eigen zu machen, was im genossenschaftlichen Warenverkehr Erfolg verspricht.

Eine scharfe und nur allzu begründete Kritik erfahren die Preisabbauparolen der Reichsregierung, die in schroffem Gegensatz zu der Zollpolitik des Reiches stehen. Besonders bemängelt der Bericht, daß die Reichsregierung nicht genügend gegen die Preisforderungen der Syndikate und Kartelle eingeschritten ist.

Eine starke Umsatzerhöhung verzeichnet auch die

Bankabteilung der G.E.G.

bei der der Gesamtumsatz gegen das Vorjahr um die Hälfte gestiegen und damit um ein gutes Drittel höher ist als im letzten Vorkriegsjahr.

Die Bedeutung der Großeinkaufsgesellschaft als Arbeitgeber geht daraus hervor, daß Ende des letzten Jahres 4327 Personen, 729 mehr als Ende 1924, beschäftigt wurden. Davon arbeiteten in der Eigenproduktion 3068, im Handelsgeschäft 1259 Personen.

Die Generalbilanz der Großeinkaufsgesellschaft

Sowohl wie die Gewinn- und Verlustrechnung spiegeln bis zu einem hohen Grade die innere Stärkung, die die Verbraucher-Genossenschaften im letzten Jahre erfahren haben. Das Stammkapital der Großeinkaufsgesellschaft wurde auf 10 Millionen Mark heraufgehoht, von denen rund 3 Millionen noch nicht eingezahlt sind. Das Stammkapital vergrößert sich zunächst im letzten Jahre aus einem Ueberschuß von 2,46 Millionen Mark mit 5 Proz., das erforderte einen Betrag von 281 789 M.; außerdem bleibt zur Stärkung der Reserve ein Betrag von 2,18 Millionen Mark übrig. Entsprechend den gestiegenen Umsatzzahlen weisen auch die wichtigsten Bilanzposten eine wesentliche Erhöhung auf. Nach Ueberschneidung des reinen Ueberschusses an die Reserven werden sich die letzteren auf rund 7,9 Millionen Mark stellen.

Alles in allem bietet der Abschluß der Großeinkaufsgesellschaft ein erfreuliches Bild der Erstarkung des Genossenschaftswesens, wie schon an Hand der Berichte einzelner Genossenschaftsverbände verzeichnet werden konnte — nur daß hier die Erfolge der Genossenschaftstätigkeit im ganzen Reiche und damit der Aufstieg der großen Bewegung noch deutlicher erkennbar werden, an dessen Ende die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft steht.

Die Umbildung der Getreidehandelsgesellschaft.

Bekanntlich wurde kürzlich die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft gegründet, die die Aufgabe hat, Roggen am deutschen Markt aufzutauen, und dafür einen Reichskredit von 30 Millionen Mark erhält. Diese Getreidehandelsgesellschaft arbeitet zurzeit mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark, von denen 9 Millionen die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirtschaft (Reichslandbund), 3,6 Millionen Mark das Städtisch-land und 2,4 Millionen Mark das Reichsland erhalten hat. Entsprechend den Bedingungen, die der Reichstagsausschuß an die Gewährung des Stützungskredites knüpfte, sollen noch weitere Kreise an der Gesellschaft interessiert werden. Rot hat den Käufern den Handel und den Bäckern freigestellt, sich mit einem Betrage bis 24 Prozent des Grundkapitals, also von 3,6 Millionen Mark verantwortlich an dem Unternehmen zu beteiligen. Die Kapitalbeteiligung ist Voraussetzung für die Einflußnahme auf die Geschäftspolitik der Getreidehandelsgesellschaft. Lediglich ein Vertreter der Verbraucher soll auch ohne Kapitalbeteiligung einen Sitz in der neuen Gesellschaft haben. Wer als Vertreter der Verbraucher für diesen Sitz ernannt werden soll, steht noch nicht fest.

In den Besprechungen, die bisher stattgefunden haben und an denen auch Vertreter der Verbraucher-Genossenschaften teilnahmen, konnte eine endgültige Einigung über die Umbildung der Gesellschaft noch nicht erzielt werden. Die Gründergruppe, in der der Landbund und seine Freunde den Ausschlag geben, lehnt es ab, dem Handel direkten Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft selbst zu gewähren und will ihm lediglich eine Vertretung im Aufsichtsrat und im Kuratorium der Gesellschaft zufließen. Unter diesen Umständen ist das Interesse des Handels an dem Geschäft natürlich gering, zumal auch seine Wünsche, den Verkauf von Weizen in die Stützungsoption einzubeziehen, keine Gegenliebe findet. Größere Geneigtheit zu einem Beitritt zeigten die Mühlenverbände. Eine Entscheidung ist aber auch bei ihnen noch nicht erfolgt. Die Vertreter der Konsumgenossenschaften haben sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten. Sie haben natürlich ein Interesse daran, daß ihr Einfluß bei den Stützungsoptionen am

Getreidemarkt nicht ausgeschaltet wird. Demgegenüber steht aber die Tatsache, daß man von ihnen eine geschäftliche Beteiligung verlangt und ihnen so ein Kapitalrisiko auferlegt, das sicherlich nicht gering ist. Es kommt hinzu, daß auch der Einfluß der Verbraucher auf die neue Gesellschaft im Hinblick auf die Majorität des Landbundes und seiner Freunde nur gering sein kann. Es muß abgewartet werden, ob unter diesen Umständen eine Anteilnahme der Verbraucher an der Getreidehandelsgesellschaft überhaupt möglich wird; die Entscheidung dürfte bei den Verbrauchern ebenso wie bei den übrigen Gruppen in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Zu wenig Gefrierfleisch!

Der Sachausschuß für Fleischversorgung, dem unter anderem auch große Verbraucherorganisationen angehören, schreibt:

Der Preussische Landtag hat am 20. April beschloffen, die Reichsregierung zu ersuchen, daß sie im Interesse der deutschen Landwirtschaft das zollfreie Einfuhrkontingent für Gefrierfleisch nicht erhöht. Die gesamte Gefrierfleischzufuhr im Jahre 1925 in Höhe von 123 000 Tonnen machte nur 4 1/2 Prozent des deutschen Fleischverbrauchs aus. Trotzdem sich das zollfreie Kontingent „im Rahmen der bisherigen Einfuhr“ halten sollte, sind für das laufende Jahr vorläufig nur 102 000 Tonnen vom Reichsernährungsministerium bewilligt worden, was selbst bei gleichbleibendem Umfange der heimischen Erzeugung einen Anteil von 3 1/2 Prozent bedeutete. Dem Reichsernährungsministerium und den Behauptungen der Landwirtschaft zufolge soll jedoch in diesem Jahre infolge der guten Vorjahrsernte mehr Fleisch aus heimischer Erzeugung geliefert werden. Der Anteil des Gefrierfleisches würde demnach selbst bei einer bedeutenden Kontingenterhöhung, immer noch kleiner bleiben als im Vorjahre. Wenn daher im Zusammenhang mit der Gefrierfleischversorgung eine „Katastrophe“ zu befürchten ist, so nicht etwa in der „Weigerung“, sondern in der „Verorgung“ derjenigen Bevölkerung, die für gleichwertige Fleischnahrung nicht 65 Prozent mehr bezahlen kann. Es ist zu erwarten, daß die Reichsregierung diesem Wunsche nicht nachgeben wird, da er sich ausgesprochen gegen die blühende Fleischversorgung der ärmeren Bevölkerung richtet.

Anhaltende Krise am sächsischen Arbeitsmarkt.

In dem Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung heißt es: Die Wirtschaftslage im Freistaat Sachsen läßt eine Hoffnung auf Besserung der Arbeitsmarktlage noch nicht zu. Wenn sich auch stellenweise die Vermittlungstätigkeit etwas gebessert hat, so z. B. in der Holzindustrie, so sind doch die Hauptindustrien des Landes, Metall- und Textilindustrie nach wie vor nicht in der Lage, in größerem Umfang Arbeitskräfte aufzunehmen. In der Metallindustrie fanden im Gegenteil weitere Betriebsbeschränkungen statt. In der Textilindustrie herrscht Kurzarbeit vor. Alle Anzeichen auf dem Arbeitsmarkt deuten darauf hin, daß man mit einer Verlängerung der Arbeitsmarktkrise zu rechnen hat.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 5. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 28. April um 0,6 Proz. von 123,4 auf 122,6 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse um 0,7 Proz. auf 121,8 und die Industriestoffe um 0,4 Proz. auf 124,2 nachgegeben. Den Rückgang der Industriestoffe hat vor allem die Preisbewegung der Textilroh- und Halbstoffe bewirkt. Im Durchschnitt April lagen die Agrarerzeugnisse (121,5) infolge der zu Anfang des Monats eingetretenen Steigerung der Getreidepreise höher, dagegen die Industriestoffe (124,9) niedriger als im März. Die Gesamtindexziffer stellte sich im Durchschnitt April auf 122,7.

Anträge auf Zollfreiheit für Margarinerohstoffe. Der Antrag des Reichsverbandes des Deutschen Ein- und Ausführhandels, pflanzliche und tierische Öle und Fette, soweit sie zur Herstellung von Margarine geeignet sind, in Zukunft von jedem Zoll zu befreien, wird neuerdings in einer Eingabe der Vereinigung der freien deutschen Margarine- und Kunstseifenfabriken an das Reichsernährungsministerium nachdrücklich unterstützt. Hierbei wird besonders darauf hingewiesen, daß tierische Öle und Fette (in erster Linie Oleomargarin und Premier Jus) für die Herstellung von Qualitätsmargarine eine große Rolle spielen, da bei ihrer Verwendung die Mäglichkeit besteht, große Mengen Milch zur Margarinefabrikation mit zu verwenden. Gegenwärtig trägt Premier Jus einen Zoll von 7 Reichsmark, Oleomargarin einen solchen von 6 Reichsmark auf den Doppelzentner.

Genossenschaftsbewegung im April. Die deutschen Genossenschaften im April 1926 zeigen mit 181 Neugründungen und 102 Auflösungen einen etwas stabileren Stand wie in den bisherigen Monaten des Jahres. Die Konturste stellen mit 14 im April einen Rückgang dar. Unter Geschäftsaussicht kamen zwei Genossenschaften. Es zeigt sich in letzter Zeit größeres Interesse für den Wiederaufbau der Wirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage. Die Selbsthilfe dringt immer mehr durch und das Verfehlen der staatlichen Sonderkredite wird anerkannt.

Das Verschwinden des Namens Sinnes. Bei zahlreichen Unternehmungen des früheren Sinneskonzerns hat sich der Drang geltend gemacht, den Namen Sinnes in der Firmenbezeichnung auszuspalten. So hat nun auch die bisher unter dem Namen Hugo Sinnes Riebeck Del M. & Co. zeichnende Firma den Namen Sinnes fallen gelassen und nennt sich von heute ab Deutsche Gasolin M. & Co.

Bis Freitag, den 14. Mai

Große Reklame-Woche

für Reichelt's Margarine „Ueberalles“ und „Allerfeinste“.

Auf jedes halbe Pfd. 1 Rippe Schokolade

Die üblichen Bons werden ebenfalls verabfolgt

Reichelt's
„Ueberalles“
1/2 Pfd. 60 Pf.

Reichelt

Reichelt's
„Allerfeinste“
1/2 Pfd. 50 Pf.

Bei den fliegenden Fischen.

Von Walter von Kummel

Unser kleines Segel schmiegt sich den kleinen Atemzügen und der wogenden Brust der See an wie eine weiße Ratte, die vom Winde ihr auf den Leib geflattert wurde. Wir sehen nichts als Himmel und Meer, und vom Reere wiederum nichts als zwei Wellen, eine schnell enteilende, eine uns hoch und startbützig entgegenstoßende. In den gleichmäßig rauschenden, schweren Wellenschlag knirscht plötzlich ein leiserer, schmaler Ton hinein. Lebhaft, hastig und eilig schwirrt es über blaue Wogen und weiße Kämme daher. Zwanzig, dreißig glitzernde Fische, die großen Brustflossen als starr ausgestreckte Flügel der Luft, dem frischen Meereswind entgegengebreitet. Noch längerem, immer schnurgerade vorwärts gehendem Fluge müde geworden, fallen die Fische wieder in ihr Element zurück. Aber meist nur für eine halbe, eine Viertelstunde, nur für so lange, um sich in der hüflichen Welle neue Kraft, neuen Auftrieb und Flugauftrieb für die federnde Schwanzflosse zu holen. Schon steht die ganze Schar wie ein ausgegangenes Volt Feldhühner lächtig davon.

Sind wir so einmal mitten in den fliegenden Fischen darin, wird sich das Bild häufig wiederholen. Man freut sich immer wieder, sieht stets von neuem gern diese libellenhaft zarten und durchsichtigen, meist flüchtigen, manchmal auch rostigen Flügel. Wie ein frohes, vergnügliches, nur zur Kurzweil des Lebens getriebenes Spiel schaut sich das für das unerfahrene Auge an. Für den Neugekommenen ist das nur ein Lust-, Licht- und Sonnenbad, das die munteren Wellentinder über ihre blinzen, glatten Leiber hinwegrieseln lassen. In Wirklichkeit ist aber dieser ganze Flug nichts anderes, als ein atemloser Fluht-, Rettungs- und Bergweilungsritt durch die Lüfte. Denn dicht hinter den Dabonschwimmenden, in ihrer Angst und Seelennot zu halben Vögeln gewordenen Wasserbürgern preßt dicht an der Oberfläche in saulender Fahrt die dunklen und schweren Schatten großer Raubfische daher. Hart an den großen Schwanzflossen der fliegenden bleiben sie. Wenn diese abgemattet ins Wasser zurücksinken müssen, packen die Räuber zu. Schon vorher, der falsche Vogel hat noch nicht den Meerespiegel erreicht, fangen sie den ober jenen mit eigenem scharfem, steil aufbaumendem Sprung noch in den Lüften ab und mordern ihn hin, rasen wie der Saian, um die Spur nicht zu verlieren, hinter dem entsetzt weiterfliehenden Schwarme einher. Wenn die hochmögenden, mächtigen Thunfische in irgendeinem ihrer wohlbesetzten Reviere Treibjagd abhalten, dann sprühen allenthalben die fliegenden verzweifelt in die Höhe, versuchen nach allen Seiten hin die verderbliche Reite der Jäger und Treiber zu durchbrechen. Befindet man sich im Fischerboote zufällig selbst in einer solchen Meeresgegend, so kann man gar nichts Besseres tun, als selbst an seinen Haken einen der Seefliegenden zu befestigen und damit auf die großen, starken und rauschenden Gesellen zu kreuzen. Kommt man einem in die Nähe, so ist der Stierge unferer Seine verfallen. Der Versuch ist der Mühe wert. Denn meist wird es sich um einen Fisch von zwei bis drei Zentnern handeln.

Aber nicht nur die großen Räuber des Meeres, auch die Menschen stellen den fliegenden Fischen wegen ihres zarten und wohl-schmeckenden Fleisches nach. Ja, auf der und jener Insel des Stillen Ozeans hat sich der Hong des fliegenden Fisches zu einem ganzen Kult entwickelt und ausgebildet. Da muß der braune, arme Kanake monatelang abgehoben von seinen anderen Dorfgewissen, völlig abgetrennt von allen Frauen und Mädchen, einsam dahingleben, muß fasten und sich kasteien, sich aller möglichen verdohlenen Speisen und guten Gerichte wie ein Wüstenanachoret enthalten. Erst dann, nach gründlichster Vorbereitung, ist die Ausfahrt gestattet. In dunklen Nächten, wenn der Mond keine unruhigere Konturrenz macht, gleiten die Hochseefahrer durch die schmale Riffausfahrt auf das freie Meer hinaus, das sich in einlofer Schwärze breitet. Jedes Kanu hat am Bug einen Mann stehen, der eine schwelende, groß leuchtende Palmstrohpfadle dicht an den Wasser-spiegel niederhält. Wie ein Schwarm verwehter, umherfluchtender und durcheinandertanzender Leuchtfläker schauen die Fahrzeuge aus der Ferne sich an. Ist man aber selbst bei der Reise dabei, wird man bald die fliegenden Fische, diesmal, ohne daß sie freigelegte Geräuber hinter der Schwanzflosse hätten, heranschwirren hören. Sie haben es eilig, können nicht rasch genug die so plötzlich auf das Meer heruntergefallenen Sonnen und Sterne begrüßen. Aber das

vermeintliche Himmelslicht ist teils Blendwerk, das keine andere Bestimmung hat, als sie in Tod und Verderben zu locken. Mit dem Handnetz werden die armen Laren herausgefangen. Anderes Gezier, das in den südlichen Meeren, den Heimatsregionen des fliegenden Fisches, lebt, wird von den Fackelhaltern weniger willkommen ge-heissen. So mancher Insulaner, den ich bei meinen Wanderungen sah, hatte tiefe und schwere Narben am Leibe, herrührend von einem bedächtlichen Fisch, der auch nach der Fackel springt, einem Fische, dessen länglicher Kopf sich zu einem scharfen, spitzen Dolche verjüngt, der so ein noctes Kanakenfell schon tüchtig beschädigen kann.

Fort mit den Kompromissen!



So ist es recht! Nur gründlich ausgekehrt!
Zu lange ward geistelt und beraten.
All dies Papier ist keinen Heller wert!
Das Volk will reinen Licht und ruft nach Taten.
Schluß mit der Fürstendienen-Politik!
Wir wollen nichts von feilem Anachronismus wissen.
Hier Schwarzrotgold! Es mahnt die Republik!
Zum Volksentscheid! Fort mit den Kompromissen!

Diese Fangart mit dem Netze erfolgt auch zur Genüge die Lottische, warum nicht selten in der Nacht — nie am Tage — fliegende Fische auf das Netz der in den Tropenmeeren fahrenden Segelschiffe fallen. Sie schwirren den blendenden Schiffslaternen zu und bleiben, nicht mehr fähig, sich mit dem Schweiß wieder von den Pflanzen abzulösen, hilflos auf den Brettern liegen.

Das Meer wagt und braust. Der Thun jagt, die fliegenden Fische fliehen. Der Große frist den Kleinen. Oberstes Gesetz ist das des Nordes. Lottschlag und Frevel, möhln wir sehen. Da unten in der unheimlichen Tiefe ist schier eine noch schlimmere Welt, als unsere geprieltene in der Sonne ist. . . Und dennoch, auch über dem Meere steht verhöndend der Regenbogen, die im Glanze des schwebenden Tagesgestirns erstrahlende und zitternde See ist ein Sinnbild des Friedens, wie es schöner nicht gesehen werden kann. Der Silberflug der fliegenden Fische wird dem Untundigen immer wieder ein halbes Spiel des Lebens sein. Ueber Raub, Mord, Lottschlag und finstere Gewalttat zieht Urmutter Meer den schwarzen Vorhang, die schweren Schleier des Schweigens zu. . .

Der entfesselte Lenz.

Von E. Voelke

Im wissenschaftlichen Stromgebiet der Botanik gibt es einen Nebenfluß: die Phäenologie (Erscheinungslehre; nicht zu verwechseln mit der philosophischen Phäenomenologie). Ihre Jünger notieren Jahr für Jahr die Daten, an denen die einzelnen Pflanzenarten sich belauben, wann sie blühen, ihre Früchte reifen, ihr Laub werfen usw. In diesem Frühjahre gab es viele Seitensprünge zu verzeichnen. Er überholte sein übliches Tempo, ließ, gegen alle bewährten Regeln, Flieder und Kastanien noch während der Obstblüte sich entfalten und nahm Temperaturen aus den Hundstagen vorweg. Dann aber ist er, aus Angst vor der eigenen Courage, ebenso plötzlich, diesmal aber verfrüht, in die Eisbetten zurück und damit wiederum aus dem Kalender heraus gefallen.

Anständigerweise kann man eigentlich über den Frühling nichts mehr schreiben. Alle Frühlingserreime sind längst vererint und neue nicht mehr zu finden. Und was die Prosa anbelangt, so haben wir das alljährliche Anhimeln der Anemonen und Helleboraden, des grünen Schleiens, des ersten Zitronenalters, der störenden Kiesel und des vom Hausdienen vor die Tür getragenen Restaurationsgartens satt. Und nun erst Verder! Die ein bis zwei Sonntage, Gipfelpunkt des Berliner Frühlings, wo so vielen ostweinteligen Büllenträume reifen! Träume, die noch nicht ausgeträumt waren, als ihre muntlos glückseligen Träger unter liebevoller Obhut von Bahnbeamten zu Duhenden in Güterwagen wieder heimwärts ver-trachtet wurden. . .

Wer den Frühling draußen sucht, muß in die Tasche greifen, um Gebiete zu erreichen, wo ihm Autos und Motorräder nicht die Lungen verpesten und den Wald zernatiern. Hat er aber endlich einen schönen Waldsee erreicht, z. B. den Gamensee, dann sind es seine Augen, die daran glauben müssen. Denn an den schönen Ufern blühen nicht bloß Blumen, sondern auch Menschenleiber in Hülle und Fülle, meistens aber ohne Hülle. Leider sind es keine Rigen des Sees, und so wendet sich der Gast mit Grausen.

Nun sind wir im Gamengrund. Hier endlich denken wir nicht mehr daran, daß Berlin einige Millionen Einwohner hat, denen wir alle wohlwollen, die wir aber am Sonntag entbehren können. Hier in diesem weiten Waldtal mit seinen dunklen Fichten und seinen verschlungenen Wegen verlieren sich die naturfreudigen Wanderer, und jeder hat Raum, sich seinen Weg und sein Plätschen zu suchen. In einem sonnig grünen Hang oder im Schatten der Fichten neben einem der moos- und flechtendewachsenen erratischen Blöcke. Was der märkische Wald an Gezier hat, das läßt sich hier belauschen. Selbst der Wiedehopf, der wintersüber in Afrika sich menschlichen Siedlungen gefüllt, bei uns als Sommergast aber den Menschen scheut — weil die Wilden eben bessere Menschen sind. Der süßlange Vogel gibt mit dem schwarz und weiß gebänderten Flügeln ein anfälliges Flugbild. Seine Federtrone, rostrot mit schwarzen Spitzen, kann er nach Belieben aufrichten und niederlegen. Wenn er sie entfalteter, meint man den Kopfschmuck eines Indianerhäuptlings vor sich zu sehen. Dann ruft er huphuphup und entleucht.

Der Gamengrund hat seine Läden. Wir haben uns seiner Ein-samkeit hingegeben, auf den Weg nicht geachtet, und mit einem Male hilft uns weder die Sonne noch unsere Karte weiter. Denn die Zahlen auf den Gestellsteinen sind verändert worden, die Ge-stelle laufen überall hin, nur nicht nach Tiefensee, und das Unter-holz hindert uns, quer durch eine Richtung einzuhaken. Jetzt sehnen wir uns nach einem der vier Millionen Ureinwohner Berlins, um ihn nach dem Wege fragen zu können. Aber niemand ist in Sicht. Alles planlos am Gamensee. Endlich, nach stundenlangem Irrtum und mehrere Pfund leichter strapaziert, landen wir auf der großen Chaussee, die uns wieder für eine Woche in die Arme der Zivilisation zurückführt.

Zur Biologie und Kulturgeschichte des Kochsalzes. Die Tatsache, daß die Kaliumsalze im Organismus unter Mitwirkung von Koch-salz weiter verarbeitet werden, erklärt die Beobachtung, daß kalium-reiche, d. h. pflanzliche Ernährung mit einem großen Verbrauch von Kochsalz verbunden ist. Bekannt ist die Kochsalzbegehr der pflanzenfressenden Haustiere (Ruh, Pferd), während Hund oder Kape keine Freunde gelatzener Nahrung sind. Parallel damit geht die in vielen Reisebeschreibungen wiederkehrende Beobachtung, daß Salz bei wilden Völkern, die eine vorwiegend vegetarische Lebensweise führen, einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt. Dagegen ist oft das Salz bei fleischessenden Jäger- und Nomaden-stämmen so unbekannt, daß ihre Sprache nicht einmal ein Wort dafür kennt. Vor allem wollen die Eskimos nicht das geringste vom Salz wissen und betrachten den Europäer, der seine Speisen salzt, beinahe mit Ekel. Auch bei den Kulturnationen besteht ein Unterschied im Salzverbrauch zwischen aderbauerber Band-bredöckerung und den fleischessenden Stadtbewohnern. Eimer fran-zösischen Statistik zufolge wird auf dem Lande auf den Kopf der Bevölkerung dreimal soviel Salz verbraucht als in den Städten.

Krapotkins Flucht.

Von Dr. Paul Boursoind

Selten haben die Droschkenkutscher in der Gegend des Militär-hospitals, das in einem äußeren Stadtteil Petersburgs liegt, ein so gutes Geschäft gemacht als am 29. Juni (alten Stils) 1876 und an dem darauffolgenden Tage. Zwanzig Minuten im Umkreis war an beiden Tagen von 4 Uhr ab in dieser Gegend keine Droschke zu be-kommen.

Das Tor zu dem Gefangenenhospital gegenüber dem großen Bau des Militärhospitalstande weit offen, aus einem in der Nähe gelegenen grauen Häuschen schwebten Geigenklänge herüber und über die Straße kam langsam eine Droschke angerollt. Man konnte durch das offene Tor in den Hof des Militärhospital sehen. An seinem Ende stand ein langes schmales Gebäude von Schilber-häusern flankiert. Schildwachen schritten auf und ab davor. Auf den Türstufen sahen drei Hospitalbedienten und träumten schläfrig in die helle Sonne. Ueber den Pfad, den Schildwachen in dem grünen Rasen ausgetreten hatten, ging in grünem Planelrock, der so lang war, daß er den unteren Teil auf dem linken Arm trug wie Damen die Schleppe eines Reitleibes, ein Patient langsam auf und ab die ganze Länge des Hofes und trug den Hut in der Hand. Er schien dem Geigenpiel aus dem grauen Häuschen zu lauschen. Am gegen-überliegenden Ende des Hofes schloßten einige Bauern Holz auf. Da brach das Geigenpiel ab. Ein Duzend schwarzer Holzfarren kletterte durch die ausgefahrenen Einfahrt zum anderen Ende des Hofes. Wieder löste die Geige — eine Mazurka von Konky — der Spaziergänger hatte im Auf- und Niederpendeln das Ende des Pfades erreicht, das dem offenen Tore zunächst lag. Auf einmal schwebte er mit einer Gewandtheit, die auf große Übung schließen ließ, den überlängten grünen Planelrock von sich, gerade als die Schildwache nach einer anderen Richtung blickte und fünf bis sechs Schritte hinter dem Kranken Halt gemacht hatte, und dann ließ er dem offenen Tore zu. Die Bauern am anderen Ende des Hofes schrien mit einem Male: „Er läuft fort! Halte ihn! Fangt ihn!“ Der Schildwache fuhr das Geschrei in die Beine, sie rannte

hinter dem Flüchtling her und stieß mit dem Bajonett nach ihm. Aber der hatte einen Vorsprung, kam glücklich durch das Tor und sprang in eine Droschke, die in der Nähe hielt, und in der ein Mann mit einer Militärkappe saß. Ein blonder Kolbort umrahmte sein Gesicht. Am Tor des Hospitals, dem Platz gegenüber, wo der Wagen hielt, stand der Posten im Gespräch mit einem Zivilisten. Erst als der Wagen in eine schmale Gasse eingebogen war, und der Offizier der Gefängniswache mit den Hospitalbedienten auf die Straße stürzte, wurde er aufmerksam. Es war zu spät — weit und breit war keine Droschke sichtbar — Volt sammelte sich an. In kurzer Entfernung hielt ein Pferdebohrwagen. Der Offizier ließ ihn und bat ihn, die Pferde zur Verfolgung des Flüchtlings zu überlassen, aber man ver-weigerte sie ihm. Lebhaftige Unterhaltung füllte die Straße, auf-geregte Gruppen standen umher. Neuhinzugekommene fragten, was geschehen sei. Man nannte den Namen des Flüchtlings: Fürst Krapotkin. Man erinnerte sich auf einmal der Einzelheiten, der Droschke, des Mannes mit dem blonden Backenbart, der in ihr war-tend saß und raunte einander zu, daß sei der Großfürst Nikolaus, der Bruder Alexander II. gewesen. Er habe vor einiger Zeit den Fürsten im Gefängnis besucht und sei nun gekommen, um ihn zu retten. Die Flucht am hellen Tage wäre auch sonst ein zu großes Wagnis gewesen. Von Krapotkin wußte man wenig mehr, als daß er ein Aufrührer sei, ein Sozialist, der wegen verbotener Agitation verhaftet worden sei.

Das Entweichen des Fürsten Krapotkin erregte ungeheures Auf-sehen, nicht nur in Petersburg und Rußland, sondern in ganz West-europa. Der Zar war aufs höchste empört, er gab den Befehl: Krapotkin muß gefunden werden. Aber es gelang dem Flüchtling, über Finnland und Schweden nach England zu entkommen.

1872 hatte Krapotkin seine erste Reise ins Ausland unternommen und in Zürich die Internationale Arbeiterassoziation kennen-gelern. Durch die Lektüre sozialistischer Zeitungen kam er zum Studium der sozialistischen Bewegung. Eine neue Welt tat sich vor ihm auf, die er nur kennen zu lernen glückte, wenn er sich der Ar-beitersassoziation angeschlossen und an dem Leben der Arbeiter teilnahm. Deshalb begab er sich von Zürich nach Genf, das damals einen Mittelpunkt der internationalen, sozialistischen Bewegung bildete. In der Freimaurerloge, dem Temple Unique, saß er General-

versammlungen von mehr als 2000 Personen und lernte hier auch die von wenigen Vertretern des Mittelstandes, die sich der Bewegung angeschlossen hatten, geleitete Volkshochschule kennen. Zumeist waren es tüchtige Mitglieder der Pariser Kommune, die Unterricht in Geschichte, Physik und Maschinenkunde erteilten. Er erkannte, daß die Arbeiter bei ihrem Streben nach Fortbildung und bei der Ausarbeitung ihrer Organisation der Unterstützung gebildeter Männer bedürftig, die nicht von der Arbeit geleitet wurden, aus ihrer Tätig-keit politisches Kapital zu schlagen. Bei der Teilnahme an den Sitzungen in der Freimaurerloge drängte sich ihm die Ueberzeugung auf, daß er kein Wissen und seine Talente in den Dienst derer stellen müsse, die ihrer am meisten bedürftig. Zweifel an der Bauart der Agitation trieben Krapotkin sehr bald in das Lager der Baku-nisten; in Neuchâtel lernte er die Anfänge des Anarchismus kennen. Im Verkehr mit den Uhrmachern des Jura und den Tuchmachern in Verdiers nahm die Entwicklung der soziologischen Ideen Krapot-kins jene Form an, die für ihn die entscheidende wurde. Er hat sie später in seinen Arbeiten nur klarer und konkreter ausgetafelt. Er sah voraus, daß die Bergesellschaft der Produktion, einen ge-waltigen Umsturz bedingte, zumal die Mittelklasse im Besitz aller Hilfsmittel des modernen Staates war. Aber er glaubte, daß die Idee einer Befreiung der Arbeiter vom herrschenden Lohnsystem sich unter den Mittelklassen selbst ausbreite, indem an die Stelle der Rechtsforderung die der Opportunität trete und entscheidend auf die Entwicklung einwirkte. Wenn der unterdrückte Teil der Gesellschaft sich möglichste Klarheit über seine Ziele und die zu ihnen führenden Mittel verschaffe, so werde sich die Umformung der Gesellschaft und Wirtschaft unter dem Einfluß der geringsten Opfer und bei einem Minimum gegenseitiger Erbitterung vollziehen.

Erfüllt von diesen grundlegenden Ideen, aus denen sich das Regulative für seine praktische Einstellung ergab, kehrte Krapotkin nach Rußland zurück. Bei seiner Rückkehr fand er die nihilistische Bewegung in voller Entwicklung, die nicht politische Macht erstrebte, sondern die Ueberwindung der Klassen auf der Basis gegenseitiger helfender Liebe und die stärkste Beherrschung der altrussischen Tradi-tion bedeutete; denn sie führte zur Befreiung des Individuums von der Knechtung durch Familie und Staat.

(Schluß folgt.)

THEATZ BILLIGE LEBENSMITTEL

Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfund 65 Pf.
 Fehlrippe und Brust Pfund 75 Pf.
 Pa. Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1¹⁰
 Pa. Rouladen Pfund 1²⁰
 Kalbskamm Pfund 68 Pf. - rücken Pfund 74 Pf.
 Kalbskeulen Pfund 80 Pf. - blatt Pfund 80 Pf.
 Hammel-Vorderfleisch Pfund 90 Pf. - rücken Pfund 1⁰⁰
 Schweinebauch ohne Beflage Pfund 98 Pf.
 Schweineschinken u. -blatt Pfund 1⁰⁰
 Eisbein Pfund 56 Pf. Rollkassler Pfund 1³⁰
 Starke Linsen Pfund 88 Pf.
 Pa. ausgelassener Talg Pfund 56 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Ochsenbrust Pfund 55 Pf.
 Ochseneschmorfleisch Pfund 95 Pf.
 Gehacktes Pfund 88 Pf.
 Pa. Ochsenbrustfleisch Pfund 65 Pf.
 Frische Schweineköpfe Pfund 48 Pf.

Prisch geschlachtete **Suppenhühner** Pfund 1⁴⁵
Hirschrücken Pfund 1⁴⁰
Wildschwein Pfund von 1²⁰

Käse u. Butter

Stangenkäse Pfund 50 Pf.
 Romatourkäse Pfund 50 Pf.
 Edamer Pfund 75 Pf.
 Steinbuscher Pfund 95 Pf.
 Holländer Pfund 1⁰⁰
 Schweizerkäse Pfund 1⁰⁰
 Molk.-Butter Pfund 85 Pf.
 Teebutter Pfund 92 Pf.
 Tafelbutter Pfund 88 Pf.

Wurstwaren

Salzwurst Pfund 90 Pf.
 Berl. Mettwurst Pfund 95 Pf.
 Fleischwurst Pfund 1⁰⁰
 Jagdwurst Pfund 1²⁰
 Bierwurst Pfund 1⁵⁰
 Mettwurst Pfund 1⁵⁰
 Teewurst Pfund 1⁷⁰
 Holst. Salami Pfund 1⁷⁰
 Holst. Zervelat Pfund 1⁷⁰

Kolonialwaren

Bruchreis Pfund 18 Pf.
 Kartoffelmehl Pfund 17 Pf.
 Tafelreis Pfund 22 Pf.
 Erbsen halb gesch. Pfund 24 Pf.
 Weizengriess Pfund 28 Pf.
 Schnitnudeln Pfund 30 Pf.
 Fadennudeln Pfund 36 Pf.
 Makkaroni Pfund 40 Pf.
 Kalif. Backobst Pfund 45 Pf.

Deutscher Speck fett und mager Pfund 1⁴⁰

Rindfleisch im eigenen Saft Pfund 1²⁰ **Oelsardinen** portugiesische Dose 48,60 Pf.

Gemüse und Obst

Starker Rhabarber Pfund 10 Pf.
Malta-Kartoffeln Pfund 20 Pf.
Kopfsalat Kopf 12 Pf.
Radisheschen 3 Bund 10 Pf.
Schwarzwurzeln Pfund 12 Pf.
Schlangengurken Stück von 50 Pf.
Ital. Tomaten Pfund 60 Pf.
Jamaka-Bananen Pfund 52 Pf.

Frischer Braunschweiger Spargel Pfund 20, 40, 60, 80 Pf.

Fische, Räucherwaren

Unsere Fischhallen haben wir bedeutend vergrößert und neu ausgestattet

Seelachs im ganzen Pfund
 Kabliau im ganzen Pfund
 Schellfische Pfund } **12 Pf.**

Leb. Aale mittelstark Pfund 1⁶⁰
Leb. Schleie Pfund 1⁵⁰

Hamburg. Makrelbücklinge Pfund 24 Pf.
 Rotbars Pfund 48 Pf.
 Echte Makrelen Pfund 48 Pf.
 Fleckheringe Pfund 50 Pf.

Obst- und Gemüsekonserven

Tomatenmark Pfund 35 Pf.
 Knaiserschoten Pfund 1⁰⁰
 Jg. Erbsen sehr fein Pfund 1²⁵
 Gem. Gemüsehohlrab Pfund 1⁸⁰
 Gem. Gemüse Pfund 75 Pf.
 Erbsen fein in Karotten Pfund 1²⁰
 Kohlrabi in Sabelben Pfund 53 Pf.
 Pfefferlinge Pfund 90 Pf.
 Rote Rüben Pfund 48 Pf.
 Kürbis Pfund 60 Pf.
 Preiselbeeren Pfund 80 Pf.
 Pflaumen ohne Stein Pfund 85 Pf.
 Stachelbeeren Pfund 90 Pf.
 Reineclauden Pfund 1¹⁰

Frisch gebr. Kaffee

Mischung I Pfund 2¹⁵
 Mischung II Pfund 2⁴⁰
 Guatemala-Misch. Pfund 2⁹⁰
 Perlmischung Pfund 3⁶⁰

Gebrannte Maizgerste

Pf. 20 Pf.

In unserer Konfitürenabteilung:

Sandgebäck Pfund 1⁰⁰
 Borkenschokolade Pfund 1⁴⁰
 Erfrischungswaffeln Pfund 1²⁰
 Messina-Drops u. Eisbonbons Pfund 90 Pf.

Besonders preiswerte Tischweine

Bowienweine	Tischweine	Tafelweine
1924er Oberhaardter Malzkammerer Pf. 6,50 1924er Malzkammerer Letten Pf. 7,50 1922er Osanner Rosenberg Pf. 9,50 1924er Bayerfelder Schlossberg Pf. 9,50	1922er Gudenheimer Pf. 1,05 1922er Burwellerer Schlossberg Pf. 1,25 1922er Hasenb. Kirchenstück Pf. 1,25 1922er Wisenheimer Hainberg Pf. 1,25	1924er Willinger Rosenberg Pf. 1,95 1921er Weihenauer Johannisberg Pf. 1,80 1921er Hainheimer Hainberg Pf. 1,80 1924er Fankler Strasse Pf. 1,80

Vorzügl. Sauersekt Schloss Ayler Herrenberg Auslese Pf. 3⁰⁰ 29⁰⁰

Zur Bowien:
 10 Flasch. Malzkammerer Letten
 2 Fl. Harja Fruchtschaumwein
10⁰⁰

Weine vom Fass
 In besonderer guten Qualitäten.
 Gefässe bitte mitbringen.
75 Pf. 10 Fl. 7⁰⁰

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus am Königplatz
 7 Uhr: Boris Godunov
 Schauspielhaus
 7 Uhr: Medea
 Schiller-Theater
 8 Uhr: Kyritz-Pyritz

Städtische Oper
 Charlottenburg
 6 Uhr:
Siegfried

Deutsches Theater
 Norden 10334-38
 8 Uhr:
Unsere Kinder

Kammerspiele
 Norden 10334-38
 8 Uhr:
Die Komödie

Viktoria
 Th. in d. Klosterstr.
 8 U.: Als ich noch im Flügelschilde...

Thien. d. Westens

Uhr: Gräfin Mariza
 Operette v. Kalman
 Ueber 300 mal
 50 Plg. bis 6 Mark
 (Keine Konz.)
 Sonntag schm. 4 Uhr
 Gräfin Mariza
 Halb. P. Abendbes.

Circus Busch

Tgl. 7 1/2 Uhr, 9, 10 1/2 U.
 Letzter Spielmonat
 Das Abschieds-Pr.
 mit Labero
 der Herr der Tiere
 Original
4 Boncllys
 U. gr. Luftkondition
 Das lust. Volksstück
 mit Gesang u. Tanz
 Es klappert
 die Mühle von
Sanssouci
 50 Pf. Preise 4 M. t.
 50 Pf. Saale 4 Loge
 Sonntag nachm. 8 U.
 Ermäßigte Nachm.-Preise
25 Pf. Galerie
 bis 2.75 f. Loge

Viktoria - Lichtspieltheater

(Prachtvolle des Ostens)
Frankfurter Allee 48
 Freitag, den 7. bis Montag, den 10. Mai:
Erika Gläßner, Aud Egede Nissen
 in
Menschen untereinander
 Ein Film in 8 Akten
 aus einem interessanten Hause
 Außerdem:
Die große Bühnenschauspiel!!!
 Wochentags 5, 7 und circa 1/2 Uhr
 Sonntags 3, 5, 7 und circa 1/2 Uhr

Schwarzer Adler

Frankfurter Allee 99
 Freitag, den 7. bis Montag, den 10. Mai 1926:
Panzerkreuzer Potemkin

 Ferner: **Die gute Bühnenschauspiel!!!**
 Wochentags 5, 7 und circa 1/2 Uhr
 Sonntags 3, 5, 7 und circa 1/2 Uhr

Deutsches Künstler-Theater

8 Uhr
Ein Walzertraum
 Th. u. Kurfürstendamm
 Tägl. 8 Uhr:
 Rebhuhn od. Die neue Fassade
Wallner-Theater
 8 Uhr:
 Der heilige Brunnen
 Bianco Poonets
 Erweckung
Metropol-Theat.
 Gastsp. des Th. am Kurfürstendamm
 8 1/2 Uhr: Die Nacht der Nächte
Rose-Theater
 8 1/2 Uhr: **Lili und hetroich**
Inferieren
 bringt BRPOLO

Reichshallen-Theater

Abends 8 Uhr und Sonntag nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sänger
 D. wundervoll Programm
 Radio. alle Preise. Tolle Gesänge
 (siehe Saaten-Plakat)
Dönhoff-Brett
 Varieté - Konzert - Tanz
Rennen zu Hoppegarten
 Freitag, den 7. Mai
 nachmittags 3 Uhr
Neues Th. am Zoo
 Tägl. 8 Uhr:
 Der alte Dessauer
 Operette in 2 Akten
 Charli Vespermann
 Falk, Kiper, Godau,
 Straaten, Hainisch
 Preise 0,50 bis 6 M.
Elite-Sänger
 Fabrikales
 Mal-
 Programm

Volksbühne

Theater am Mühlplatz
 8 Uhr:
Sturm über Marlborough
 Morgen 7 1/2 Uhr:
FAUST
 Morgen 7 1/2 Uhr:
Die Feier.

Komische Oper

1/2 Direktion James Klein 8 1/2
Die Neue Revue
Berlin ohne Hemd
 Revue der Zukunft in 16 Bild.
 Preise 1-7,50. Loge od. Balkon 15.
 Tageskasse ununterbrochen
 ab 10 Uhr geöffnet

Kredithaus Diskret

Große Frankfurter Straße 77
 Nähe Alexanderplatz
bedeutend vergrößert
Herren-Anzüge, Schwedenmäntel
Regenmäntel Paletots
Frack- und Smoking-Anzüge
Kostüme, Mäntel, Kleider, Kasacks
Elegante Abendkleider
Beilwäsche, Leibwäsche, Tischwäsche
Sieppdecken, Gardinen, Diwanddecken
Brauchen - Windjacken - Strickwesten
 Jeder Kreditwürdige erhält
Waren für 30 M. Anz. 6 M.
Waren für 50 M. Anz. 10 M.
Waren für 75 M. Anz. 15 M.
Waren für 100 M. Anz. 20 M.

PERFLOR ist besser



unbedingt besser
 als irgend ein Waschmittel,
 das Sie bisher benutzten.
Perflor ist das einzige milde, selbst-
 tätige Waschmittel,
 weil es das einzige ohne Soda und Wasserglas
 ist, das schonend eine blendend weiße Wäsche,
 die Echtheit auch empfindlicher Farben und
 zarter Gewebe verbürgt.
 Es ist bequem und billig,
 es spart Einseifen, Breiten und Bürsten, lästiges
 Keiben, zweites Kochen der großen Wäsche,
 einmaliges nur 1/4 stündiges Kochen genügt.
Perflor ist keine Seifenflode wie andere,
 denn es bleicht und entfernt jeden Fleck,
Perflor, Stammer's D. N. P., die einzigen
 selbsttätigen Seifenfloden. Vofel 45 Usp.

Resistenz-Theat.
 8 1/2 U.: Verbotene
 Kasse
 Revue in 13 Bildern
 Eugen Rex, Metelka
 Pr.: 75 Pf. bis 4 M.

Samen-Theater
 Königgrätz-Str.
 T. Hasenheide 2110
 8 Uhr:
Dr. Schmidt

Homödienhaus
 Tel.: Norden 6304
 8 Uhr:
Der Garten Eden

Die Tribüne
 Tel.: Wilhelm 5303
 8 Uhr:
Der Rubikon

Casino-Theater
 Gr. Preisabbau
 Karten v. 50 Pf. an
 bei 10 Uhr
Das Recht auf Arbeit
 Dank das neue
 Mai-Programm!

Erst jetzt hat die Wissenschaft die seit Jahrhunderten bekannte Heilwirkung des Lebertrans ergründet und festgestellt, daß diese auf den hohen Vitamingehalt zurückzuführen ist. Lebertran stellt das **vitaminreichste Nahrungsmittel** dar, wird jedoch wegen seines Geruchs und Geschmacks von empfindlichen Patienten ungern genommen. So hat die Erfindung von **SCOTT'S EMULSION** eine Lücke ausgefüllt, da diese den Tran mit seinem vollen Gehalt an Vitaminen in einer angenehm schmeckenden Form bringt. Selbst die kleinsten Kinder nehmen **SCOTT'S EMULSION** gerne, und wird sie in allen Kulturländern mit bestem Erfolg als Nahrungsmittel bei Kindern mit schwachen Knochen, Skroflose, engl. Krankheit, Rachitis u. Lungenleiden genommen. Stillende Mütter, die unter Erschöpfung leiden, nehmen **SCOTT'S EMULSION**, da diese den Verlust gewisser Stoffe, so der Phosphate, ersetzt.
 Man achte jedoch auf die Marke **SCOTT** und weise Nachahmer zurück, auch wenn sie angeblich billiger sind.
 Scott's Emulsion ist in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

NIEDERLAGEN:
 Admiral-Apotheke, SO 24, Admiralstr. 31
 Apotheke zum Bär, O 21, Grüner Weg 94
 Greifswalder-Apotheke, NO 5, Greifswalder Str. 47
 Victoria-Apoth. ekk., SW 48, Friedrichstr. 19
 Drogerie Hechtstein, O 34, Zornsdorfer Str. 8
 Drogerie Frikel, O 17, Breslauer Str. 20
 Drogerie Götz, Pankow, Breiten Str. 40
 Hohenlohe-Drogerie, O 17, Hohenlohestr. 2
 Drogerie Kanzler, N 5, Müllersstr. 152
 Berg-Drogerie, Neukölln, Bergstr. 37
 Stern-Drogerie, Neukölln, Bergstr. 548

Fürstenabstimmung im Reichstag

Der Enteignungsantrag mit 236 gegen 149 Stimmen abgelehnt.

Der Reichstag nahm gestern zunächst ohne Beratung den Gesetzentwurf über ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Belgien, betreffend die Ausübung der Heilkunst in den Grenzgemeinden an.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfs über die Enteignung der Fürstentümer. Damit verbunden wird die Beratung des völkischen Antrags über „Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten“.

Ueber die Verhandlungen des Rechtsausschusses, der die Ablehnung des Gesetzentwurfs und der dazu gestellten Anträge der Demokraten und des Zentrums empfiehlt, berichtet Abg. Pflieger (Bayr. Vp.).

Erster Redner aus dem Hause ist der Vertreter der Sozialdemokratie Abg. Scheidemann (Soz.), dessen Ausführungen im Hauptblatt bereits mitgeteilt sind.

Abg. Scholz (D. Vp.) legt Verwahrung ein gegen einige Äußerungen des Vorredners, weil sie geeignet seien, die Gefühle eines großen Teils der Mitglieder dieses Hauses zu verletzen. (Beifall rechts, Gelächter links.) Es handle sich für die Volkspartei nur um die Aufrechterhaltung des gleichen Rechts. Der völkische Gesetzentwurf sei unannehmbar, denn er enthalte Beschimpfungen eines Standes, der von höchster wirtschaftlicher Bedeutung sei. Auf die Flaggenfrage will der Redner nicht eingehen, weil sie nicht zum Gegenstand der Beratung gehöre. Den Entwurf auf Enteignung der Fürstentümer lehnt er ab, weil er dem Begriffe des Eigentums und den Grundätzen des Rechtsstaates widerspreche.

Abg. Münsberg (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten. Das Regierungsgutachten über den verfassungsändernden Charakter der Enteignungsvorlage sei nur ein politisches Mandat zur Erschwerung des Volksentscheids.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vg.) vermißt in der Reichsverfassung ebenso wie im Bürgerlichen Gesetzbuch Bestimmungen, nach denen eine wirkliche Auseinandersetzung zwischen Staatsvermögen und Privatvermögen der Fürsten möglich sei. Das müsse jetzt nachgeholt werden, sonst komme der Kampf in dieser Frage nicht zu Ende.

Abg. Graf v. Westarp (Dnat.) lehnt den völkischen Antrag ab, weil er gegen den Begriff des Eigentums verstoße. Aus diesem Grunde würden die Deutschnationalen auch alle anderen Anträge zur Abfindungsfrage ablehnen. Gegenüber dem Abg. Scheidemann meinte der Redner, daß die Deutschnationalen nur Verachtung für derartige Verleumdungen und Beleidigungen hätten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Frid (Witt.) schließt die Aussprache.

In namentlicher Abstimmung wird der Gesetzentwurf des Zentrums mit 232 gegen 105 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Für den Antrag haben außer dem Zentrum auch die Wirtschaftliche Vereinigung und die Demokraten gestimmt.

In einfacher Abstimmung wird hierauf der demokratische Antrag gegen die Antragsteller und die Wirtschaftliche Vereinigung abgelehnt.

Als nunmehr die namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf des Volksbegehrens auf entschädigungslose Fürstententeignung beginnt, verlassen die demokratischen Anwohner Koresell, Lemmer, Schneider, Bergsträßer, Brodau, Hiesler und Rönneburg den Saal, weil sie nicht unter dem Druck des Fraktionszwanges gegen das Volksbegehren stimmen wollen.

Die Enteignungsvorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 236 gegen 142 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt.

Präsident Ober: Nachdem alle Teile des Gesetzentwurfs abgelehnt worden sind, findet eine dritte Lesung nicht statt. Der Reichstag reicht der Reichsregierung den Gesetzentwurf zurück, damit sie ohne Verzug, wie es in der Verfassung vorgeschrieben ist, den Volksentscheid vornimmt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.)

Bei der Abstimmung über den völkischen Gesetzentwurf stimmen für die Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten“ neben den Völkischen auch die Kommunisten. (Bei der Abstimmung über die

Musikaufträge

überall man nur dem Nachweis des Deutschnationalen Bundes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königshof) 4310, 4048, Geschäftszeit 2 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Enteignung von „Ostjuden und anderen Fremdstämmigen“ bleiben die Kommunisten unter dem Gelächter der Rechten sitzen. Ein Antrag der Völkischen, den Volksentscheid über die Fürstententeignung für unzulässig zu erklären, wird gegen die Stimmen der Völkischen und des Abg. Dr. Everling (Dnat.) abgelehnt.

Die Abstimmung über ein von den Kommunisten gegen die Regierung eingebrachtes Mißtrauensvotum wird in der Freitagssitzung vorgenommen.

Um 5 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung über die Aenderung der Abtreibungsparagrafen, Gemeindebestimmungsrecht.

Achtung! 1. Kreis Mitte Achtung!

Freitag, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Werbeversammlungen

in den Residenz-Festsälen, Landsberger Straße 31

Referent: Adolf Hoffmann über: „Politische Hochstapler und die Hyänen der Republik“.

Im Walhalla-Tunnel, Weinbergweg, 7 1/2 Uhr:

„Den Fürsten 2 1/2 Milliarden — Erwerbslose und Kriegsbeschädigte gehen zu Grunde“. Ref.: Franz Künstler, M. d. R.

Vorwärtsleser, Gesinnungsgenossen willkommen!

Kulturetat im Landtag.

Schule und Republik.

Der Landtag begann gestern die zweite Beratung des Kultushaushalts, der für die allgemeine Besprechung in vier Gruppen eingeteilt ist. Die zur Besprechung kommende Gruppe umfaßt das Ministergehalt, die allgemeine Verwaltung, Lehrerbildungs- und Volksschulwesen, Wohltätigkeitsanstalten, evangelische und katholische Kirche.

Abg. Deuermann (D. Vp.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme dieses Etatstils mit den vom Ausschuss beschlossenen Aenderungen. Der Ausschuss hat aus Ersparnisgründen gegen acht Millionen Mark gestrichen. Der Ausschuss legte zum ersten Teil des Kultusetats elf Anträge vor, in denen er u. a. verlangt: Einsetzung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern zur Unterrichtung des Landtags über solche Fragen aus dem Gesamtbereich des Kultusministeriums, die eine beschleunigte Klärung zwischen Staatsministerium und Volksvertretung wünschenswert erscheinen lassen; Einwirkung auf die Reichsregierung auf baldige Vorlegung des Reichsschulgesetzes; Regelung des Privatschulwesens; Entlastung der linderreichen Familien bei Erhöhung des Schulgeldes; Wahrung von Interessen der Auslandsdeutschen, Unterbringung der Flüchtlingslehrer und -Lehrerinnen usw.

Als Berichterstatter für das Kapitel „Lehrerbildungswesen“ verweist Abg. König-Swinemünde (Soz.) darauf, daß heute in Preußen 20 000 Junglehrer beschäftigungslos sind. Für sie habe der Ausschuss u. a. die Etatmittel von einer auf fünf Millionen erhöht.

Abg. Graue (Dem.) empfiehlt als Berichterstatter für den Abschnitt „Geistliche Verwaltung“ Ausschussanträge auf Neuerrichtung von Pfarrstellen in größeren Gemeinden.

Eine allgemeine Besprechung des ersten Abschnittes eröffnet

Abg. König-Swinemünde (Soz.).

Er verlangt endliche Durchführung der in der Reichsverfassung angeordneten Trennung von Kirche und Staat auch hinsichtlich der Staatsleistungen für die Kirche Vereinheitlichung der Lehrerbildung im Reich und das Reichsschulgesetz. Mit den 550 Millionen, die der preussische Kultusetat für Bildungszwecke aufwende, sei vom Ministerium schlecht gearbeitet worden. Nichts sei gegen die Verheerung der Schuljugend gegen die Republik getan; ein Beispiel für diese Verheerung sei der Mörder Gräbner-Lehder. Als habe es in Deutschland eine Regierung gegeben, die mit solchem Langmut zugehen hat, wie die Feinde des Staates in der Schule gegen den Staat wirken. Das Ministerium könne und sollte lieber politisch daran mitarbeiten, daß den Schülern nachgewiesen wird, wie es die Republik war, die das deutsche Volk

rettete, als die Monarchie zusammenbrach. Das Ziel einer positiven Arbeit des Ministeriums müsse sein, daß

von Kiel bis Wien nur die schwarzrotgoldene Fahne

wehe. Das Ministerium habe nichts dafür getan, im Sinne des Art. 143 der Verfassung zu wirken, der verlangt, daß der Schulunterricht im Geiste der Völkerverehrung erteilt werde.

Nach Ausführungen des Abg. Dölge (Dnat.) bedauert Abg. Dr. Einneborn (S.), daß infolge der teuren Finanzlage gerade Kulturaufgaben sich hätten Abstriche gefallen lassen müssen. Der Redner beklagt, daß der Minister in seiner Personalpolitik keine rechte Parteilichkeit gegenüber wolle lassen. Noch immer sei die richtige Toleranz zu vermissen im Verhältnis der einzelnen Konfessionen. Das Gemeinsame müsse mehr betont werden.

Abg. Dr. Voelck (D. Vp.) warnt vor einer Zwangsrepublikanisierung der Jugend. (1) Der Redner begrüßt die pädagogischen Akademien und verlangt baldige Vorlegung des Reichsschulgesetzes. Auch die Hochschulreform dürfe nicht verfallen.

Abg. Kllan (Komm.) erklärt, die höheren Schulen und zum Teil auch die mittleren seien noch immer die Tummelplätze reaktionärer eingetretener Oberlehrer. Die Verherrlichung der Monarchie, die man in den deutschen Lehrbüchern nicht mehr so offen betreiben könne, habe man jetzt in die fremdsprachigen Lehrbücher verlegt. Gespart werde nur bei den Volksschulen. Von Schutzpolitik für die breite Masse sei überhaupt keine Rede.

Abg. Graue (Dem.) meint, die Konfessionsverhandlungen dürften erst dann zum Abschluß gebracht werden, wenn das Reichsschulgesetz verabschiedet ist.

Ein sozialdemokratischer Piarer habe es heute sehr schwer. Man sollte eigentlich die wenigen sozialdemokratischen Piarer in Gold lassen, weil sie allein das verloren gegangene Vertrauen der breiten Masse zur Kirche wieder festigen können. (Zurufe rechts: Unglaublich!)

Ich halte für meine Person, so betont der Redner, die Fürstenförderung für tiefenstimmig und ein Ausstreuen dagegen mit dem Neuen Testament für vereinbar. Zum Schluß verlangt der Redner mehr Interesse für die kleinen Religionsgesellschaften.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Prelle (D. Hannov. V.) und Bayernski (Pole) vertagt sich das Haus gegen 6 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Weiterberatung, keine Vorlagen.

Die Autosteuer.

Annahme im Steuerausschuss.

Der Steuerausschuss des Reichstages führte am Donnerstag die Beratung des Gesetzes über Aenderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in erster Lesung zu Ende, ohne daß wesentliche Aenderungen an der ursprünglichen Vorlage vorgenommen worden wären. Die Steuer für Kraftwagen soll nicht wie bisher von einer Pferdekraft zur anderen, sondern von einer halben zu einer halben Pferdekraft gestaffelt werden. Der Zuschlag zur Grundsteuer wird auf 25 Proz. bemessen. Entgegen dem bisherigen Verteilungsmodus soll die Steuer zu je zwei Achtel nach der Bevölkerungszahl und dem Gebietsumfang und zu drei Achtel nach dem örtlichen Aufkommen auf die einzelnen Pänder verteilt werden. Die Steuer soll in der beschlossenen Form bis 31. Dezember 1927 erhoben werden, bis zu diesem Zeitpunkt soll eine Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer erfaßt sein. Ein Antrag, sämtliche sonst noch bestehenden Wege- und Brückenbenutzungsgebühren aufzuheben, wird abgelehnt, dagegen zum Ausdruck gebracht, daß über die Abschaffung dieser Gebühren mit den in Betracht kommenden Behörden in Verhandlungen eingetreten werden soll, um die baldige Beseitigung zu ermöglichen.

Der Ausschuss nahm zum Schluß einstimmig nachstehende wichtige, von sozialdemokratischer Seite beantragte Entschlüsse an: „Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstag baldmöglichst, spätestens bei der endgültigen Regelung der Kraftfahrzeugsteuer, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Straßen- und Wegebaurecht reichsgeleglich regelt.“

Kamille für's Haar

Seit irdenlichen Zeiten schätzt man die anregende Wirkung der Kamille auf die Kopfhaut. Von der unpraktischen und zeitraubenden Verwendung reiner Kamillen ist man aber längst abgekommen, seitdem in dem beliebten Kopfwaschpulver „Schampun mit dem schwarzen Kopf“ mit Kamillenzugabe ein Mittel von angenehmem, aromatischem Duft geboten ist, das die kräftigende Wirkung der Kamille mit durchgreifender Reinigungskraft verbindet und dem Haar glanzendes, volles Aussehen verleiht. Das echte Fabrikat trägt stets die weltbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf“. Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Stiller advertisement for shoes. Large stylized text 'Stiller' with 'GEGR. 1867' below it. Three shoe models are shown with prices: 12,50 for blond/beige and brown, 5,90 for grey and white, and 12,50 for brown. Text includes 'Ältestes Schuh-Spezialhaus Berlins', 'allergrößte Auswahl, altbewährte fachkundige Bedienung', and 'nur allerbeste Qualitäten, billigste Preise!'.

